



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

106. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 11. Dezember 2020, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema Beifall klatschen reicht nicht – Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern brauchen sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne	3	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Potenziale nutzen – Digitalisierung an Schulen vorantreiben – Drucksache 7/5602 –	17
Henning Foerster, DIE LINKE	3, 12	Bernhard Wildt, CDU	17
Minister Harry Glawe	4	Ministerin Bettina Martin	19
Dr. Ralph Weber, AfD	6, 12	Jörg Kröger, AfD	21
Jochen Schulte, SPD	7	Andreas Butzki, SPD	22
Bernhard Wildt, CDU	10, 12	Simone Oldenburg, DIE LINKE	23
		Daniel Peters, CDU	24, 26
		Simone Oldenburg, DIE LINKE	25, 26, 27
		B e s c h l u s s	27
Antrag der Fraktion der AfD Schaffung eines Verkehrsverbundes für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/5590 –	13	Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema EEG-Novelle 2021: Herausforderungen und Perspektiven für das Energieland Mecklenburg-Vorpommern	27
Stephan J. Reuken, AfD	13, 17	Jochen Schulte, SPD	27
Minister Christian Pegel	14	Minister Christian Pegel	30
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	16	Bert Obereiner, AfD	32
Dietmar Eifler, CDU	16	Dietmar Eifler, CDU	33
Jochen Schulte, SPD	16	Holger Arppe, fraktionslos	34
B e s c h l u s s	17	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	35
		Christoph Grimm, AfD	36

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Von „A“ wie Abwechslung bis „Z“ wie Zooschule – Kooperationen mit außerschulischen Partnern und Einrichtungen zum Lernen am anderen Ort weiter stärken	
– Drucksache 7/5605 –	37
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
– Drucksache 7/5645 –	37
Änderungsantrag der Fraktion der AfD	
– Drucksache 7/5658 –	37
Andreas Butzki, SPD	38, 44
Ministerin Bettina Martin	39
Jens-Holger Schneider, AfD	41, 44
Marc Reinhardt, CDU	41
Simone Oldenburg, DIE LINKE	42, 44
B e s c h l u s s	46

Antrag der Fraktion DIE LINKE Wohnheimprogramm für Studierende auflegen	
– Drucksache 7/4308 –	46
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur (7. Ausschuss)	
– Drucksache 7/5572 –	46
Jörg Kröger, AfD	46
Ministerin Bettina Martin	46
Bert Obereiner, AfD	47
Daniel Peters, CDU	48
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	48
Rainer Albrecht, SPD	49
B e s c h l u s s	51

Nächste Sitzung	
Dienstag, 15. Dezember 2020	51

Beginn: 9.07 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 106. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vereinbarungsgemäß rufe ich den **Tagesordnungspunkt 38** auf: Aussprache gemäß Paragraf 43 Nummer 2 unserer Geschäftsordnung zum Thema „Beifall klatschen reicht nicht – Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern brauchen sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne“.

**Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema
Beifall klatschen reicht nicht –
Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern
brauchen sichere Arbeitsplätze, gute
Arbeitsbedingungen und Tariflöhne**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE ... Herr Foerster. Danke schön!

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 2020 wird im Rückblick nicht als normales Jahr bewertet werden. Corona sorgt für Ängste bei vielen Menschen. Beschäftigte sind in Kurzarbeit und bangen um ihre Arbeitsplätze.

(Burkhard Lenz, CDU: Ja, jeder.)

Da sie im Einzelhandel, in den Callcentern, in der Fischverarbeitung sowie in der Alten- und Krankenpflege nach wie vor keine Großverdiener sind, tut jeder Euro, der fehlt, auch weh. Die seit März andauernde Krise hat vielen extreme Überlastung beschert. Probleme gab es in vielen Branchen zwar schon vorher, Corona hat diese aber wie unter einem Brennglas hervortreten lassen.

Im Frühjahr erlebten wir symbolträchtige Aktionen: Musiker spielten Gratiskonzerte, Menschen klatschten Beifall vom Balkon und Fußballfans hängten Banner an Brücken, Politiker hielten große Reden. Das alles war sicher nett gemeint und wurde auch dankbar aufgenommen, allerdings ist für meine Fraktion ganz klar: Beifall klatschen reicht nicht!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heiterkeit und Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU und AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das reicht jetzt aber nicht!)

Verkäufer/-innen für ihren Einsatz mit Ideen zu zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntagen zu belohnen, ist doch absurd!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Noch mehr arbeiten fürs gleiche Geld?! Noch mehr Risiko durch Kundenkontakte?! So sieht ja wohl keine Wert-

schätzung aus! Die Beschäftigten der eingangs genannten Berufsgruppen wurden schon vor der Krise nicht angemessen vergütet, und das trotz der Erkenntnis, dass sie unsere Gesellschaft am Leben halten. Eine Krankenpflegerin verdient im Jahr laut Statistischem Bundesamt circa 38.554 Euro, eine Erzieherin 36.325 Euro und eine Verkäuferin 26.824 Euro. Hier gilt es, endlich etwas zu tun!

Doch wenn sich Beschäftigte organisieren, so wie seit dem Frühjahr beispielsweise an den DRK-Krankenhäusern in Grimmen und Grevesmühlen, dann treffen sie auf Ablehnung, werden hingehalten oder gar mit Abmahnungen überzogen. Das ist eine Sauerei und in diesen Zeiten nun wirklich mehr als unangebracht! Normal ist dagegen, dass Positionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften abweichen, erst recht, wenn es erstmals um einen Tarifvertrag geht. Verhandlungen müssen daher stets mit dem Ziel geführt werden, einen Kompromiss auszuhandeln. Dass Gewerkschaften dabei zuweilen auch zu Streiks aufrufen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist ihr verbrieftes Recht. Die Haltung des DRK ist dagegen für meine Fraktion nicht akzeptabel. Es gibt an den Häusern bereits einen Tarifvertrag für das ärztliche Personal, abgeschlossen mit dem Marburger Bund. Warum man selbigen dem nicht ärztlichen Personal jetzt verweigert, ist nicht nachvollziehbar.

Aus unserer Sicht bieten Tarifverträge für beide Seiten Vorteile. Arbeitgeber profitieren von einer verlässlichen Kalkulationsgrundlage, was die Gehälter angeht, sowie klaren und einheitlichen Rahmenbedingungen bei Arbeits- und Urlaubszeiten. Die Beschäftigten können Transparenz, Planbarkeit, Sicherheit und Verbindlichkeit als Pluspunkte verbuchen. Seit März versuchen die Arbeitgeber beim DRK dennoch, die Sache auszusitzen, und das, obwohl Politiker verschiedener Fraktionen den Versuch zu vermitteln unternommen haben. Doch während die Gespräche mit der Geschäftsführung und dem Präsidenten des DRK sachlich und korrekt geführt wurden, setzte man intern auf die Spaltung der Belegschaft. So wurde mit der Ausgliederung von Serviceabteilungen gedroht und eine umstrittene Betriebsvereinbarung zu Entgeltfragen abgeschlossen. Dieses Gebaren sollte künftig unterbleiben und stattdessen der Weg zu seriösen Gesprächen am Verhandlungstisch beschritten werden.

Ein weiteres Thema, das uns im Sommer erreichte, war die Mitteilung, dass die Gottfried Friedrichs KG ihr Werk in Waren schließt. Obwohl über die Jahre mit Millionen Steuergeldern für Investitionen von EU und Land unterstützt, baut man nun also seine Zelte ab und zieht nach Polen weiter. Offenbar hat der Mohr seine Schuldigkeit getan. Dass die Lohnkosten mit 3,50 Euro pro Stunde dort noch deutlich geringer sind, wird auch ohne Scham öffentlich verkündet, und das, obwohl die 370 Beschäftigten vor Ort, die ihrem Unternehmen jahrelang treue Dienste geleistet haben, nun wahrlich keine Großverdiener sind. In der Fischverarbeitung sind Mindestlöhne an der Tagesordnung. Ich stimme der NGG zu, die den Arbeitgeber aufforderte, seine Entscheidung genau zu prüfen. Wenn sich Warenströme verändern und Wirtschaftskreisläufe nicht mehr so funktionieren wie vor der Corona-Krise, ist es vielleicht sogar von Vorteil, dort zu produzieren, wo auch der Hauptabsatz stattfindet. Auf jeden Fall gehört die Förderpraxis auf den Prüfstand. Es kann doch nicht sein, dass solche Schließungen nur der Profitmaximierung und dem Abgreifen von Fördermitteln am neuen Standort dienen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Noch recht frisch ist die kürzlich verkündete Schließung von drei Callcentern der Majorel-Gruppe in Schwerin, Neubrandenburg und Stralsund. Im November wurden die Betriebsräte vor vollendete Tatsachen gestellt. Man eröffnete ihnen, dass ihre Standorte aus dem Konzern herausgelöst und einem Tochterunternehmen in Luxemburg zugeordnet wurden. Damit waren sie über Nacht auf sich allein gestellt und vom Konzernbetriebsrat abgeschnitten. Sie mussten aber noch eine bittere Pille schlucken, denn die drei MV-Standorte mit knapp 1.000 Beschäftigten sollen zum 31.12.2021 geschlossen werden. Diese seien nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben. Ferner hieß es, ein großer Vertrag mit einem Telefondienstleister laufe aus. Eigentlich müsste eine Geschäftsführung jetzt versuchen, diesen nachzuverhandeln oder ein neues Geschäft zu akquirieren, stattdessen wird die Schließung der Standorte als alternativlos hingestellt. Dabei sind die einzelnen Standorte durchaus sehr unterschiedlich aufgestellt. So wird in Schwerin beispielsweise noch für drei weitere Auftraggeber aus dem In- und Ausland gearbeitet. Und gelingt es, dieses Geschäft zu sichern, dann wird man vielleicht auch einige Arbeitsplätze abbauen müssen, kann aber wenigstens den Standort sichern, und darum muss es jetzt gehen. Auch diese Arbeitsplätze sind uns wichtig.

Gut, dass es erste Gespräche und Angebote der Unterstützung vom Wirtschaftsminister gab, ob nun für neue Technik oder die Qualifizierung der Beschäftigten. Ich will aber auch sagen, Fakt ist, dass es in dieser Branche vielerlei Probleme gibt. Gewerkschaften haben es schwer, weil Beschäftigte oft Quereinsteiger sind, Zeitverträge sind häufig anzutreffen und auch traditionelle Bindungen fehlen. Bis heute gibt es keinen tariffähigen Arbeitgeberverband, und dadurch geht der Unterbietungswettbewerb beim Kampf um Aufträge immer weiter, und immer auf dem Rücken der Beschäftigten, die zu großen Teilen auch nur den gesetzlichen Mindestlohn erhalten. Diese erwarten aber, dass künftig tarifliche Standards wie in anderen Branchen geschaffen werden. So sind die Interessenverbände der Callcenterbranche also gefordert, positive Fakten zu schaffen.

Böse überrascht wurden vergangene Woche erneut die Beschäftigten beim Fährunternehmen Stena. Nachdem sich der schwedische Konzern schon bei der Schließung der Königslinie nicht mit Ruhm bekleckert hat, will er nun also seinen Geschäftssitz nach Hamburg verlegen und das verbliebene Fährschiff „Mecklenburg-Vorpommern“ künftig unter schwedischer Flagge betreiben. Meine Gewerkschaft EVG fürchtet, dass dahinter die Absicht steht, Gewinne zu maximieren und vor allem die betriebliche Mitbestimmung auszuhebeln. Die Beschäftigten sollen schwedische Arbeitsverträge bekommen. Was aus ihren über die Jahre erworbenen Ansprüchen wird, steht derzeit in den Sternen. Und wenig spaßig dürften die Beschäftigten es empfinden, dass auf das Ostereis in Sassnitz nun die Nikolausüberraschung in Rostock folgt.

Meine Fraktion erwartet deshalb, dass sich der Verkehrsminister nicht nur in der Presse mit Bedauern zu Wort meldet, sondern dass er die Geschäftsführung einlädt und die Erwartungshaltung zum Ausdruck bringt, dass mit der Umstrukturierung keine Verschlechterungen bei Entgelt und Arbeitszeiten einhergehen, denn ja, auch meine Fraktion will natürlich weiterhin Fährverkehr zwischen Rostock und Schweden, aber zu fairen Konditio-

nen für die Beschäftigten. Diese sind schon einmal enttäuscht worden, denn nicht einen Finger hat die Landesregierung gerührt, um dabei zu helfen, dass wenigstens ein Teil des arbeitslos gewordenen Personals vom Fährschiff „Sassnitz“ an den neuen Betreiber des Katamarans vermittelt wird.

Enden will ich mit den Beschäftigten der Werften. Diese werden in der Regel ordentlich bezahlt und haben erfahrene Betriebsräte und eine kampfkraftige Gewerkschaft mit der IG Metall an ihrer Seite. Was ihnen und uns allerdings seit Monaten zugemutet wird, ist ein Trauerspiel. Bis letzte Woche lag immer noch kein Sanierungsgutachten vor. Während hier im Land vieles dafür getan wird, die Standorte zu sichern, lässt der Genting-Konzern uns immer wieder im Unklaren. Einzig der Abbau von mehr als 1.000 Arbeitsplätzen scheint sicher, und das auf der Basis von – O-Ton aus dem Wirtschaftsausschuss – Entwurfspapieren und Arbeitsständen aus Telefonkonferenzen. Da kann man doch nur mit dem Kopf schütteln. Bleibt zu hoffen, dass die Sozialtarifverhandlungen erfolgreich sind, und dabei sollte das Land eine mögliche Auffanggesellschaft im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für entlassene Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter unterstützen.

Was ist mein Fazit? Die Arbeit vieler Beschäftigter muss monetär aufgewertet werden. Es gilt, die Förderpraxis bei Unternehmensansiedlungen auf den Prüfstand zu stellen. Mehr Qualität statt Quantität mit Blick auf die Arbeitsplätze ist das Gebot der Stunde. Tarifverträge dürfen nicht nur in Sonntagsreden herbeigewünscht werden, sondern müssen künftig noch stärker privilegiert werden, ob im Vergabegesetz oder in der Wirtschaftsförderung. Der Arbeitsschutz sollte eine größere Rolle spielen, statt Beschäftigte mit Ideen zu dauerhaften verkaufsoffenen Sonntagen oder der Abschaffung der täglichen Höchst-arbeitszeiten weiter unter Druck zu setzen. Praktiken der Ausbeutung müssen angeprangert und die betriebliche Mitbestimmung im Land gestärkt werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Foerster!

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Guten Morgen! Ich muss mich mal erst wieder entschärfen hier.

(Minister Harry Glawe nimmt die Mund-Nase-Bedeckung ab.)

Ja, einen recht herzlichen guten Morgen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Beifall klatschen reicht nicht – Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern brauchen sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und Tariflohn“ – das würde jeder unterschreiben. Nichtsdestotrotz sind natürlich viele Herausforderungen da.

Ich will da erst mal ganz kurz auf die Corona-Pandemie eingehen und sagen, dass gerade in dieser Zeit die Landesregierung alles dafür getan hat, zusammen mit dem Bund Arbeitsplätze zu sichern, Kurzarbeit auch weiterhin möglich zu machen und dafür zu sorgen, dass wir keine Massenarbeitslosigkeit beklagen müssen. Ich denke, das

ist auch ein richtiger Weg, und da bin ich ganz bei Herrn Foerster. Da sind wir uns weitestgehend hier im Haus einig, dass wir das – so es irgendwie geht – verhindern müssen.

Das gilt natürlich auch, die ersten Monate mit Covid-19 waren eine schwierige Erfahrung. Eine Pandemie, die weltweit ausgebrochen ist, hat in Europa mit Bildern gerade sterbender und schwerkranker Italiener in Bergamo und Umgebung alle schockiert. Und auch Deutschland hat Solidarität geübt. Wir haben viele PatientInnen aufgenommen und haben dafür gesorgt, dass sie eine gute medizinische und ITS-medizinische Versorgung in Deutschland bekommen haben. Dafür will ich allen, die das möglich gemacht haben, danken. Auch Mecklenburg-Vorpommern hatte Angebote gemacht, Schwerkranken das Überleben durch gute medizinische Versorgung sicherzustellen.

Natürlich ist es so, dass wir auch weiterhin Probleme zu bewältigen haben. Eines der Probleme hat Herr Foerster angesprochen, die Frage der Verhandlungen von ver.di und Geschäftsführung im DRK-Krankenhaus in Grevesmühlen und in Grimmen. Entscheidend wird sein, Herr Foerster – und das kann ich Ihnen heute mitteilen –, es wird demnächst Gespräche geben zwischen ver.di und der Geschäftsführung, um allgemein mal auszuloten, welche Möglichkeiten bestehen.

Sie haben es richtig angesprochen: Ärzte kriegen nach dem Marburger Bund ihre Verdienste mitgeteilt, also ausgezahlt, und auch die Pflegekräfte. Da hat man am Jahresanfang zwölf Prozent Lohnerhöhung durchgesetzt. Das Problem, was es in den beiden Krankenhäusern gibt, das sind die MTAs, das sind die Küchenkräfte, das ist das technische Personal, das sind die MTAs et cetera pp. Darüber muss gesprochen werden, und Sie wissen, ich hatte mich ja auch angeboten zu vermitteln. Das scheint jetzt mittlerweile erste Früchte zu tragen. Ich habe jedenfalls die Anzeichen, dass man sich jetzt treffen will und mal die Dinge auch auslotet, um dann zu weiteren Verhandlungen zu kommen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Es war mal ein erstes informelles Gespräch, aber es waren noch keine richtigen Verhandlungen.)

Nein, das habe ich ja nicht gesagt, aber es gibt jetzt Gespräche. Ich meine, man hat ja weitestgehend, das haben Sie ja richtig beschrieben, zu Gesprächen nicht gefunden.

Und Majorel, das ist natürlich eine Geschichte, die wir im Auge haben müssen, weil da ist zwar noch ein Jahr Arbeit da, aber es geht ja darum, die Zukunft zu sichern und die Unsicherheit der Belegschaft zu nehmen. Auch dort sind wir natürlich in Gesprächen, um da Lösungen zu finden. Es gibt noch weitere Beispiele, wie sich das insgesamt gerade mit den Callcentern in Mecklenburg-Vorpommern verhält. Das wird auch noch eine schwierige Aufgabe sein.

Die Werften sind eine Riesenherausforderung. Zumindest Genting ist eine Herausforderung. Sie wissen, dass Genting in der Restrukturierung ist. Und von daher muss es weitere Gespräche geben. Es bleibt weiter das erklärte Ziel der Landesregierung, die Werften unter den Werftenstabilisierungsfonds zu bringen. Dazu werden wir in den nächsten drei bis vier Wochen auch intensive

Gespräche mit dem Bund weiter führen. Es gab in dieser Woche Gespräche auch mit Genting Hong Kong, mit der Geschäftsführung Tan Sri Lim und Colin Au, und da sind einige Dinge besprochen worden, die wir jetzt mit dem Bund dann auch deklinieren müssen, um da weiter voranzukommen.

Ja, meine Damen und Herren, die Aufgaben sind vielfältig. Wir haben natürlich dafür zu sorgen, dass weiterhin Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Dazu brauchen wir die Wirtschaft, dazu brauchen wir auch die Gewerkschaften, dazu brauchen wir aber auch den Landtag und die aktive Gestaltung durch die Politik. Und ich glaube, dass wir das in den letzten Monaten bewiesen haben. Wir haben dafür gesorgt, dass einerseits auch Azubis nicht entlassen wurden, dass wir dafür 80 Prozent auch gezahlt haben, dass die Azubis auslernen konnten, dass sie nicht in den Unternehmen zuerst entlassen werden mussten. Das war, glaube ich, eine wichtige Maßnahme.

Wir haben Unternehmen, 36.000 Unternehmen, mit Bundes- und Landesunterstützung erst mal Liquidität verschafft. Auch das gehört zur Wahrheit dazu und wird manchmal schnell vergessen. Wir haben jetzt die Novemberhilfen, Dezemberhilfen. Auch die werden ausgezahlt. Abschläge sind jetzt vereinbart und die Abschläge sind jetzt auch auf bis zu 50.000 Euro erhöht worden. Das ist zwar nicht das, was wir als Land wollten, wir wollten eigentlich 500.000 Euro haben, aber der Bund hat sich dann entschlossen, zumindest einen gewissen Teil zu erhöhen. Ich will das noch mal erklären. Mit 10.000 Euro kann ein Unternehmen wenig anfangen. Wenn es 50 Beschäftigte hat, dann maximal 10.000 Euro als Abschlag zu bekommen, ist einfach zu wenig. Das haben wir ja zumindest in Verhandlungen mit anderen Bundesländern auch erreicht.

Wir werden jetzt auch dafür sorgen, dass wir natürlich in der medizinischen Versorgung weiter nachlegen, dass wir ein großes Gewicht legen auf die Digitalisierung, Vernetzung der Krankenhäuser, aber auch die Vernetzung von niedergelassenen Ärzten und MVZs in den nächsten Jahren massiv vorantreiben werden. Es wird weiter darum gehen, dass die pädiatrische Versorgung telemedizinisch im ganzen Land mit aufgebaut werden muss, um dann eben auch Telekonsile über die Universitäten und Maximalversorger in der Fläche mit anzubieten. Wir haben einfach zu wenige pädiatrische Ärzte, und da müssen wir nach meiner Überzeugung neue Wege gehen, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass wir die Pandemie als Naturkatastrophe durchaus begreifen. Die Infektionszahlen der letzten Tage haben sich in Mecklenburg-Vorpommern auch verdichtet. Andererseits geht es aber auch darum, nicht Panik zu machen, sondern dafür zu sorgen, dass wir alles tun, um Covid-19 einzudämmen. Und dazu will ich Sie alle noch mal aufrufen, dass wir da zusammenstehen, um durch diese schwere Zeit zu kommen. Und dazu wünsche ich uns allen viel Erfolg.

Und in dem Sinne will ich auch darauf hinweisen, falls wir uns in den nächsten Tagen nicht mehr so oft sehen, ...

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Ja, nicht mehr so oft sehen!

... will ich Ihnen trotzdem zurufen, ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und einen besinnlichen Silvesterabend. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich weise schon mal vorsorglich darauf hin, dass wir uns sehr wahrscheinlich in der nächsten Woche doch noch einmal sehen werden. Insofern nehmen wir die guten Wünsche unseres Ministers gerne entgegen, aber ich gehe davon aus, dass wir uns in der nächsten Woche noch einmal sehen werden.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Professor Dr. Weber.

(Heiterkeit und Zuruf von Minister Harry Glawe)

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Guten Morgen! „Sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne“ – der Wirtschaftsminister hat es gesagt, da wird niemand etwas dagegen haben, das ist selbstverständlich. Aber wie sieht das in der Wirklichkeit aus?

Sichere Arbeitsplätze: Die ruinieren wir gerade hier im Land durch Corona-Maßnahmen, die die Wirtschaft über die Schmerzgrenze hinaus in Richtung Ruin treiben. Und wenn richtig ist, was ich der Zeitung entnehmen konnte, dass ab dem 20.12. jetzt auch die bisher gerade so über die Runden kommenden Geschäfte geschlossen werden müssen, sodass man ihnen das restliche Weihnachtsgeschäft nimmt, dann werden wir das Gegenteil wieder umsetzen von sicheren Arbeitsplätzen.

Und an die Adresse der LINKEN möchte ich sagen: Sie, die Sie diese gesamten Maßnahmen mittragen, sind mit ursächlich dafür, dass sichere Arbeitsplätze abgeschafft, verunsichert und ruiniert werden.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Da muss ich mich dann schon wundern, dass Sie jetzt mit so einem Aussprachethema hier in den Landtag kommen.

(Beifall Horst Förster, AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben auch schon bessere Witze gemacht, Herr Professor!)

Merkwürdig, muss ich sagen.

Wenn Sie gesagt haben, der derzeitige Streit zwischen ver.di und den Krankenhäusern des Roten Kreuzes in Grimmen und Grevesmühlen – ich würde mir auch wünschen, dass wir dort für die nicht ärztlichen Beschäftigten einen Tarifvertrag bekommen, keine Frage.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wissen Sie, wie lange die Auseinandersetzung schon geht? Seit März!)

Ja, ich weiß das, ich bin da informiert.

Aber so schön es ist, Tarifverträge zu bekommen, haben wir immer noch eine Tarifautonomie, und es ist dem Arbeitgeber freigestellt, ob er einen Tarifvertrag ab-

schließen möchte oder nicht. Man kann ihn, das hatten Sie richtig gesagt, durch Arbeitskampfmaßnahmen in diese Richtung bewegen, dann muss man den Weg eben auch beschreiten.

Aber dass Sie dann von einer umstrittenen Betriebsvereinbarung sprechen – Betriebsvereinbarung setzt die Zustimmung des Betriebsrates, also der örtlichen Mitarbeitervertretung voraus. Und Sie als kämpferischer Gewerkschaftler wissen ganz genau, dass wir in der Dopp lung der Paragraphen 80 und 87 Betriebsverfassungsgesetz nicht nur den Gleichrang zwischen Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung, sondern einen Vorrang für Betriebsvereinbarungen festgelegt haben. Das heißt also, wenn die örtliche Belegschaft eine Betriebsvereinbarung abschließt, dann ist das die Regelung für diese Belegschaft. Dann kann die Gewerkschaft trotzdem – selbstverständlich! – einen Tarifvertrag fordern, und ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn es nicht nur hier, sondern flächendeckend viel mehr Tarifverträge gäbe, die dann auch die Tariflöhne sichern, aber erzwingen können Sie das hier im Landtag eben nicht. Und dann frage ich mich: Warum dann eine solche Aussprache?

Dann hatten Sie die Werften angesprochen. Ich hatte schon in der ersten Abstimmung zu den Werftenhilfen nicht zugestimmt, unter ausdrücklichem Hinweis – das können Sie im Protokoll der Plenarsitzung nachlesen – auf die fehlende Arbeitsplatzgarantie. Und diese Arbeitsplatzgarantie, die fehlt inzwischen nicht nur, sondern wir haben quasi das Gegenteil, 1.000 bis 1.200 Arbeitsplätze, vor allem in Stralsund, werden abgeschafft werden von den Genting-Werften. Da muss ich doch sagen, dann, wenn diese Arbeitsplatzgarantie nicht nachgeliefert wird, sehe ich keinen Grund dafür, Landesmittel aufzuwenden, um dieser Werft zu helfen, zumal sie in der Bringschuld ist. Das erforderliche Sanierungsgutachten, um unter den Rettungsschirm des Bundes zu kommen, fehlt immer noch. Das haben allein die Genting-Werften vorzulegen. Dass sie das nicht tun, ist doch bezeichnend. Entweder gibt es kein überzeugendes Sanierungskonzept oder sie legen gar keinen gesteigerten Wert auf diese Hilfe aus dem Rettungsschirm des Bundes. Es ist unerklärlich, warum die Genting-Werften so agieren, und es ist für mich dann nicht nachvollziehbar, warum wir hier den ersten Schritt machen sollten. Die Genting-Werft ist am Zuge. Sie soll mal ihr Sanierungsgutachten vorlegen, und dann können wir weitersprechen. Und sie soll bitte schön eine Arbeitsplatzgarantie abgeben. Wenn sie dazu nicht in der Lage ist, dann müssen wir an die Arbeitsplätze denken, die verloren gehen, und entsprechend agieren hier im Lande.

Und wenn Sie dann sagen – auch das hat mich gewundert, von Ihnen kenne ich eigentlich andere Töne hier –, wenn Sie dann sagen, nicht mehr Quantität, sondern Qualität, dann gehen Sie also sehenden Auges Kompromisse ein, die Arbeitsplätze hier im Lande vernichten.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich habe gesagt, mehr Qualität statt Quantität.)

Die Forderung gerade eines überzeugten Gewerkschaftlers müsste sein, mehr Qualität und mehr Quantität, mehr und bessere Arbeitsplätze, und nicht bessere anstatt mehr Arbeitsplätze.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, das haben Sie jetzt in den falschen Hals bekommen.)

Das hätte ich aus dem Mund eines Gewerkschaftlers erwartet, Herr Foerster. So viel vielleicht dazu.

Und wenn Sie dann sagen – und das ist vielleicht das Einzige von dem, was Sie hier gesprochen haben, was für mich positiv übrig bleibt –, die Fördermittelpolitik des Landes überprüfen: In der Tat, das ist korrekt. Hier wird eine Politik betrieben, die Fördermittel – nicht nur hier im Land, auch im Bund, aber eben leider auch hier im Land –, die Fördermittel bereitstellt, und wenn die Förderperiode abgelaufen ist, dann werden die Betriebe geschlossen oder in andere Länder, Bundesländer oder andere Länder, verlegt und es kümmert keinen. Richtig verstandene, gute Fördermittelpolitik müsste so aussehen, dass nach Abschluss der Förderperiode noch 10, 15, 20 Jahre – das muss dann in den Förderverträgen entsprechend geregelt sein – ein Bestand der Arbeitsplätze garantiert werden muss, ansonsten müssen Teile der Fördermittel eben rückzahlbar geregelt werden. Das wäre vernünftige Fördermittelpolitik. Das würde das verhindern, was wir immer wieder hier erleben.

Insofern, Herr Foerster, da haben Sie recht, diese Politik muss man überprüfen. Das ist aber leider das Einzige, was bleibt außer den schönen Worten „sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne“. Konkrete Vorschläge, wie Sie hier die Arbeitsplätze sichern, wie Sie die Qualität der Arbeitsplätze verbessern wollen und wie Sie Tariflöhne vermehren, wie Sie die Tarifbindung steigern wollen, sind nicht gekommen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wir haben schon zig Anträge dazu gemacht.)

Keine konkreten Vorschläge, nur Gerede.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Quatsch!)

Insofern, muss ich sagen, weiß ich nicht so ganz, was diese Aussprache hier soll. „Beifall klatschen reicht nicht“ ist richtig, aber immerhin, wir müssen doch auch mal feststellen, für all diejenigen systemrelevanten Arbeiter, Arbeitnehmer, die hier im Lande jeden Tag ihrer Arbeit nachgehen, wenigstens das. Sie haben viel mehr verdient. Sie haben bessere Löhne verdient, sie haben unserer aller Unterstützung verdient, sie haben sichere Arbeitsplätze verdient und eine bessere Qualität. Aber wenigstens, dass man ihnen Beifall zollt, dass wir uns bedanken und verneigen vor all denen, die jeden Tag ihre Arbeit machen und damit die Systemrelevanz sichern, das Rad am Laufen halten, jedenfalls das können wir hier tun. Und ich jedenfalls möchte das für meine Fraktion deutlich zum Ausdruck bringen: Herzlichen Dank für all diejenigen, die in diesen erschwerten Bedingungen jeden Tag zur Arbeit gehen und unser Land, unsere Wirtschaft und den ganzen Betrieb hier am Laufen halten. Insofern, Beifall klatschen reicht nicht, aber diesen Beifall haben sie redlich verdient. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Christel Weißig, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Professor Weber!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sicherlich sollte man sich, Herr Professor Weber, da gebe ich Ihnen völlig recht, sicherlich sollte man sich bei all denjenigen, die gerade in dieser Zeit nicht nur vielleicht das leisten, was sie ohnehin machen, sondern auch darüber hinaus noch ihre Leistungen im Interesse dieser Gesellschaft erbringen, bedanken. Und ich bin auch ganz ehrlich, ich kann auch im Moment nicht mehr diesen Begriff „systemrelevant“ hören, weil am Ende des Tages ist, glaube ich, jeder Beschäftigte, jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer, der an seiner Stelle, an der er arbeitet, an der sie arbeitet, ihre Leistung erbringt, dafür mit verantwortlich, dass unsere Gesellschaft so funktioniert, wie sie funktioniert, und da das das System in Gänze ist, ist am Ende des Tages jeder Mitarbeiter, aber auch jede Unternehmerin, jeder Unternehmer in diesem Sinne systemrelevant. Und wenn man sich dann bedankt, dann muss man sich tatsächlich bei allen bedanken, die tatsächlich auch in dieser schwierigen Zeit ihrer Arbeit nachgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und AfD)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein ähnliches Thema schon mal vor Monaten gehabt – wenn ich das richtig im Kopf habe, nach der Sommerpause –, und da habe ich an dieser Stelle auch gesagt, Beifall klatschen reicht nicht, weil irgendwann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird der Beifall schal. Wenn es nur darum geht, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch den Selbstständigen, den Unternehmerinnen und Unternehmern, die arbeiten, ihre Leistungen unter diesen schwierigen Bedingungen erbringen, zu sagen, ja, es ist toll, dass ihr das macht, und das ist es dann gewesen, dann werden die sich natürlich irgendwann zu Recht fragen: Wie viel Wert hat denn überhaupt der Beifall?

Und ich glaube, so, wenn ich das mal interpretieren darf, habe ich auch die Worte vom Herrn Kollegen Foerster verstanden.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja.)

Und deswegen muss man sich – und ich habe das an dieser Stelle ja schon öfter gesagt –, deswegen muss man sich tatsächlich auch mal überlegen, wie gehe ich denn überhaupt mit Menschen um, übrigens nicht nur in einer Arbeitsmarktsituation, sondern generell. Welche Anforderungen stelle ich an sie? Was kann ich überhaupt erwarten, gerade wenn ich sehe, dass jemand vielleicht auch in dieser Situation jemanden hat, der vielleicht selber über die Maßen gefährdet ist, um die er sich kümmern muss, um den er sich kümmern muss, und trotzdem jeden Tag seiner Arbeit nachgeht?

Und ich will mal einmal ein Beispiel aufgreifen, das hat der Kollege Foerster eben auch angesprochen, und da wird dann ja auch im Grunde die Fragwürdigkeit der Situation, in der wir uns heute – übrigens nicht erst seit Corona-Zeiten, sondern grundsätzlich – schon befinden, deutlich. Er hat das Beispiel angesprochen der DRK-Krankenhäuser in Grimmen und Grevesmühlen, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe.

Und, Herr Professor Weber, ich kenne die Betriebsvereinbarung nicht, die da geschlossen worden ist oder die da zum Abschluss ansteht, und es liegt mir fern, irgendwie in die Rechte von Betriebsräten einzugreifen, im

Gegenteil, ich stehe auf dem Standpunkt – auch übrigens im Interesse des Unternehmens und der Geschäftsführung –, jedes Unternehmen kann sich glücklich schätzen, wenn es einen starken Betriebsrat hat, weil das nützt dem Unternehmen.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Aber unabhängig davon möchte ich mal auf eines deutlich hinweisen: Sie haben eben die Stellung der Betriebsräte angesprochen, aber, Herr Professor Weber, ich gehe einfach mal davon aus – alles andere würde mich jetzt wundern –, Sie kennen den 77 (3) Betriebsverfassungsgesetz. Und für die Kolleginnen und Kollegen, die ihn nicht kennen, will ich das mal gerade zitieren. Da heißt es nämlich drin: „Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen“,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Darum gehts.)

„die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, können nicht Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein.“

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das sollte der Herr Weber eigentlich wissen.)

Ja, Herr Kollege Foerster, das weiß Herr Weber auch, Herr Professor Weber, also alles andere würde mich jetzt wundern.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das hat auch seine Bedeutung, weil diesen Regelungsgegenstand aus der Verantwortung, aus der Obhut von Betriebsräten zu nehmen, hat einen einzigen Grund: Man will den Betriebsrat nicht in die Situation bringen, dass er quasi zwischen Baum und Borke steht, zwischen Unternehmen und Belegschaft, denn ein Betriebsrat hat eine andere Funktion als eine Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft ist „nur“ – „nur“ in Anführungszeichen – Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und der Betriebsrat hat auch die Unternehmensbelange, die betrieblichen Belange zu berücksichtigen. Und deswegen ist das so geregelt.

Und Unternehmen, die diesen Weg wählen, das sage ich auch aus meiner anwaltlichen Erfahrung, die diesen Weg wählen, bewegen sich nicht nur auf sehr, sehr dünnem Eis, sie gehen häufig auch einen Weg, der ein einziges Ziel hat, nämlich Tarifverträge, tarifvertragliche Regelungen zu unterlaufen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: So ist es.)

Ich will das dem DRK nicht unterstellen, ich kenne den Einzelfall nicht, aber das ist im Regelfall der Fall.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Da geht es aber um Arbeitsplatzsicherung und so weiter.)

Deswegen, Herr Professor Weber, habe ich gesagt, ich kenne diese Betriebsvereinbarung nicht. Aber es geht, wenn es hier um die Frage von Tariflohn geht, dann ist der Betriebsrat definitiv nicht zuständig.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Es geht auch um Entgelt. Sie haben über die zwölf Prozent gesprochen.)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dem Beispiel Krankenhäuser – und ich will das gar nicht auf das DRK kaprizieren –, lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein Weiteres deutlich machen. Wie sieht denn die Situation heutzutage aus an den Kliniken? Ich mache das jetzt mal allgemein. Da haben Sie auf der einen Seite Spitzenverdiener, die im Jahr mehrere Hunderttausend Euro verdienen. Und das gönne ich denen. Jemand, der in der Klinikleitung ist, der dort als Chefarzt beschäftigt ist, der hat eine verantwortungsvolle Tätigkeit, und es geht mir nicht um irgendeine Debatte um Sozialneid. Und wir haben auf der anderen Seite das Pflegepersonal, das häufig überlastet ist, das schon nicht mehr weiß, wie sie eigentlich die Arbeit vor Ort noch erledigen sollen, und die nicht ansatzweise vergleichbar viel verdienen.

Und jetzt will ich nicht jemandem zu nahe treten, man muss ja auch nicht die Gehälter vergleichen, die auf der einen Seite ein Chefarzt und auf der anderen Seite vielleicht ein Krankenpfleger oder eine Krankenschwester bekommt. Aber die medizinische Versorgung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Land ist doch nur dann gewährleistet, wenn beide Teile dieser Berufsgruppe entsprechend verdienen und entsprechend bezahlt werden. Und natürlich freuen sich gerade auch diejenigen, die heute vielleicht auf Intensivstationen diejenigen betreuen, pflegen, die an Covid-19 erkrankt sind, darüber, dass sie Anerkennung bekommen. Aber sie würden sich wahrscheinlich genauso viel freuen oder noch mehr freuen, wenn sie neben der Anerkennung auch das Gehalt bekommen würden, das dann am Ende des Tages auch eine Anerkennung ihrer Leistung ist, und nicht nur den Beifall, den sie zusätzlich erhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe das an dieser Stelle schon häufiger gesagt, ich bin nie, ich bin nie ein Freund des Begriffes „Niedriglohnland Mecklenburg-Vorpommern“ gewesen. Ich habe das immer für einen falschen Weg gehalten. Und ich habe auch in diesem Haus – ich bin ja nun schon etwas länger Mitglied dieses Hauses – manch schwere Debatte auch innerhalb der eigenen Koalition damit führen müssen, auch innerhalb meiner eigenen Fraktion und Partei. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wollen wir uns doch mal ehrlich angucken – das hat nichts damit zu tun, dass ich jetzt als Besserwisser dastehen möchte –: Heute zeigt sich doch, dass dieser Weg ein falscher war. Und ich bin froh darüber, dass wir in den letzten Jahren auch mit einer breiten Unterstützung in diesem Haus – und übrigens auch, das sage ich an dieser Stelle auch, gerade unter dieser Ministerpräsidentin – einen anderen Weg eingeschlagen haben, der gezeigt hat, das ist kein Niedriglohnland und dass wir andere Prioritäten setzen müssen, nämlich, dass wir tatsächlich gucken müssen, wenn wir zum Beispiel über Unternehmensansiedlungen reden, dass wir nicht nur über die Quantität der Arbeitsplätze reden, sondern auch über die Qualität,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Genau das war die Intention.)

und dass die Qualität am Ende des Tages auch das ist, was das sichert, dass dieser Arbeitsplatz über den Ablauf der Fördermittelbindungsfrist auch in diesem Land erhalten bleibt, weil es nützt uns nichts,

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE:
Genauso ist das.)

es nützt uns nichts, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir an der einen Stelle sagen, wir haben jetzt für zehn Jahre einen Arbeitsplatz, und dann geht der weiter.

Und das Beispiel, die Beispiele, die da angesprochen worden sind, ich greife das einmal auf, Herr Foerster hat das angesprochen, Majorel. Es ist schon – wir haben ja auch persönlich, ich habe auch mit den Betriebsräten hier vor Ort die Gespräche geführt, wir haben das auch begleitet, die Gespräche, die der Betriebsrat auch mit der Geschäftsführung und mit dem Wirtschaftsministerium geführt hat in Bezug auf die Befürchtungen, was die Standortschließungen angeht –, und ich sage das hier an dieser Stelle ganz deutlich, es ist schon seltsam, wenn man eine Unternehmensgruppe hat, eine Holding, die in ganz Deutschland 17 Standorte hat, davon 5 in Ostdeutschland, und von den 5 ostdeutschen Standorten sollen 4 geschlossen werden zum Ende nächsten Jahres. Und die Überlegung, die dahintersteht, nach allen Informationen, die man hat, ist nicht, dass es in der Unternehmensgruppe nicht genug zu tun gibt, sondern dass die Vertragsgestaltungen offensichtlich so sind, also die Kundenbeziehungen offensichtlich so sind, dass man sich überlegt hat, ich kann die auch anderweitig verlagern, entweder auf westdeutsche Standorte oder auf Standorte außerhalb Deutschlands.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn da eine Unternehmensgruppe steht – und Majorel sagt Ihnen vielleicht nicht so viel, aber Bertelsmann sagt Ihnen was,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja.)

Majorel ist ein konsolidiertes Unternehmen der Bertelsmann-Gruppe, das heißt, es wird in der Konzernbilanz der Bertelsmann-Gruppe geführt und der Bertelsmann-Gruppe gehören 50 Prozent der Majorel Holding – und wenn einer der weltweit größten Konzerne diese Art von Unternehmensstandortpolitik wählt, da kann ich nur sagen, das ist nicht der Weg, den ich hiermit unterstützen will und den meine Fraktion, meine Partei in diesem Land unterstützen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und ich habe das, und ich sage das an dieser Stelle, ich sage das an dieser Stelle und ich habe das auch gegenüber den Betriebsräten erklärt, wir begleiten momentan diese Gespräche intern, aber ich habe das auch klipp und klar gesagt, wenn die Gespräche, die dankenswerterweise durch die Landesregierung, durch das Wirtschaftsministerium zur Sicherung dieser Standorte geführt werden, wenn die nicht zum Erfolg führen, dann werden wir das auch öffentlich begleiten. Es kann nicht angehen, dass Standorte auf die Art und Weise ins Ausland verlagert werden. Und hier wird im Regelfall schon nur noch Mindestlohn bezahlt!

(Henning Foerster, DIE LINKE: So ist es.)

Und dann zu sagen, ich gehe irgendwo nach Rumänien oder nach Ostasien, weil ich dort dann vielleicht auch deutschsprachige Mitarbeiter habe, die können dann die technische Abwicklung auch betreuen, das kann nicht

der Weg sein, um Arbeitsplätze – weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in Deutschland insgesamt – zu sichern, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD
und Henning Foerster, DIE LINKE)

Und, sehr geehrte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an der Stelle auch noch, weil Herr Kollege Foerster das angesprochen hat, ein, zwei Sätze zu den Werften sagen.

Herr Professor Weber, ich weiß, dass es in diesem Land unterschiedliche Einstellungen zu den Werften gibt. Da werden wir wahrscheinlich auch nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Ich stehe alleine schon deswegen auf dem Standpunkt, dass man die Werften auch als industriellen Kern nicht nur für die Werften im eigentlichen Sinne, sondern für die maritime Wirtschaft in diesem Land insgesamt erhalten muss, weil da geht es auch um Technologieentwicklung, da geht es um Standortsicherung, da geht es um die vielen Zuliefererbetriebe, die nicht alle von diesen drei Werftstandorten abhängig sind, aber die auch mit diesen Werftstandorten Kompetenz sammeln und nach außen weitergeben können.

Und ich sage das hier an dieser Stelle, das ist eine äußerst schwierige Situation, in der wir uns momentan mit Genting und den MV WERFTEN bewegen. Und keiner von uns, Sie haben ja alle auch die Diskussion – wir sind ja als SPD-Fraktion auch in engem Kontakt auch mit der IG Metall und mit den Betriebsräten an den drei Standorten –, keiner von uns wird wahrscheinlich momentan die Hand dafür ins Feuer legen und sagen können, das geht so oder so aus, das geht positiv aus oder negativ aus. Aber ich sage das hier an dieser Stelle – und ich habe das ja, glaube ich, vor einem Monat oder vor anderthalb Monaten, schon mal gesagt, auch in diesem Haus –, was wir als SPD-Landtagsfraktion tun können, verantwortungsvoll tun können gegenüber diesen Werftstandorten und gegenüber diesem Land in Gänze, das werden wir tun, um diese Standorte und möglichst viele Arbeitsplätze in diesem Bereich in diesem Land zu erhalten. Und da geht es nicht nur um den einzelnen Arbeitsplatz, da geht es auch um industrielle Kompetenz, die in diesem Land insgesamt erhalten werden muss. Und dafür zu kämpfen, dafür lohnt es sich! Und dafür jeden Einsatz zu wagen, den man verantworten kann, dafür lohnt es sich tatsächlich, und das werden wir tun, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, meine Damen und Herren, ich will jetzt auch zum Ende kommen.

Sehr geehrter Herr Kollege Foerster, ich weiß nicht, was Sie jetzt konkret umgetrieben hat, diese Aussprache heute auf die Tagesordnung zu setzen. Ich vermute mal, dass es auch solche Geschichte ist wie zum Beispiel mit dem DRK, aber auch die Gesamtsituation. Aber was ich glaube ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Ich wollte die Beschäftigten mal in
den Mittelpunkt einer Debatte rücken.)

Das ist völlig in Ordnung.

Aber, sehr geehrter Kollege Foerster und sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, eins wird an dieser Debatte deutlich: Völlig losgelöst von den unterschiedlichen politischen Standpunkten, den unsere Fraktionen, den unsere Parteien haben – ich kann jetzt nicht für die AfD sprechen, vielleicht wird das ja noch deutlicher gemacht –, aber zumindest aus den Debatten, die ich auch über die ganzen Jahre hier im Haus verfolgt habe zwischen SPD, CDU und der Fraktion DIE LINKE, glaube ich, dass wir in dieser Frage tatsächlich nicht auseinanderdividiert werden. In diesem Haus – zumindest zwischen diesen drei Fraktionen, das ist jetzt keine Abwertung Ihrer Fraktion, ich kenne Sie einfach, was die Frage angeht, nicht lange genug –, aber in dieser Frage gibt es eine klare Positionierung in diesem Haus: Wir wollen sichere, qualitativ hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in diesem Land, und was wir dafür tun können, das werden wir tun, und das haben wir an dieser Stelle schon häufiger erklärt und das werden wir auch im nächsten Jahr deutlich machen. Spätestens dann, Herr Kollege Foerster, ich habe Ihnen ja zugesagt gestern, dass Sie das Gutachten von der SPD-Fraktion zum Thema Tarifvertragstreue bei der öffentlichen Auftragsvergabe bekommen, spätestens nächstes Jahr werden wir das noch mal deutlich machen, wenn wir auch in die öffentliche Debatte mit unserem Koalitionspartner zu diesem Thema mit einem eigenen Gesetzentwurf zum Thema Tarifstreue bei der öffentlichen Auftragsvergabe eintreten werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Wildt.

Bernhard Wildt, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist jetzt schon mehrfach gesagt worden und ich kann das für die CDU bestätigen, auch wir sind für sichere Arbeitsplätze, für gute Arbeitsbedingungen und für Tarifbezahlung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das ist schon mal eine Gemeinsamkeit, die wir haben. Die große Frage ist aber doch: Wie erreicht man das? Da gehen die Vorstellungen hier im Haus dann doch etwas auseinander. Und ich möchte da gerne noch einmal auf unseren Minister Harry Glawe zurückkommen, der aus meiner Sicht die konkretesten Antworten eigentlich gegeben hat und die wichtigsten Informationen gegeben hat. Allein schon die Tatsache, dass die Landesregierung und die Bundesregierung es geschafft haben, während der Corona-Pandemie in diesem Jahr 36.000 Unternehmen in diesem Land liquide zu halten, die ja ansonsten in die Insolvenz gegangen wären, da wären Unmengen, Hunderttausende von Arbeitsplätzen standen in Gefahr, wären eventuell verschwunden, ganz zu schweigen von den Kostenminimierungsmaßnahmen, die einem solchen Schritt ja vorausgehen.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Das heißt, da hat doch die,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

da hat doch die Landesregierung bewiesen, wie ernst sie es nimmt, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu sichern,

Arbeitsplätze auch langfristig zu sichern und Unternehmen über diese Krise hinauszubringen.

Und wenn aus den Reihen der AfD dann behauptet wird, na ja, wir haben diese Krise in der wirtschaftlichen Hinsicht ja selber verursacht durch unsere Maßnahmen, dann ist das definitiv falsch. Es ist definitiv falsch! Erstens müssen wir einfach gegen diese Corona-Pandemie etwas unternehmen. Wir können nicht zusehen, wie die Menschen krank werden und sterben. Das ist vollkommen klar, dass man Maßnahmen ergreifen muss und dass diese Maßnahmen auch wirtschaftliche Auswirkungen haben. Zweitens ist auch Mecklenburg-Vorpommern, genau wie ganz Deutschland, eingebunden in eine Weltwirtschaft, und wir sind ja nicht alleine diejenigen, die Maßnahmen ergreifen, um die Pandemie runterzubekommen, sondern in der ganzen Welt werden solche Maßnahmen ergriffen und in der ganzen Welt gehen die Wirtschaftsleistungen zurück und sind Arbeitsplätze und Unternehmen in Gefahr. Und davon könnten wir uns nicht entkoppeln, das heißt, die Maßnahmen sind alleine schon deshalb zu tun. Selbst, wenn wir gar keine Pandemie hätten, wäre unsere Wirtschaft massiv davon betroffen, weil die gesamte Welt davon betroffen ist.

Dieser Weitblick und dieser Blick über den Tellerrand, der fehlt Ihnen offensichtlich, sonst würden Sie nicht immer wieder unsere Maßnahmen in dieser Form kritisieren. Und ich kann es nur noch mal sagen, 36.000 Unternehmen wurden in diesem Jahr liquide gehalten und damit am Leben erhalten.

(Horst Förster, AfD: Wie lange? – Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, wenn man das Insolvenzrecht ändert! Und im Frühjahr dann die große Pleitewelle.)

Ja,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

dann unterhalten wir uns im Frühjahr noch mal darüber, ob die große Pleitewelle kommt. Ich bin der Meinung, wir haben es jetzt erst mal geschafft, die Unternehmen zu stabilisieren.

Und da bin ich auch bei einem entscheidenden Unterschied, Herr Foerster, zwischen uns. Ich glaube, es geht nicht nur darum, einzelne Arbeitsplätze zu sichern. Oder auch Herr Professor Weber, auch Sie sprachen von Arbeitsplatzgarantien über kurios lange Zeiträume von 20 Jahren.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Kein Unternehmen kann so lange Garantien abgeben und sagen, ich habe Fördermittel bekommen, jetzt 20 Jahre lang bleibt das so. Wer weiß denn schon, was nächstes Jahr ist, geschweige denn, was in 20 Jahren ist? Also man muss bei den Forderungen an die Unternehmen ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist aber bei der Erbschaftsteuer genauso mit den Arbeitsplatzgarantien.)

Man muss bei den Unternehmen auch realistisch bleiben und mit beiden Beinen auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Man kann nicht endlos lange in die Zukunft blicken. Das kann man nicht erwarten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Deshalb geht es eben nicht darum, jeden einzelnen Arbeitsplatz zu erhalten, auch wenn wir das gerne hätten. Klar, sicher möchte man gerne alle Arbeitsplätze erhalten, aber darum geht es eigentlich nicht. Es geht darum, dass die Unternehmen als Einheiten, als Träger von Organisation, von Technologie, von Wohlstand, von Mehrwerterschöpfung, dass die erhalten bleiben. Das hat Herr Schulte ja richtig gesagt.

Und genau darum geht es auch bei den Werften. Deswegen sind wir auch bei den Werften vollkommen anderer Meinung als die AfD. Uns geht es darum, dass die Werften erhalten bleiben, dass die maritime Wirtschaft erhalten bleibt, dass die Kompetenzen erhalten bleiben, die wir in der Zulieferindustrie, bei den Dienstleistern haben, denn sonst würden wir den größten industriellen Kern, den unser Land überhaupt hat, verlieren. Und ob das dann ein paar Arbeitsplätze mehr sind oder weniger, ist dabei nicht ganz so entscheidend. Natürlich möchten wir, dass möglichst viele erhalten bleiben. Ganz klar,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das können Sie denen sagen, die arbeitslos werden!)

ganz klar möchten wir, dass möglichst viele erhalten bleiben, aber am Ende, und jeder Unternehmer, der schon mal Unternehmer war und nicht nur im öffentlichen Dienst gearbeitet hat,

(Beifall Burkhard Lenz, CDU)

der weiß, es geht am Ende doch um die Frage, geht das ganze Schiff den Bach runter, geht das ganze Unternehmen hops oder kann ich das Unternehmen halten, vielleicht nur mit einer kleineren Belegschaft. Das ist doch die Aufgabe auch von Sanierungskonzepten. Darum geht es doch bei Sanierungen. Wir müssen einen Weg finden, wie können die Unternehmen zukunftsfest bleiben, in die Zukunft gehen und dann natürlich auch wieder irgendwann wachsen. Jedes Unternehmen möchte irgendwann wachsen. Das ist der Wirtschaft immanent. Das heißt, wenn man durch diese Krise hindurchgekommen ist, kommen wir auch wieder auf einen Wachstumspfad und dann werden auch die Werften wieder Mitarbeiter einstellen.

Und zweitens möchte ich sagen, um da allen Legendenbildungen mal vorzubeugen: Warum sind denn die Werften in Schwierigkeiten geraten? Das hat doch nichts mit der Geschäftsführung zu tun. Immer wird dann die Geschäftsführung als Erstes kritisiert, auch bei Majorel: Da müssen die eben den Vertrag verhandeln. Als wäre das so was Einfaches,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich habe nicht gesagt, dass das einfach ist!)

als könnte man sich ans Pult stellen und sagen, ja, da muss man den Vertrag verhandeln und dann geht das auch weiter. Also es ist immer nur die Geschäftsführung schuld, menschliches Versagen. Damit machen Sie es sich viel zu einfach.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, ist klar.)

Die Welt ist komplex. Und dass die Werften in eine Schiefelage gekommen sind, liegt nun einmal eindeutig –

eindeutig! – an der Corona-Pandemie, denn das Stammgeschäft des Konzerns, womit eigentlich Geld verdient wird, die Kreuzfahrten in Asien, wurden eingestellt. So! Was macht denn ein Unternehmen, wenn es von heute auf morgen keinerlei Einnahmen mehr hat? Da möchte ich mal hier unsere 71 Abgeordneten sehen, wie sie damit umgehen würden, wenn mit einem Mal, von heute auf morgen, kein Geld mehr fließt, Sie müssen aber Ihre Miete bezahlen, Ihre Stromrechnung bezahlen und, und, und. Ja, dann können Sie das auch nicht. Aber jetzt auf Genting zu zeigen und zu sagen, ja, wieso, was läuft denn da schief, das ist billig, das ist schäbig. Genting hat gekämpft. Es hat sein ganzes Geld dort investiert, um hier diese Werften zu übernehmen und aufzubauen,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

und wir sind an der Seite des Unternehmens. Und dabei geht es uns nicht darum, ob jemand mehr oder weniger Geld verdient, es geht uns darum, dass der industrielle Kern hier in Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleibt.

(Beifall Tilo Gundlack, SPD)

Deswegen ist diese Krise, diese Krise der Werften, etwas ganz anderes als die bisherigen Krisen der Werften. Es gab hier in Mecklenburg-Vorpommern, wie überhaupt in Deutschland und Europa, immer wieder Werftenkrisen. Das wird auch jetzt nicht die letzte Werftenkrise sein, aber diese Werftenkrise ist etwas ganz Besonderes. Es ist ein exogener Schock, und zwar eindeutig. Da gibt es gar nichts dran rumzuleugnen, ein eindeutig exogener Schock. Es wurde von außen der Geldhahn abgedreht und das Unternehmen kommt in Schiefelage. Und die Landesregierung hat alles getan, um dagegen anzugehen und dieses Unternehmen zu retten, tatsächlich zu retten, und natürlich mit einem klaren Kalkül, dass das Unternehmen in Zukunft wieder wachsen wird.

Und ich muss sagen, Herr Foerster, Sie waren mir da auch ein bisschen zu flapsig dabei, der Landesregierung Dinge vorzuhalten, was man denn tun müsste und was man denn noch tun müsste und so weiter. Sie wissen selber ganz genau, dass unser Wirtschaftsminister Harry Glawe sich in jedes Thema hineinbegibt, überall, wo es etwas Kritisches gibt. Er zuckt vor keiner Sache zurück. Wo andere vielleicht sich lieber zurückhalten würden und sagen, das könnte schiefgehen, da mische ich mich mal nicht ein, da geht er trotzdem hin

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und da verhandelt er mit den Leuten und stellt auch ganz klar immer wieder sein ganzes Gewicht

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

und das Gewicht der CDU und das Gewicht der Landesregierung dort tatsächlich hin, um etwas Positives zu erreichen. Und bis zur letzten Sekunde kämpft er für das positive Ergebnis.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Jawohl!)

Und das kann er auch, weil unsere Fraktion eindeutig hinter ihm steht und die Landesregierung eindeutig hinter ihm steht, denn es ist ja keine Einzelkämpferaufgabe,

sondern es ist die Aufgabe der ganzen Landesregierung. Und mit diesem Stil haben wir auch Erfolg. Viele Unternehmen wurden dazu bewegt, hierzubleiben. Dass es Schwierigkeiten gibt – unbenommen, das ist richtig, aber für Schwierigkeiten in einzelnen Unternehmen würde ich empfehlen, keine allgemeine Aussprache hier zu veranschlagen oder zu erbitten, sondern dann doch wirklich konkrete Anträge zu stellen: Was möchten Sie denn machen? Worum geht es Ihnen ganz konkret? Dann kann man darüber auch sprechen, dann kann man auch Maßnahmen erschließen. Ansonsten ist das Ganze nur ein Lamentieren, was uns nicht weiterhilft. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Entschuldigung, Herr Wildt, ich war noch etwas desorientiert. Es gibt eine angemeldete Kurzintervention von Herrn Professor Weber. Das will ich natürlich nicht unterschlagen.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Kollege Wildt, Sie kennen ja sicher den Satz „Die überzeugtesten Bayern sind die, die vor Kurzem da hingezogen sind“, und ein bisschen kommt mir das so vor, wenn ich Sie höre, wie Sie hier die Regierungspolitik Ihrer Bundesregierung verteidigen. Ich kann mich noch gut an die Zeiten erinnern, als Sie in unserer Fraktion saßen und wie Sie da anders darüber gedacht haben. Aber darüber wollte ich nur diesen einen Satz verlieren.

Mir geht es um den Satz, den Sie gesagt haben, mit utopisch langen Zeiten, die wir Arbeitsplatzgarantien fordern. Ich hatte gesagt, 10, maximal 20 Jahre. Wenn Sie einen Blick in unser Erbschaftsteuergesetz geworfen hätten, wüssten Sie, 20 Jahre lang wird die Erbschaftsteuer davon abhängig gemacht, die Stundung der Erbschaftsteuer, dass die Unternehmen ihre Arbeitsplatzzahlen konstant halten. Für jedes Jahr werden fünf Prozent abgezogen, nach 20 Jahren ist die eigentlich zu zahlende Erbschaftsteuer bei null. Und eine solche Klausel, eine solche Politik bei den Fördermitteln war das, was ich gesagt habe, was uns gut anstehen würde. Das sind keine utopisch langen Zeiten, sondern das ist genau das, was wir im geltenden Recht schon umgesetzt haben. Das sollten Sie eventuell mal zur Kenntnis nehmen.

(Egbert Liskow, CDU: Die gibts doch!)

Nein, gibt es nicht, diese Klausel!

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Wollen Sie darauf erwidern, Herr Wildt?

Bernhard Wildt, CDU: Ja, sehr gerne.

Also erstens bin ich natürlich kein Bayer und auch kein zugezogener Bayer, aber der Punkt trifft trotzdem nicht.

(Heiterkeit und Zuruf
von Stephan J. Reuken, AfD)

Nein, der Punkt trifft trotzdem nicht und ich möchte das gerne mal klarstellen. Wenn Sie meine Reden zurückverfolgen bis in die erste Sitzung, wo ich hier vielleicht mal das Wort ergriffen habe, in wirtschaftspolitischen Fragen gab es keinen Dissens. In der Wirtschaftspolitik – und die Kollegen der CDU wissen das sehr genau und die wissen

auch, warum ich in der CDU-Fraktion heute bin –, in der Wirtschaftspolitik gab es keinen Dissens. Die CDU-geführte Bundesregierung und die CDU hier auch mit in der Landesregierung, in der SPD-geführten Landesregierung, verfolgen eine sehr nachhaltige und erfolgreiche Wirtschaftspolitik – und das wissen Sie selber, Sie waren auch mal in der CDU – seit Adenauers Zeiten.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der CDU)

Seit Adenauers Zeiten!

Und wenn die Kollegin Kröger gestern auf das Wort „soziale Marktwirtschaft“ reagiert hat wie ein Vampir, dem man Knoblauch zeigt,

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der CDU)

dann zeigt das doch nur ganz deutlich, wer ist denn hier für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit 75 Jahren, oder sagen wir mal 70 Jahren, verantwortlich. Und Sie wissen es selber und geben das auch zu, dass das unsere Partei und unsere Fraktion ist.

So, und zu der Erbschaftsteuer: Der Hinweis ist nicht verkehrt. Klar gibt es diese Klausel in der Erbschaftsteuer. Sie wissen aber erstens auch, dass das ein ganz deutlicher Kritikpunkt ist an der Erbschaftsteuer, weil man genau diesen langen Zeitplan und diesen langen Zeithorizont schwer überblicken kann.

Und zweitens ist es eben auch was anderes, ob ich Fördermittel bekomme oder Erbschaftsteuer zahle. Das ist auch noch mal ein vollkommen anderer Sachverhalt. Es wird eben gestundet und wenn ich dann das Unternehmen nicht erhalte, dann muss ich eben doch mehr Erbschaftsteuer zahlen als ursprünglich gedacht, weil es ja darum geht, das Schonvermögen sozusagen, das Unternehmen selber, zu schonen, damit derjenige, der etwas erbt, das Unternehmen eben nicht verkaufen muss. Also das ist eine ganz andere Absicht als bei Fördermitteln.

Und zweitens gibt es natürlich lange Bindungen. Nur, Sie haben ja noch längere Bindungen gefordert, ebenso wie in der Erbschaftsteuer, und das lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst vielen Dank für eine weitgehend sachliche Debatte!

Herr Schulte, Ziel dieser Aussprache war es, die Beschäftigten und ihre Probleme in den Mittelpunkt zu rücken, denn man muss ja sagen, die erste Welle von Corona haben wir ja nicht dank der Politik bewältigt, sondern dank der Solidarität der allermeisten Menschen in diesem Land untereinander und dank der herausragenden Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen in den sogenannten systemrelevanten Berufen.

Und, Herr Wildt, es ist auch nicht so, dass wir hier irgendwie nur pauschal eine Aussprache beantragen, um

so ein bisschen Laber-Rhabarber zu machen. Wir tun beides. Wir stellen das hier im Landtag zur Diskussion und natürlich bin ich, wenn wir bei den Beispielen bleiben – nehmen wir mal Majorel – auch derart unterwegs, dass ich die Kontakte, beispielsweise zwischen Betriebsräten und Wirtschaftsministerium, hergestellt habe. Natürlich weiß ich auch, dass es dort erste Gespräche gegeben hat. Und ich habe zumindest zu diesem Punkt auch in der Einbringung die Bemühungen des Wirtschaftsministers, hier zu einer Lösung zu kommen, ausdrücklich anerkannt.

Man muss allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass es Unternehmen gibt, die versuchen, die jetzige Krise zu nutzen, um Arbeitsstandards zu drücken. Gleichzeitig werden Millionen an Staatshilfen in Anspruch genommen. Und ich habe vorhin am Beispiel verdeutlicht, wie Schließungen und Werksverlagerungen geplant werden, und das, obwohl die Beschäftigten in diesen Betrieben jahrelang ihre Knochen hingehalten haben, oft zu Konditionen auf Mindestlohniveau.

Und auch in der Krise, Herr Wildt, werden ja alte Rezepte wieder aus der Mottenkiste geholt. Da wird zum Beispiel die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages erwähnt, die man schleifen will, oder es wird so von Bürokratieabbau geredet, womit zum Beispiel die dauerhafte Absenkung der Arbeitgeberanteile bei der Sozialversicherung gemeint ist. Und wenn solche Forderungen in die Tat umgesetzt werden, dann bezahlen die Lasten dieser Krise letztlich wieder diejenigen, die sozusagen den Kitt der Gesellschaft bilden und uns bei der Bewältigung an der ersten Front geholfen haben. Und da sagen wir eben, das ist schäbig, denn niemand stellt in Abrede, dass es im Moment viele Unternehmen gibt, die Probleme haben, und denen soll auch geholfen werden. Aber es gibt eben auch andere, wenn Sie sich das anschauen, deren Aktienkurse im dritten Quartal durch die Decke gegangen sind.

Und was wir eben nicht wollen – und diese Diskussion werden wir ja in den kommenden Monaten auch hier führen, nehme ich an –, ist, dass die Kosten für diese Rettungspakete, die jetzt in regelmäßigen Abständen in Bund und Land verabschiedet werden, wieder ausschließlich von denjenigen bezahlt werden, die das Geld, was jetzt ständig auf Landes- und Bundesebene verteilt wird, mit ihren Händen erarbeitet haben. Das vielleicht als Fazit dieser Debatte. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Schaffung eines Verkehrsverbundes für Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/5590.

**Antrag der Fraktion der AfD
Schaffung eines Verkehrsverbundes
für Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/5590 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wie bereits angekündigt, heute ÖPNV, Teil 2, wenngleich auch etwas weniger detailliert als gestern. Und man könnte meinen, dass in Zeiten, in denen eigentlich dringend von Reisen abgeraten wird, eine Diskussion über Zukunftsprojekte im öffentlichen Personennahverkehr vielleicht weniger lebhaft vonstattengehen als sonst, aber gestern hat uns bereits gezeigt, dass das nicht der Fall ist, wohl auch, weil die Bürger unseres Landes auch in diesen Zeiten auf den Nahverkehr angewiesen sind und es auch in Zukunft sein werden.

Und es wird auch eine Zeit nach Corona geben, und es wäre doch wünschenswert, wenn unser ÖPNV mindestens genauso stark beziehungsweise viel stärker als vorher aus der Krise herauskommen könnte beziehungsweise man könnte zumindest die Grundsteine dafür legen. Herr Minister Pegel sprach gestern davon, dass man hier bitte keinen Wunschzettel einreichen soll, sondern über Herzensangelegenheiten sprechen sollte. Nun denn, im vergangenen Jahr stand auf unserem Wunschzettel eine Machbarkeitsstudie zum Thema „landesweiter Verkehrsverbund“, heute dann die Herzensangelegenheit, der Verkehrsverbund selbst.

Sehr geehrte Damen und Herren, leider gehen Anspruch und Wirklichkeit beim Thema Nahverkehr bei der Landesregierung oftmals auseinander. Auf der einen Seite kann es gar nicht grün genug sein und man träumt davon, in den nächsten 15 Jahren die Fahrgastzahlen zu verdoppeln, und andererseits spricht dann der Minister von kleinen und seriösen Schritten, in denen es vorangeht. Dass es vorangeht und dann auch noch seriös, ist aller Ehren wert, aber wenn die Vervielfachung der Fahrgastzahlen eine Ihrer Herzensangelegenheiten ist, dann ist es aus unserer Sicht doch deutlich zu wenig.

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihnen wird aufgefallen sein, dass unser Antrag keine bestimmte Frist für die Einrichtung eines Verkehrsverbundes nennt, und das mit gutem Grund. Ich möchte den Antrag so verstanden wissen, dass sich die Landesregierung schrittweise – am besten natürlich seriös – in diese Richtung bewegt. Ich denke, unser Ziel eines Verkehrsverbundes für das ganze Land ist nur zu erreichen, wenn regionale Strukturen zunächst entstehen und dann auch vernetzt werden.

Der Verkehrsverbund Warnow überzeugt in diesem Fall bereits mit guter Arbeit und setzt Dinge um, die wir hier noch diskutieren, wie zum Beispiel das E-Ticketing. Der Verkehrsverbund Warnow ist aber auch nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern gerade wegen des Wunsches der Bürger nach Harmonisierung und einem einheitlichen Tarif im Nahverkehr. Und genau dieser Wunsch ist mit Sicherheit auch außerhalb von Rostock und Umgebung vorhanden. Das heißt, dass sich die Landesregierung aktiv dafür bei den Aufgabenträgern einsetzen sollte, größere Verkehrsverbunde zu schaffen, denn diese sind, unserer Meinung nach, der Weg zu einem einheitlichen Landesverkehrsverbund.

Sehr geehrte Kollegen, wir sind der Überzeugung, dass viele Einzelheiten, die zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV beitragen, in einem einheitlichen Verkehrsverbund leichter zu realisieren sein werden, als zu versuchen, zig verschiedene Systeme miteinander zu synchronisieren. Zum Beispiel halte ich es für einfacher, eine Echtzeitauskunft für Fahrpläne mit einer einheitlichen Software zu

garantieren, als Hunderte Einzeleingaben zusammenzupuzzeln. Durch ein Ticketsystem, das für das ganze Land gilt, sinkt auch die Hemmschwelle zur Benutzung des ÖPNV. Wenn ich weiß, wenn ich in die Stadt fahren will, ich kann dort auch mit meinem Ticket Bus und Bahn fahren, dann bin ich eher geneigt, das Auto einmal stehen zu lassen.

Kurzum, es bieten sich vielschichtig Potenziale, wenn man einen Landesverkehrsverbund einführt. Nicht zuletzt – das möchte ich hier noch mal ganz deutlich nennen – ist es auch die Realisierung einer annehmbaren Taktung der Fahrpläne.

Uns ist dabei allerdings schon bewusst, dass wir hier über erhebliche finanzielle Anstrengungen reden, aber wir sind der Meinung, es sollte uns das wert sein. Denn wenn hier ein milliardenschwerer Nachtragshaushalt durchgewunken wird, der vom Landesrechnungshof an vielen Stellen kritisiert wird, dann, denke ich mal, können wir hier was ernsthaft Gutes für unsere Bürger tun, ohne, dass es hinterher Vorwürfe gibt, man würde Wahlgewinne auf Steuerzahlerkosten verteilen. Lassen Sie uns deshalb jetzt mit einem Landes..., Landes...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich habe gesagt, hier entsteht mit Sicherheit kein Eindruck, dass es so kommen könnte. Wenn Sie sich da gleich auf den Schlips getreten fühlen und sich den Schuh anziehen, tut es mir leid. Ich rede jetzt hier nicht über den Haushalt. Ich rede über den ÖPNV, Herr Krüger.

Wir würden nämlich gerne ein Zeichen setzen, ein Zeichen dafür, dass dieses Parlament den ländlichen Raum nicht links liegen lässt, sondern für die Anbindung an die urbanen Zentren sorgt, und ein Zeichen dafür, dass es auch nach Corona wieder Tourismus in diesem Land geben soll. Und noch einmal zum Thema Herzensangelegenheiten: Wenn es immer heißt, der CO₂-Ausstoß soll reduziert werden, alles soll umweltfreundlicher werden, dann bietet sich doch hier eine wunderbare Gelegenheit. Machen Sie den Bürgern ein attraktives Angebot, anstatt sie mit Verboten und Steuern aus den Autos zu treiben!

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass mit diesem Projekt der ÖPNV unseres Landes auf lange Sicht deutlich an Attraktivität und Akzeptanz gewinnt, und bitte Sie deshalb heute um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arpe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Reuken!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine

sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank! Wir schließen in der Tat an an die Diskussion, die wir gestern begonnen haben. Ich will gerne den Punkt aufgreifen, der Ihre Einbringung ebenfalls im Opening begleitet hat, nämlich die Frage, welche Situation finden wir aktuell im Nahverkehr. Wir finden erhebliche Belastung, im Übrigen nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern bundesweit, durch die erneuten, deutlich zurückgehenden Fahrgastzahlen. Ob Sie es jetzt einen Lockdown light nennen oder einfach Teilschließungen, Runterfahren von öffentlichem Leben, Sie können Anglizismen verwenden oder die deutschen Formulierungen, es bleibt immer die gleiche Folgerung: Homeoffice ist eine wunderbare Möglichkeit, in der Pandemie zu helfen, es hat aber den kleinen und erheblichen Nachteil, dass es im Nahverkehr relativ deutlich zu Fahrgasteinbrüchen kommt.

Wir haben gestern eine Sonderverskehrsministerkonferenz gehabt – nicht wir, sondern die Kollegin Staatssekretärin mit den Kolleginnen und Kollegen Ministerinnen und Ministern der anderen Länder, Sie wissen, dass ich bei Ihnen gewesen bin –, aber in dem Kontext hat das eine Rolle gespielt, wir sehen zurzeit wieder sehr deutlich Fahrgastzahleinbrüche. Nachdem wir im ersten Halbjahr zum Teil ja weit unter 30 Prozent gelegen haben, waren wir eigentlich im Oktober ganz stolz, wieder deutlich über die 80-Prozent-Schwelle, zum Teil an die 90 Prozent, der Vor-Pandemie wieder rangekommen zu sein, und merken jetzt im November wieder einen deutlichen Einbruch um die 60/65 Prozent an vielen Stellen. Und bundesweit wird zum Teil deutlich drastischer berichtet.

Ich gehe davon aus, dass im Übrigen die notwendigen weiteren Schritte, die uns in den nächsten Wochen erwarten, auch wieder im Nahverkehr ankommen. Wir werden, um nun ein bisschen Wasser in den Wein – erneut, wie auch gestern, ich will kein Spielverderber sein, ich versuche aber umzugehen mit der Situation, die ich habe –, Wasser in den Wein zu schütten, wir werden auch im neuen Jahr 2021 zunächst wiederum über finanzielle Aufwendungen zur Stabilisierung dessen diskutieren, was wir bereits haben, um überhaupt dieses System, so, wie es aktuell entwickelt ist, durch die Zeit zu bringen. Ich gehe davon aus, wir brauchen einen zweiten ÖPNV-Rettungsschirm, der im Übrigen – dafür werbe ich – im beschlossenen Nachtragshaushalt angelegt ist, für den Fall, dass er benötigt wird. Aber auch da werden wir erneut die Hilfe des Bundes brauchen. Anders werden diese Beträge nicht zu realisieren sein. Also als Allererstes weiterhin steht bei uns die Corona-Stabilisierung des ÖPNV und SPNV auf der Agenda.

Zweitens. Gestern wie heute zieht sich sozusagen der Vorwurf durch den Raum, es sei ein durchgängig grobenschlechter Nahverkehr im Lande zu verzeichnen. Nun bin ich als Minister mit diesem Geschäftsbereich sicherlich immer in der Gefahr zu sagen, das muss der ja sagen, ich würde sehr dafür werben, dass deutlich differenzierter anzugehen und zu sagen, natürlich kann alles besser werden, natürlich ist ein 10-Minuten-Takt besser als ein 2-Stunden-Takt, aber ich glaube, dass wir an vielen Stellen einen deutlich besseren Nahverkehr haben, als der hier zuweilen in den Reden – das gehört dann auch zum Spiel zwischen Regierungskoalitionsfraktionen und Opposition dazu –, als wir hier in den Reden zuweilen bekunden.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Ich will auch an der Stelle sagen, ich weiß ja, dass systemrelevante Berufe immer nicht die Busfahrerinnen und Busfahrer und diejenigen sind, die in den Zügen begleiten. Ich werbe trotzdem dafür, dass die sich auch systemrelevant verhalten haben und dass die im Übrigen über viele Monate ganz selbstverständlich, manchmal nur durch eine dünne Kunststoffwand getrennt, zuweilen nur mit Mundschutz, mit den Fahrgästen weitergefahren sind und das aktuell tun, ein Berufsstand, der leider oft nicht im Blick ist, wenn wir danken. Ich sage deshalb als zuständiger Minister gerne: Danke! Die Busfahrerinnen und Busfahrer haben durchgängig wacker die Stange gehalten, haben durchgängig ihren Job gemacht, kontrollieren ganz selbstverständlich in Zügen mit Mund-Nase-Bedeckung, keine Frage, aber auch das ist eine Berufsgruppe, die sehr nah an dem ist, was wir unter Pandemiegeschehen begreifen, und die wir leider häufig aus dem Blick verlieren an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, Sie treten ein für einen Verkehrsverbund landesweit. Sie kennen mein Argument, was mich da sehr umtreibt. Ich glaube, dass das, wenn man einen – und da will ich auch sagen, besser ausgebaut als heute – Nahverkehr hat, eine zweite/dritte Entwicklungsstufe sein kann. Ich würde mir vorher Qualitätsverbesserungen an allen anderen Stellen wünschen. Weil wir wissen, dass es jeweils Geld kostet, und wenn ich abwäge, wofür gebe ich Geld aus, wäre der landesweite Verkehrsverbund – mit etwas über 20 Millionen Euro taxiert, strukturelle, zusätzliche Defizitaufwände, die man pro Jahr bringen müsste – etwas, das bei mir auf dem Wunschzettel weiter unten stünde.

Zweitens. Wir werden uns in den nächsten Jahren zunächst – Sie haben ja schon eingeschränkt gesagt, wir verlangen es ja gar nicht sofort –, wir werden uns in den nächsten Jahren gleichwohl im Landeshaushalt zunächst keine weiteren strukturellen Mehrausgaben leisten können. Ich bin schon dankbar, dass es noch gelungen ist, die lange begonnene Diskussion ums Azubi-Ticket zu Ende zu bringen. Aber auch da werden wir, auch das habe ich gestern gesagt, mindestens 5 Millionen Euro zusätzlich strukturell, Jahr für Jahr, mit leicht steigender Tendenz – erstens wegen der Dynamisierung, zweitens, weil ich auf den Erfolg des Tickets hoffe, dann wird es einfach teurer, weil es mehr nutzen –, wir werden also 5 Millionen Euro plus pro Jahr in den kommenden Jahren jedes Jahr schon als strukturelle Zusatzbelastung zu taxieren haben.

Wir haben darüber hinaus uns klar verpflichtet, committed, die Darßbahn-Invest zu begleiten, aber vor allen Dingen hinterher – nur dann macht das Ding Sinn – auch Verkehre zwischen Velgast, Barth und dann Zingst, später Prerow zu bestellen. Auch da sind Sie sofort im soliden Millionenbereich pro Jahr. Um Ihnen mal ein Gefühl zu geben: Nahverkehr, als, ich glaube, rollende Infrastruktur ist gleichwohl kostenintensiv, insbesondere auf der Schiene. Ich halte das für sinnvoll, um das gar nicht in Abrede zu stellen, aber mit der Darßbahn ist ebenfalls schon jetzt klar, dass wir das Regionalisierungsmittelbudget ab Mitte der 20er weitergehend, deutlich weitergehend pro Jahr mit dem Betrieb belasten werden.

Drittens. Wir haben – wenn auch auf kleiner Flamme, ich weiß, dass man da Wünsche hat, die darüber hinausgehen – mit der Südbahn, zumindest an den Wochenenden, eine Teilreaktivierung vorgenommen. Wir haben gestern dankenswerterweise im Kreistag Mecklenburgische Seenplatte die Rückübertragung auch der weiterhin

täglich verkehrenden Verkehre, die quasi Südbahn-Annexe sind, als Entscheidung bekommen. Das heißt aber auch, hier geht das Land mit einem deutlich höheren Betrag als bislang geplant hinein. Auch das ist eine strukturelle Belastung. Ich bin eher bei Qualität in den Verkehrsangeboten als schon bei einem landesweiten Ticket. Noch mal: 5 Millionen Euro Azubi-Ticket, mehrere Millionen Darßbahn und Südbahn – jeweils Dinge, die pro Jahr in den kommenden Jahren gebracht werden müssen.

Wir haben von Ihnen als Landtag noch auf der Agenda, folgende Einladungen beziehungsweise klare Aufträge vorzubereiten und zu prüfen: Es geht um Übergangstarife in den entsprechenden Nahverkehrssystemen, vor allen Dingen für Pendlerinnen und Pendler Richtung Berlin, Richtung Hamburg und Richtung Stettin. Letzteres ist nicht ganz einfach, aber bei Berlin und Hamburg sind wir so weit, dass ich davon ausgehe, dass wir im ersten Halbjahr 2021 miteinander erwägen müssen, wie wir damit umgehen. Auch das löst Mehrkosten aus, wenn der Landtag es weiterhin will. Aber noch mal: Der Auftrag stammt aus dieser Mitte, auch das sind schon strukturelle Mehrbelastungen, die wir gemeinsam tragen müssen.

Im Integrierten Landesverkehrsplan haben wir uns zum zentralsten Qualitätssteigerungsprojekt bekannt – im Schienenpersonennahverkehr wohlgemerkt –, das ist der Stundentakt auf den Hauptstrecken. Den haben wir weitgehend noch nicht erreicht, auch der sofort mit zweistelligen Millionenbeträgen zusätzlichem strukturellem Aufwand pro Jahr. Noch mal: Bevor ich landesweit mit einem Ticket fahren kann – das kann ich im Bahnverkehr im Übrigen schon, und an den Busverkehr von Heringsdorf nach Wismar glaube ich auch weiterhin eben nicht –, wenn das über 20 Millionen Euro Kosten auslöst, würde ich, wenn das Geld da ist oder wenigstens ein Teil davon möglich ist, lieber in ernsthafte, inhaltliche Verbesserungen des Schienenpersonen- und auch des Bus- und Straßenbahnnahverkehrs im Lande investieren.

Einige Punkte habe ich eben genannt. Im Schienenpersonennahverkehr ist mir der Stundentakt Richtung Berlin und Hamburg am intensivsten, der mir auf der Seele brennt. Und das ist auch das, was Sie im Integrierten Landesverkehrsplan als unsere oberste Priorität finden werden. Wir sind deshalb weiterhin eher bei regionalen Verkehrsverbänden in den typischen Verkehrsverflechtungsräumen.

Der VVW war angesprochen. In Westmecklenburg wird diskutiert und ernsthaft vorangetrieben. Ich glaube weiterhin daran, dass es gelingt. Und ich habe auch im Ohr, dass die Vorpommerschen Bereiche ernsthafte diskutieren, so etwas zu wollen. Da kenne ich allerdings den genaueren Stand nicht. Ich gehe aber davon aus, dass man ebenfalls dort sinnvoll einen gemeinsamen regionalen Verkehrsverbund betreiben kann und sollte.

Beim E-Ticketing stimme ich Ihnen zu. Das ist aber, glaube ich, losgelöst von einem landesweiten Verkehrsverbund, eine Anforderung, die gerade jüngere Menschen zunehmend an uns stellen. Der VVW hat im Übrigen ganz nachhaltig mit unserer finanziellen Unterstützung den Piloten umgesetzt. Wir schauen jetzt, wie man das Stück für Stück landesweit umsetzt. Es gibt im Übrigen an der Stelle eine, wie ich finde, mit dem Azubi-Ticket verbundene erfreuliche Entwicklung. Die Landkreise und kreisfreien Städte teilen Ihre Einschätzung, dass wir an der Stelle eine gemeinsame Datengrundlage

brauchen, dass wir Schnittstellen brauchen, auf die wir uns verständigen, dass quasi alle die gleichen Daten schaffen, auf denen man agiert. Es ist ausdrücklich beim Azubi-Ticket vereinbart worden, dass Land und kreisfreie Städte sowie Landkreise dort eine Arbeitsgruppe aufsetzen, die dafür Sorge trägt, dass nicht jeder eine andere Software kauft und am Ende nichts zusammenpasst, sondern dass man sich auf gemeinsame, einheitliche Standards annähert.

Noch mal: Die Verabredung zum Azubi-Ticket kostet Geld, die Darßbahn wird Geld kosten, die Südbahn soll und darf gerne Geld kosten. Wenn wir irgendwann den 1-Stunden-Takt auf den SPNV-Zentralstrecken hinkriegen, wäre schon was gewonnen.

Und zu guter Letzt, Sie kennen das von mir, ich bin ein absoluter – wenn wir dem ÖPNV helfen –, ein absoluter Favoriseur der Anrufsammeltaxis. Ich glaube, dass sie in Ludwigslust-Parchim sehr deutlich bewiesen haben, welche zusätzliche Qualität sie in den Nahverkehr hineinbringen, wie stark sie den ländlichen Raum an schnell laufende Hauptverbindungen anbinden – anbinden, doch, anbinden –, wie es dort gelingt, damit tatsächlich mehr Menschen, 30.000 mehr allein im letzten Jahr, hat man mir gesagt, in den Nahverkehr zu holen. Dann sind wir aber schon bei so hohen strukturellen Beträgen, dass wir uns vermutlich in der Summe verschiedener inhaltlicher Verbesserungen auch den 20 Millionen annähern, und da würde ich diese inhaltlichen Verbesserungen den rein formalen Verbesserungen eines landesweiten Tickets vorziehen wollen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Ich wünsche eine erfolgreiche Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wir zu solchen Themen stehen, die hier im Antrag vorgelegt worden sind, habe ich gestern, glaube ich, hinreichend dargestellt, und nicht erst gestern, schon seit vielen Jahren und etlichen Landtagssitzungen. Sie, meine Herren aus der AfD-Fraktion, haben gestern unseren Antrag abgelehnt, weil wir einer aus unserer Sicht unsinnigen Forderung Ihrer Fraktion nicht gefolgt sind. Ihren Antrag brauchen wir dafür nicht. Das ändert aber nichts an unserer Meinung. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Thomas Krüger, SPD und Dietmar Eifler, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte es vermutet, die Wiederholung: Die Debatte, die wir gestern Nachmittag aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE hier geführt haben, soll heute noch mal wiederholt werden.

Herr Reuken, ich hatte angenommen, nach den umfangreichen Beratungen und der Debatte gestern, dass Sie den Antrag heute hier zurückziehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn Ihnen aber der Verkehrsverbund eine Herzenssache ist und Sie gestern auch ordentlich zugehört hätten, hätten Sie auch ganz klar wahrnehmen können – denn Kollege Schulte hat das ja herausgearbeitet –, was erforderlich ist, das umzusetzen, was Sie fordern, das Land soll einen Verkehrsverbund schaffen. Dann hätte ich erwartet, dass Sie heute mit einem Änderungsantrag zum ÖPNV-Gesetz kommen, weil das die Grundlage dafür ist, und nicht einfach so einen dünnlippigen Antrag uns vorlegen mit zwei Zeilen, das Land soll einen Verkehrsverbund schaffen.

Nach den vielen Diskussionen und Debatten, die wir hier geführt haben – die letzte auf Ihren Antrag im Juni 2019, sind wir sehr ausführlich darauf eingegangen, an der Stelle gebe ich auch Frau Dr. Schwenke noch mal recht, Sie haben gestern sehr intensiv zu diesem Thema hier beraten und debattiert –, wenn ich an die zurückliegenden Jahre der Wahlzeit denke, wie oft dieses Thema auch im Verkehrsausschuss aufgerufen worden ist und wir uns ausgetauscht haben: Sicherlich gibt es unterschiedliche Auffassungen, wie der Weg dahin geschieht, aber nicht von dem Prinzip insgesamt, dass es eine Qualitätsfrage ist, wie der Nahverkehr gestaltet ist und gestaltet werden muss, nicht nur die Qualität. Damit sind wir auch bei den Finanzen, dazu hat der Minister vorgetragen.

Von daher ist, glaube ich, alles gesagt, und wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Eifler!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will das jetzt hier nicht in das Lächerliche reinziehen, weil auch einige Bemerkungen da gekommen sind über die Länge der Rededauer.

Aber, sehr geehrter Herr Reuken, wir haben dieses Thema – das ist jetzt nicht Ihre Schuld, das ist halt nach der Geschäftsordnung der Aufsetzung auf die Tagesordnung geschuldet –, wir haben dieses Thema lang und breit gestern diskutiert, und ich habe dort auch deutlich gemacht, was ich von der Frage „Alleinschaffung eines Verkehrsverbundes“ halte, nämlich, dass das nicht das Problem löst, auch nicht die Fragen, die Sie angesprochen haben. Deswegen gestatten Sie mir einfach, auf das zu verweisen, was ich gestern gesagt habe. Ich hoffe, dass das innerhalb von 24 Stunden bei allen Kolleginnen und Kollegen noch in Erinnerung ist. Und aus den Gründen, die ich dargelegt habe, werden wir den Antrag heute hier auch ablehnen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Normalerweise würde ich mich jetzt an der Stelle für die Debatte bedanken, das kann ich mir heute sparen.

(Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD)

Ja, ich gebe zu, wir haben gestern schon ausführlich darüber gesprochen. Nichtsdestotrotz ist der Antrag ja gestern auch abgelehnt worden. Deswegen sehe ich überhaupt kein Hindernis, diesen Verkehrsverbund hier heute noch mal zu fordern. Und es ist ja auch so, dass – Herr Eifler hat es gesagt – der Antrag nicht besonders detailliert ist, und das ist, wie gesagt, Absicht. Es geht uns eigentlich nicht um die Details, wie ein Verkehrsverbund am Ende aussehen soll,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so?!
Ist Ihnen relativ wurscht?!)

es geht um ein grundsätzliches Bekenntnis zu diesem Verkehrsverbund, das wir heute gerne vom Landtag gehabt hätten. Denn wir haben es von allen gestern und heute zum Teil auch gehört, es wird nicht einfach sein, einen solchen Verkehrsverbund zu errichten, und deshalb unser Ansatz, so früh wie möglich damit anfangen, denn auch nach dieser Legislatur wird das ein Thema sein. Und je mehr Vorarbeit da geleistet wurde, desto besser.

Ich bleibe dabei: Ein Verkehrsverbund wäre das Allerbeste für dieses Bundesland. So früh wie möglich damit anzufangen, wäre noch besser gewesen. Dieses Bekenntnis werden wir heute vom Landtag leider nicht bekommen. Damit können wir leben. Wir werden das Thema erneut auf die Tagesordnung rufen. Wir lassen da nicht locker, und ich freue mich dann schon, wenn wir wieder darüber debattieren. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Vorfreude
ist die schönste Freude!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5590. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5590 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Potenziale nutzen – Digitalisierung an Schulen vorantreiben, Drucksache 7/5602.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Potenziale nutzen – Digitalisierung an Schulen vorantreiben – Drucksache 7/5602 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Wildt.

Bernhard Wildt, CDU: Ja, guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen Abgeordnete! Als Vorbemerkung möchte ich gerne zu unserem Antrag sagen, dass wir natürlich immer den Präsenzunterricht dem Distanzunterricht vorziehen. Das war eine klare Aussage auch in unserem Antrag, den wir gemeinsam als Koalition im Juni eingebracht haben, als es um die Vorbereitung des neuen Schuljahres ging. Wenn immer möglich, soll Präsenzunterricht stattfinden. Das ist erst mal die Priorität.

Trotzdem müssen wir natürlich sehen, dass die Pandemie sich wieder verschlimmert hat, dass die zweite Welle voll zugeschlagen hat oder dabei ist zuzuschlagen, und dass wir darauf reagieren müssen. Das ist das eine. Aber ich möchte noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, es geht nicht nur um die kurzfristige Reaktion auf diese Situation, die uns dazu zwingt, teilweise die Schulen wieder zu schließen, oder auch jetzt in den vergangenen Monaten immer wieder Reaktionen von uns erfordert hat, sondern es geht auch um die langfristige oder insbesondere um die langfristige Ausrichtung der Digitalisierung. Denn die Digitalisierung gehört heute zu uns, der gesamten Gesellschaft und in der gesamten Arbeitswelt dazu, und es ist dringend erforderlich, dass sie auch in den Schulen voll und ganz eingesetzt werden kann. Sie ermöglicht viele Erleichterungen und viele neue Möglichkeiten für Lehrer, für Schüler, auch für die Eltern, und deswegen strengen wir uns da gemeinsam an, dort noch einen Schritt weiter nach vorne zu kommen.

Und an der Stelle muss ich auch ein bisschen Selbstkritik üben, nicht an uns nur alleine hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern es betrifft uns in Gesamtdeutschland. Wir sind im Vergleich zu anderen Ländern dort etwas weiter zurück. Wenn man nach Skandinavien schaut, nach Dänemark schaut, die sind in der Digitalisierung der Schule weiter. Das ist so. Da müssen wir uns auch immer wieder selbstkritisch die Frage stellen, warum ist das so, warum brauchen wir länger als andere. Wir sind nicht die Allerlangsamsten, aber wir sind eben auch nicht die Schnellsten. Und wir sind ja ein bisschen ehrgeizig, wir möchten ja gerne immer vorne an der Spitze stehen. So, dass sind die Eingangsbemerkungen, die ich dazu sagen möchte.

Es geht wirklich darum, wie können wir das Tempo beschleunigen, wie können wir in der Digitalisierung an den Schulen schneller werden, auch vor dem Hintergrund der Pandemie, die uns dazu auch ein Stück weit zwingt, schneller zu werden, aber auch aus voller Überzeugung, dass wir damit etwas Gutes für den Schulalltag tun, denn die digitalen Medien und die neuen Lernformen, die prägen schon heute den Alltag an Schulen und in der beruflichen Bildung, aber eben noch nicht so weit, wie wir uns das vorstellen. Mit diesem Antrag möchten wir der Digitalisierung an den Schulen zu einem neuen, beschleunigten Schub verhelfen. Wir möchten, dass unsere Schulen digitaler und agiler werden, und wir möchten vor allem schneller bei der Umsetzung werden – schneller bei der

Umsetzung, das ist das Entscheidende. Es gibt ja schon viele gute Ideen und Pläne, aber die Umsetzung dauert, nicht nur in diesem Bereich, sondern in vielen anderen Bereichen auch, immer länger, als wir uns das eigentlich wünschen.

Für uns ist die Digitalisierung kein Selbstzweck oder eine schlichte, mittlerweile inflationär verwendete Worthülse. Ausgehend von der 2016 vorgelegten KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ umfasst die Digitalisierung die Unterrichtsentwicklung und die Qualifizierung von Lehrkräften, Infrastruktur, digitale Lernplattformen und rechtliche Rahmenbedingungen zugleich. Die Digitalisierung an den Schulen geht also weit über rein technische Aspekte hinaus. Bereits im Juni-Landtag, ich habe schon darauf hingewiesen, haben wir auf Initiative meiner Fraktion beschlossen, die positiven Erfahrungen aus der Pandemie zu nutzen und den Präsenzbetrieb dauerhaft – dauerhaft! – durch digitalen Unterricht zu ergänzen. Das ist bekannt unter dem Stichwort „Blended Learning“ oder auch „integriertes Lernen“.

Um es deutlich zu sagen, die Voraussetzungen für den hybriden Unterricht und die Digitalisierung an Schulen sind aktuell so gut wie noch nie. Frau Martin hat in einer früheren Rede mal darauf hingewiesen, wenn die Pandemie etwas Gutes hat im Bildungsbereich, dann das, dass wir diesen Schub in der Digitalisierung bekommen und dort mit einem deutlich höheren Tempo vorankommen.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und daher wollen und müssen wir auch die Chancen nutzen, die sich aus den Bund-Länder-Vereinbarungen zum DigitalPakt von mittlerweile über 6,5 Milliarden Euro der Anschaffung von „itslearning“ im Frühjahr dieses Jahres als auch durch den zweiten Nachtragshaushalt ergeben, mit aller Entschlossenheit nutzen.

„itslearning“ möchte ich da noch mal ganz besonders hervorheben. Ich könnte mir vorstellen, dass Frau Martin nachher noch mal darauf eingeht, aber das war wirklich ein großer Meilenstein. Wir waren relativ lange ja schon in der Vergangenheit damit beschäftigt, eine Lernplattform auszuwählen, und in diesem Jahr ging es dann tatsächlich deutlich schneller. Und wir sind bei „itslearning“ in der Anwendung, wir lassen uns da laufend informieren, wie weit läuft es an den Schulen. Wir sind natürlich noch nicht da, wo wir gerne am Ende sein möchten, das ist ja ganz klar, das kann ja in so kurzer Zeit gar nicht sein, aber wir haben schon einen großen Fortschritt gemacht. Und ich wage die Behauptung, ohne die Pandemie wäre vielleicht „itslearning“ dieses Jahr noch nicht einmal ausgewählt worden. Das ist einfach schon deutlich schneller gegangen. Dieses Momentum müssen wir nutzen. Wir müssen versuchen, den Schub an den Schulen weiter nach vorne zu bringen.

Und der Bund stellt Mecklenburg-Vorpommern exzellente Bedingungen zur Verfügung, die sich aus dem erwähnten DigitalPakt ergeben, einschließlich der Zusatzvereinbarungen, auf die sich Bund und Länder im Herbst 2020 verständigt haben. Dadurch stehen alleine 500 Millionen Euro für das Leihgeräteprogramm bundesweit zur Verfügung, 10 Millionen für Mecklenburg-Vorpommern, zusätzliche 500 Millionen Euro für die Anschaffung von Lehrerlaptops, und beide Programme sind aktuell in der Umsetzung mit den Schulträgern.

Auch an dieser Stelle schon mal der Appell an die Schulträger: Machen Sie mit und versuchen Sie es zu beschleunigen, wenn immer möglich! Die Ministerin oder das Ministerium alleine und auch nicht der Landtag hier, können das umsetzen. Das müssen die Schulträger vor Ort.

Wir als Land haben unsere Ausgangslage für die Schulen erheblich verbessert. Allein über den am Mittwoch beschlossenen Nachtragshaushalt werden wir zusätzlich mit über 80 Millionen Euro die Schulen bei der Digitalisierung unterstützen. Und das war uns auch ein ganz besonderes Anliegen, genau diese 80 Millionen hier noch mal zu erläutern und noch mal darauf einzugehen, weil es ja auch viel Kritik an dem Nachtragshaushalt gab, aber gerade, insbesondere in diesem Bereich „Digitalisierung an Schulen“, diese Kritik, glaube ich, ins Leere läuft. Diese 80 Millionen sind zwingend erforderlich, um in der gebotenen Schnelligkeit weiterzukommen.

Wir fordern zur dauerhaften Etablierung eines digital gestützten Unterrichts auf. Dazu möchten wir die Anzahl der Schulen, die die cloudbasierte Lernplattform „itslearning“ nutzen, kontinuierlich erhöhen – und das geht übrigens auch von Woche zu Woche nach oben – und die Funktionen von „itslearning“ ausbauen. Uns liegt da besonders auch an der Videofunktion eines Liveunterrichts. Da haben wir auch letztens noch mal drüber beraten. Da sind wir alle ein bisschen ungeduldig, das hätten wir natürlich jetzt schon gerne, auch gerade in der aktuellen Situation. Ich hoffe auch, dass es etwas schneller noch möglich ist, aber auf jeden Fall in diesem Schuljahr.

Etwas weniger als zwei Drittel aller Schulen hat die für sie kostenfreien Zugangsdaten von „itslearning“ bereits beantragt, das sind 61,7 Prozent oder 311 Schulen, wodurch knapp 40.000 Schülerinnen und Schüler sowie über 5.000 Lehrkräfte „itslearning“ aktiv in Mecklenburg-Vorpommern heute schon nutzen. Aus diesen Zahlen wird gut sichtbar, dass wir auf einem guten Weg sind, diesen aber noch verstetigen müssen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Mehr noch, für die CDU Fraktion steht außer Frage, dass wir die Freiwilligkeit mittelfristig verlassen und die Nutzung von „itslearning“ verbindlich an allen allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen einführen wollen, zum Beispiel vielleicht zu Beginn des nächsten Schuljahres.

Ebenfalls Bestandteil ist, das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte im Bereich der Digitalisierung zu intensivieren. Wir plädieren dafür, dass möglichst für alle Lehrkräfte passgenaue Fortbildungsangebote geschaffen werden, damit wir digital qualifizierte Lehrkräfte in den Schulen haben. Dabei geht es übrigens nicht nur um die fachliche Bildung, sondern auch um die Motivation. Gerade bei den etwas älteren Lehrern, die bisher eben noch nicht mit diesen Instrumenten gearbeitet haben, müssen wir auch Motivationsanreize schaffen. Und das ist auch nichts Neues, das kennen wir aus der privaten Wirtschaft. Überall, wenn in einem Unternehmen, sagen wir mal, SAP, eingeführt wird, muss man sich anstrengen, die Mitarbeiter mitzunehmen, um diese neue Plattform, dieses neue Tool dann auch zu nutzen. Genauso ist das auch an den Schulen. Wir müssen die Lehrkräfte dort mitnehmen, wo sie sich gerade mit ihrem Qualifikationsniveau befinden.

Auch hat sich mit Blick auf die berufliche Bildung gezeigt, dass die beruflichen Schulen nahezu flächendeckend überaus gute Erfahrungen mit der im Jahr 2017 als Pilotprojekt gestarteten Lernplattform „haleo“ gesammelt haben. Und in unserem Antrag fordern wir deshalb dazu auf, „haleo“ in „itslearning“ zu überführen.

Auch bekräftigt der Antrag die Zielstellung, gemeinsam mit Kommunen und Schulträgern auf eine effektive Umsetzung des Digitalpaktes einschließlich der Zusatzvereinbarung zur Bereitstellung von mobilen Endgeräten und Lehrerlaptops hinzuwirken. Die sich aus den Finanzhilfen des Bundes ergebenden vorteilhaften Rahmenbedingungen sind für unser Bundesland sehr maßgeblich, da wir bis 2024 diese Mittel abrufen können und damit die digitale Bildungsinfrastruktur entscheidend verbessern.

Es ist sicher auch zutreffend, dass sich auch andere Bundesländer mit einem zögerlichen Mittelabfluss konfrontiert sehen. Schlussendlich muss jedes Bundesland aber seine eigenen Hausaufgaben erledigen. Wir sind eben für Mecklenburg-Vorpommern zuständig, und da geht es eben darum, dass diese Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, auch möglichst schnell abgerufen werden. Der Erfolg oder der Nichterfolg der digitalen Bildungswelt in Mecklenburg-Vorpommern bestimmt über die Zukunft des Landes, über die Sicherung und Ausbildung von Fachkräften und über die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und den Anschluss an die anderen Regionen Europas. Daher ist dieses Thema nicht zu unterschätzen.

Ein Satz noch: Es ist vielleicht ein Rückenwindantrag, weil die Regierung auch schon das macht, was wir beantragen wollen, aber es ist ein Rückenwindantrag mit Windstärke 10. Ich bitte Sie, den zu unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Wildt!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Von der Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Martin.

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Digitalisierung bestimmt fast alle unsere Lebensbereiche. Vor allen Dingen in der Arbeitswelt ist sie eigentlich gar nicht mehr wegzudenken. Natürlich ist es auch deshalb ganz wichtig, dass die Schulen ihre Aufgabe wahrnehmen und auch wahrnehmen können, die Kinder und Jugendlichen auf ein Leben in dieser zunehmend digitalisierten Welt vorzubereiten. Und deshalb ist es auch wichtig, dass Laptops, Tablets, Smartboards und digitale Lernplattformen verstärkt Einzug in unsere Schulen und in unsere Klassenzimmer halten.

Doch damit ist es ja auch nicht genug. Ja, die technische Ausstattung unserer Schulen ist die grundlegende Voraussetzung dafür, dass unsere Schulen vom Kreidezeit-

alter in die digitale Welt wechseln können. Doch Digitalisierung an Schulen ist natürlich viel mehr als das: Es geht um Technik, es geht um Inhalte und es geht um die Befähigung der Lehrer, beides in ihren Unterricht sinnvoll zu integrieren.

Lassen Sie mich daher Punkt I des Antrages aufgreifen und ganz klar feststellen, ja, die Digitalisierung unserer Schulen ist eine vorrangige landespolitische Aufgabe. Wir müssen die Bildung an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zukunftsweisend ausrichten, und dabei geht es nicht nur, aber eben auch um Digitalisierung. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind mitten auf dem Weg damit.

Als wir im März zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Schulen für mehrere Wochen schließen mussten und wir quasi über Nacht 100 Prozent Digitalunterricht anbieten mussten, hätte auch ich mir gewünscht, dass wir genau zu diesem Zeitpunkt schon weiter mit der Digitalisierung gewesen wären in den Schulen. Doch wenn – und das hat Herr Wildt gerade auch zitiert –, wenn es an dieser Krise nur irgendetwas Positives gäbe, dann wäre es der Schub, den die Digitalisierung, der Schub, den sie den Schulen seitdem gegeben hat.

In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen haben wir in den letzten Monaten vieles möglich gemacht und auch vieles weiterentwickelt. Und nein, wir sind noch nicht am Ziel angekommen, aber alle wissen, dass die flächendeckende Digitalisierung aller Schulen und die Integration der Digitalisierung im Unterricht überall kein Projekt ist, das über Nacht per Knopfdruck umzusetzen ist, aber wir haben richtig auf die Tube gedrückt. Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben gezeigt, es gibt bereits Schulen, die hervorragend ausgerüstet sind, die den digitalen Unterricht hervorragend umsetzen und wo auch die Lehrkräfte routiniert damit umgehen. Doch Sie werden auch, wenn Sie rumschauen und rumschauen, Beispiele von Schulen finden, die sich noch schwertun und wo der technische Ausbau gerade schlicht noch unzureichende Möglichkeiten anbietet. Diese Unterschiede zwischen den Schulen werden wir abbauen.

Es ist unser gemeinsames Ziel, dass alle Schulen in unserem Land gut und umfassend digital ausgestattet sind. Dieses Ziel zu erreichen, dafür haben wir uns in M-V schon lange vor Corona auf den Weg gemacht. Der DigitalPakt wird ausgerollt. Schritt für Schritt wird seit verganginem Jahr die digitale Infrastruktur aller Schulen in M-V ausgebaut. Alle Schulen im Land werden davon profitieren. 110 Millionen Euro fließen dafür bis 2024. Der Plan dafür, welche Schule wann drankommt, steht und – anders, als das manchmal öffentlich diskutiert wird – die Umsetzung läuft gut.

Seit 2019 ist das Fach „Informatik und Medienbildung“ ein verbindliches Unterrichtsfach, ab der 5. Klasse ist dieses Fach also fester Bestandteil. Da geht es nicht nur um Technik und Informatik, da geht es natürlich auch um Medienkompetenz, um die Fragen: Was ist eigentlich mit Datenschutz? Wie gehe ich mit meinen Daten um? Was sind die Gefahren, was sind aber auch die Chancen im Netz?

Wir haben auch unsere Fortbildungsangebote stärker auf Medienbildung ausgerichtet. Die zusätzlichen Program-

me aus dem DigiPakt, die Bund und Länder aufgrund der Corona-Krise aufgelegt haben – das hat Herr Wildt auch gerade erwähnt –, haben außerdem 10 Millionen zusätzlich für digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler, die benachteiligt sind, also selbst keinen Zugang zu einem digitalen Gerät haben für die digitale Lehre. Das Land hat Co-Finanzierung draufgelegt von 1 Million Euro. Seit Juni können diese Geräte angeschafft werden. In sehr vielen Schulen arbeiten die Kinder bereits mit diesen Geräten. Dieses Programm ist auch ein wichtiges und hat uns in den letzten Monaten auch stark vorangebracht.

Außerdem haben wir weitere 10 Millionen für ein Administratorenprogramm vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen, legen auch zusätzliche Co-Finanzierung obendrauf. Da geht es – und das ist ein wichtiger Punkt –, da geht es um die Unterstützung, die technische Unterstützung der Schulen durch Administratorentätigkeiten, also dass Lehrkräfte nicht mit Technik und irgendwelchen Wartungsarbeiten zu tun haben, sondern unterstützt werden über zentrale Einrichtungen, die die Schulen bei der Administration des Digitalen an Schule unterstützen.

Das dritte Paket, auch das haben wir gehört, wird das Paket für die Endgeräte, die Leihendgeräte für Lehrkräfte sein. Auch das ist auf dem Weg.

Mit Corona ist also – auch das hat Herr Wildt gesagt – eine enorme Geschwindigkeit in die Sache reingekommen. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir die Einführung der Lernplattform „itslearning“ umgesetzt haben. Innerhalb kürzester Zeit stellten wir dieses Angebot allen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern vor der Sommerpause zur Verfügung. Und nach einem etwas mehr als halben Jahr Laufzeit kann ich feststellen, es funktioniert. Einführungsprobleme, die in anderen Ländern bei der Einführung auftraten, sind bei uns in Maßen aufgetreten. Überall da, wo es Probleme gab, gab es Ansprechpartner, konnte direkt geholfen werden. Bei uns im Haus das Team hat da hervorragende Arbeit geleistet.

Übrigens auch überall da, wo Schulklassen in Quarantäne gehen müssen und praktisch sofort umschalten müssen auf Distanzlehre, auch da beraten meine Leute direkt, wenn Fragen zu „itslearning“ oder zur Distanzlehre oder zu dem Digitalen auftreten. „Itslearning“ kann gegenwärtig von etwa 300 Schulen genutzt werden – ein Erfolg, wenn Sie mich fragen, da es sich bisher noch um freiwilliges Entscheiden geht, bisher noch. Diese Entscheidungen müssen auch durch die örtlichen Personalräte mitbestimmt werden. Also, dass da schon 300 Schulen sozusagen Zugänge haben, sich damit beschäftigen, damit arbeiten, ist ein Erfolg nach einem halben Jahr.

Dabei setzen wir darauf, dass dort, wo es vor der Pandemie schon lauffähige Systeme gab, ein Wechsel in der Krise nicht erzwungen wird. So viel zur Verpflichtung im Moment. Wir sagen, mitten in der Krise wechselt man das laufende Pferd nicht. Deswegen arbeiten auch andere Schulen, wo es funktioniert, noch mit anderen Systemen. Aber auch das sage ich: Unser Ziel ist es sehr wohl, ein einheitliches System im Bundesland einzuführen. Deswegen unterstütze ich auch den Tenor dieses Antrags ausdrücklich.

Aber auch Schulen, die aktuell noch nicht „itslearning“ nutzen, unterstützen wir tatkräftig. Im Rahmen des DigitalPaktes bieten wir da zum Beispiel das Medienportal MUNDO an. Das ist an den Start gegangen, darüber

erhalten Schulen Zugang zu über 34.000 freie Unterrichtsmedien und können diese in ihren Unterricht einbinden. Auch wenn ich das für ein sehr gutes Projekt befinde, stehe ich trotzdem dazu, dass wir die „itslearning“-Plattform ausbauen, und rate den Schulen ausdrücklich, sich in Richtung „itslearning“ zu orientieren. Es ist ein weltweit erprobtes Tool, das gibt es weltweit in Schulen und wird angewandt.

Auch andere Länder in der Bundesrepublik gehen diesen Weg mit „itslearning“. Bremen setzt es schon eine Weile ein, Schleswig-Holstein ist unserem Beispiel gefolgt, wird es jetzt flächendeckend einsetzen oder ist gerade dabei, das einzuführen. Ich kann nur sagen, diese Unterstützung des Unterrichts durch „itslearning“ lohnt sich für die Schulen, und wir haben auch, es gab einen wunderbaren NDR-Beitrag, ich glaube, vor zwei Wochen, dazu, wo mal reingeguckt wurde, wie damit gearbeitet wird. Es ist wirklich für Lehrkräfte und Schüler ein großer Gewinn.

Wie gesagt, mein Haus ist von „itslearning“ absolut überzeugt, und ich bin das auch. Daher unterstützen wir, wie gesagt, den Vorschlag, dass wir dieses „itslearning“ auch bei den Berufsschulen einführen, dabei aber „haleo“, die Funktionalitäten von „haleo“ überführen in „itslearning“. Es haben sich nach dem Lockdown von den 20 Berufsschulen 18 sehr, sehr schnell dazu entschieden, „haleo“ einzusetzen. Sie haben gute Erfahrungen damit gemacht und haben natürlich den Wunsch, das jetzt auch weiterzuführen. Das machen wir gerade möglich, natürlich in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gehen also mit großen Schritten voran. Ich möchte, bevor meine Zeit zu Ende ist, noch mal ein herzliches Dankeschön sagen dafür, dass Sie mit dem Nachtragshaushalt es ermöglichen, dass wir jetzt noch weiter auch Schub reingeben in diese Entwicklung, allein zusätzlich 80 Millionen für die Digitalisierung an Schule, zusätzlich 40 Millionen für die Digitalisierung der Hochschulen. Auch das möchte ich in diesem Rahmen mal sagen. Das ist nicht nur für Pandemiezeiten wichtig, das wird uns einen wirklich wichtigen Modernisierungsschub in unseren Schulen geben.

Vielleicht zum Abschluss noch ein Wort: Es ist nicht nur die Technik, die entscheidend ist, wir müssen auch unsere Lehrkräfte optimal dafür ausrüsten und auch mit auf den Weg nehmen. Dafür ist auch im Nachtragshaushalt ein großes Stück des Geldes gedacht, dass wir Fortbildungen anbieten. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten insgesamt 8.600 Fortbildungen im Bereich des digitalen Unterrichts angeboten. 8.600 Fortbildungen wurden absolviert. Ich habe da noch ganz viel stehen, was das alles mit beinhaltet, meine Zeit ist leider um.

Ein Wort noch: Es geht natürlich die Pädagogik vor Technik. Wir müssen aber die Schulen so ausstatten, dass sie ihrer pädagogischen Arbeit im digitalen Zeitalter bestmöglich auch nachkommen. Auf die Lehrkraft kommt es an. Wir müssen die Lehrer unterstützen. Und weil es auf die Lehrkraft ankommt, möchte ich hier auch noch mal ein Dankeschön an alle Lehrer sagen, die in den vergangenen Monaten einen unglaublichen Job gemacht haben, diese Anforderungen umzusetzen, in die Distanzlehre zu gehen, quasi über Nacht. Alle haben ein Engagement mit eingebracht, egal, an welchem Ort sie gerade standen, ob die Schule gut ausgerüstet war oder nicht, die Lehrer haben sich bemüht und haben wirklich einen Riesenschritt gemacht in den letzten Monaten. Dafür

möchte ich herzlich Danke sagen. Das ist eine enorme Arbeit und, ich glaube, dass verdient auch wirklich unser aller Wertschätzung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Weil das so ist, bitte ich um Annahme dieses Antrages. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um zwei Minuten überschritten.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Wertes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Leibe Mäkelborger un Vörpommern! Wir haben zum wiederholten Male einen Antrag der regierungstragenden Fraktionen vorliegen, der die Landesregierung zum Arbeiten auffordert. Was soll man davon halten?

(Egbert Liskow, CDU: Nein, Rückenwind,
haben Sie doch gehört!)

Was soll man davon halten? Konkret geht es darum, die Digitalisierung an Schulen voranzutreiben, also ein hoch wichtiges Ansinnen, dass die KMK bereits 2016 als Strategiepapier verabschiedet hat.

(Egbert Liskow, CDU: Rückenwindantrag!)

Man sieht, ein Jegliches braucht seine Zeit. Aktuell scheint dieser Arbeitsauftrag kurz vor dem Jahreswechsel 2021

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

und in Erwartung eines eskalierenden Lockdowns eine gewisse Berechtigung erlangt zu haben. Oder, um es einmal so zu sagen, ein Jegliches hat seine Zeit. Und mit Verlaub, es hat im Blick auch auf andere aktuelle Anträge in der Tat die Anmutung, dass der Glaube an die Allmacht der Digitalisierung bereits religiöse Züge annimmt, wovon ich als IT-Ingenieur noch einmal ausdrücklich warnen möchte.

Schauen wir uns den hier vorgelegten Antrag an, so kommt er in den Punkten I und II zusammenfassend zu der Feststellung, die Digitalisierung ist das Allheilmittel aller schulischen Probleme vor dem Impfstoff. Unter III folgt dann eine lose Auflistung von sechs Handlungsaufforderungen, die zum Teil sehr bedenklich stimmen. Jedenfalls sieht ein lösungsorientierter Antrag anders aus, aber dies ist ja auch ein politischer Antrag. Wenn wir einmal in der schon angestimmten religiösen Betrachtungsweise bleiben, dann haben wir es bei der Digitalisierung mit einer Art Dreifaltigkeit zu tun:

Die erste und grundlegendste Voraussetzung, die es zu lösen gilt, ist der schnelle Internetanschluss der Schulen. Auf dessen zeitliche Umsetzung hat jedoch die Landes-

regierung wenig bis gar keinen Einfluss, wenn sie nicht massiv in laufende Prozesse eingreifen will.

Das Zweite sind die technischen Voraussetzungen innerhalb der Schule. Da sind jedoch die Schulträger gefordert. Und im Bereich kommunaler Schulträger sind es die Zweckverbände sehr oft, und die sind nicht nur gefordert, die sind überfordert mit dieser Thematik. Eine Lösung für diese kritische Problemstelle sieht der Antrag leider nicht vor.

Sehr geehrte Damen und Herren, die meisten Punkte des Antrags befassen sich dann mit dem dritten Komplex, den Softwarelösungen. In der ersten Not hatte man sich nach Ostern entschieden, für die Schulen mit den entsprechenden technischen Voraussetzungen zumindest „itslearning“ einzuführen. Das passierte jedoch alles freihändig, ohne Ausschreibung, und es sind dadurch möglicherweise – ich unterstelle mal, ungewollt – Wettbewerbsvorteile für einen Anbieter entstanden.

(Egbert Liskow, CDU: Ach so?)

In der Folge wird dieser Missstand der einseitigen Bevorzugung nun mit den entsprechenden Forderungen des hierzu anstehenden Antrags manifestiert. Und nicht nur das, diese Softwareplattform wird auch für die allgemeinbildenden Schulen in privater Trägerschaft eingefordert. Und damit nicht genug, auch die Berufsschulen, die gemäß eigener Einschätzung überaus erfolgreich die Open-Source-Plattform „haleo“ eingeführt haben, sollen künftig auf „itslearning“ umgestellt werden. Was also bisher kostenlos an dieser Stelle war, erfordert nunmehr einmalige Implementierungskosten und danach laufende oder ständig wiederkehrende Lizenzkosten, beides in unbekannter Höhe. Warum nun das überaus erfolgreiche und kostenfreie „haleo“ nicht umgekehrt für die allgemeinbildenden Schulen eingeführt wird, bleibt zumindest unserer Fraktion unerklärlich. Aber Geld spielt ja offensichtlich keine Rolle, denn das Gebot der Stunde in der Pandemie ist, Geld um jeden Preis auszugeben.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Berichterstattung gemäß der Forderung des Antrages vor dem 31. Mai zu erwarten haben, schlage ich Mittwoch, den 26.05. als Termin vor. Das wäre ein regulärer Ausschusssitzungstermin, und zwar am Mittwoch nach Pfingsten, und das ist ja bekanntlich das Fest der Ausgießung des Heiligen Geistes, womit wir wieder bei der Dreifaltigkeit wären.

Allerdings, meine Damen und Herren, halten wir diesen Antrag, wie soeben geschildert, aus wettbewerbsrechtlicher Sicht für äußerst bedenklich. Und unsere Fraktion steht hier wieder einmal für den Rechtsstaat ein und fordert Sie hiermit auf, diesen Antrag zurückzuziehen. Digitalisierung ja, aber nicht um jeden Preis. Wenn Sie den Antrag nicht zurückziehen, können wir leider nicht zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, wenn sie ihn
zurückziehen, können Sie auch nicht zustimmen.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kröger, das müssen Sie mir mal erklären, wenn wir den Antrag zurückziehen, dann können Sie zustimmen? Also da war logisch was falsch, da haben Sie sich vielleicht mit Ihrer Dreifaltigkeit da selbst vielleicht einen gemacht.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deutschland zählt zu den stärksten Industrienationen der Welt, gehört zu den führenden Exportnationen, hat Tausende Weltmarktführer in Maschinenbau, chemischer Industrie, optischem Gerätebau und vielem mehr. Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, auch wenn immer einige notorisch schimpfen. Jeder hat das Recht auf gute Behandlung, egal und unabhängig vom Geldbeutel. Und gerade jetzt in der Pandemiesituation sieht man, dass das System sehr leistungsfähig ist, obwohl wir derzeit dann auch schon fast an die Belastungsgrenzen stoßen. Deutschland hat das sauberste Trinkwasser, die sicherste Stromversorgung, Deutschland liefert täglich die Post in jeden Haushalt und in jede Firma, egal, wo die Einrichtung liegt, auf einer einsamen Insel oder im Gebirge.

Beim Ausbau des Glasfasernetzes hat man aber dem Markt freie Hand gelassen und die Netze wurden nur dort auf- und ausgebaut, wo es sich lohnt, finanziell rechnet. Ein Riesenfehler! In den größeren Städten und Ballungsräumen funktioniert es sehr gut, mit der Folge, weiße Flecken in dünn besiedelten Gebieten, und das überall in Deutschland, also nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Diesen Fehler hat die Bundesregierung erkannt und hat bereits vor fünf Jahren Milliardenbeträge zum Ausbau des Glasfasernetzes bereitgestellt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat das übernommen, die Kofinanzierung für diesen Glasfaserausbau. Jetzt sind die Landkreise am Zug, dies umzusetzen. Glasfaser gehört zur Infrastruktur eines jeden Landes wie Straßen, Gleise und Flughäfen, wie Strom, Wasser und Abwasser, wie die medizinische Versorgung, Kitas und Schulen, und das Glasfaser ist eine öffentliche Daseinsvorsorge an jeder Milchkanne. Und es wird, wer aufmerksam durchs Land fährt, auch überall gebuddelt und die Leitungen werden verlegt.

Mit einem guten und stabilen Netz hat man die Grundvoraussetzung für die Digitalisierung in Schulen. Aber für die Digitalisierung der Schulen braucht man natürlich auch wesentlich mehr. Vieles hat die Ministerin schon berichtet. Man muss es noch einmal ganz deutlich sagen: Nicht nur Mecklenburg-Vorpommern hat Schwierigkeiten bei der Digitalisierung von Schulen, sondern alle Bundesländer haben erheblichen Nachholbedarf. Deshalb gibt es auch erhebliche finanzielle Anstrengungen der Bundesregierung in diesem Bereich. Und deshalb gab es auch die Aufhebung des Kooperationsverbotes, und das spricht eigentlich eine ganz klare und eine eindeutige Sprache. Und da sind noch weitere technische Voraussetzungen an den Schulen, die getroffen werden müssen. Hierzu ist natürlich eine enge Kooperation und Ab-

sprache mit den Schulträgern erforderlich, denn die Ausstattung von Schule ist eine originäre Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung.

Und das Land unterstützt das bereits mit erheblichen finanziellen Mitteln. Um mal einige wichtige Investitionen und Voraussetzungen zu nennen: An allen Schulen brauchen wir ein leistungsfähiges WLAN-Netz, das zur Verfügung stehen muss. Jede Lehrerin und jeder Lehrer braucht ein digitales Endgerät mit entsprechender Software. Auch da sind die Bemühungen vonseiten der Landesregierung und der Bundesregierung gerade geschildert worden. Die Schülerinnen und Schüler brauchen ein digitales Endgerät. Dabei muss aber auch gleichzeitig nachgedacht werden, wie man bei Verlust, Beschädigung oder Reparatur von digitalen Geräten perspektivisch auch umgehen muss. Mit dem Nachtragshaushalt setzen wir ein klares Zeichen. Ich will die Zahlen jetzt nicht alle noch mal wiederholen, aber es wird dann doch sehr viel zur Verfügung gestellt.

Zu den Maßnahmen, die bereits eingeleitet wurden, zählt die Lernplattform „itslearning“. Auch das will ich jetzt nicht alles wiederholen, aber ich habe die tagesaktuellen Zahlen: Bis jetzt oder mit Stand heute sind es 315 Schulen, die haben die Zugangsdaten beantragt, und 345 haben starkes Interesse bekundet. Das spricht schon eine sehr deutliche Sprache. Wir haben den Rahmenplan „Digitale Kompetenzen“ 2019/2020 und wir haben als eines der ersten Länder auch ein eigenständiges Unterrichtsfach.

Und neben den technischen Bedingungen bedarf es natürlich auch anderer Voraussetzungen. Es müssen entsprechende digitale Lern- und Lehrmaterialien den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Ein umfangreicher Materialpool zum digitalen und Onlinelernen steht den Schulen schon zur Verfügung. Und was ganz wichtig ist – und da wird ja auch ein Programm aufgelegt –, ist das Programm der IT-Administratoren, die es in den Schulen geben muss.

Entscheidend ist aber für den Erfolg der digitalen Bildung, wie die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen diese neuen digitalen Möglichkeiten nutzen werden. Deshalb ist es zwingend notwendig, gute Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen zu organisieren. Diese Veranstaltungen sollen auch zielgerichtet auf die Bedürfnisse der einzelnen Schulen zugeschnitten werden und möglichst vor Ort beziehungsweise online durchgeführt werden.

(Egbert Liskow, CDU: Online.)

In den vergangenen zehn Monaten der bisherigen Pandemiezeit sind erhebliche Fortschritte in diesem Bereich gemacht worden. Auch das will ich jetzt nicht alles wiederholen. Aber wir dürfen natürlich nicht beim Tempo nachlassen. Wir brauchen auch zukünftig einen guten digitalen Unterricht.

Aber ich möchte es hier auch noch mal ganz eindeutig und nachdrücklich betonen, es ist eine Ergänzung zum regulären Präsenzunterricht, und der ist durch nichts zu ersetzen. Trotzdem werden wir um den digitalen Wandel in Schule und in der Gesellschaft nicht umhinkommen. Unsere Schüler brauchen dort sichere Kompetenzen. Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten und diese müssen auch genutzt werden. Und beispielsweise auch bei der individualisierten Förderung von Schülern, da

kann man die Stärken fördern und die Schwächen ausmerzen. Und auch beispielsweise – und das haben wir heute noch gar nicht so hier dargestellt – im Krankheitsfall spielt die digitale Bildung eine wichtige Rolle.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Wichtige entscheidende Schritte sind bei der digitalen Bildung eingeleitet worden. An vielen Schulen gibt es bereits leistungsstarke und verlässliche technische Infrastrukturen. Zum reibungslosen Ablauf gehören die IT-Administratoren, die notwendig sind. Es muss auch perspektivisch eine verpflichtende Fortbildung für Lehrkräfte in der digitalen Didaktik angeboten werden, und die neuen digitalen Möglichkeiten müssen in der Schule genauso genutzt werden, wie wir es bereits im Alltag tun. Nur so können wir unsere Spitzenstellung in der Welt behaupten. Stimmen Sie dem Koalitionsantrag zu! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Butzki, die Maske liegt noch auf dem Rednerpult.

(Andreas Butzki, SPD: Na ja, wenn man alt wird. Danke schön, Frau Präsidentin!)

Gern geschehen. Und auch Ihnen vielen Dank für Ihren Wortbeitrag.

Ich rufe auf für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

(Egbert Liskow, CDU:
Ohne Maske! Na, das geht ja gar nicht! –
Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Na ja, sie ist ja Lehrerin, sie darf das!)

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Bildung in der digitalen Welt“, so heißt die Strategie der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2016. Nun gilt es als gesichert, dass Mecklenburg-Vorpommern zu dieser Welt gehört. Aber gesichert ist auch die Erkenntnis, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht zur digitalen Welt gehört. Der Antrag von CDU und SPD soll das wahrscheinlich ändern, damit wir im wahrsten Sinne des Wortes nicht den Anschluss verlieren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Seit 2016 gibt es nun diese Strategie der Länder und seit 2016 – meiner Kenntnis nach – keinen einzigen Antrag der Regierungsfractionen dazu, und das, obwohl diese Strategie sogar von einer „digitalen Revolution“ spricht. Aber auch hier gilt dann wohl Bismarcks Wort unser Bundesland betreffend. Vier Jahre nichts und nun innerhalb von knapp sechs Monaten zwei Anträge, in denen es darum geht, die Potenziale zu nutzen und die Digitalisierung an Schulen voranzutreiben. Nun wollen Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, im Sauseschritt die Digitalisierung ins Land und an die Schulen bringen.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Windstärke 10! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie wollen die Weiterentwicklung des digital gesteuerten Unterrichts, Sie wollen die organisatorische Anbindung von Lehrkräften für den digitalen Unterricht prüfen, Sie

wollen die verbindliche Nutzung des landesweiten Angebots der Lernmanagement-Software „itslearning“ ebenfalls prüfen.

Sehr geehrte ...

(Dietmar Eifler, CDU: Richtig!)

Falsch!

Sehr geehrte Damen und Herren, warum benenne ich die wesentlichen Inhalte des Antrages, auf die ich mich beschränken möchte, so ausführlich? Das mache ich – und Herr Eifler hat eben schon gezeigt, dass er nämlich durcheinanderkommt bei den ganzen Anträgen, mit Ihrem Zwischenruf –, das mache ich, damit Sie nicht durcheinanderkommen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU: Ach so!)

Sie sind jetzt voll in die Falle getappt, Herr Eifler.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Sie müssen lesen, was Ihre Koalition beantragt. Ich möchte nämlich, das, was ich eben zitiert habe, war aus dem Juni-Antrag der Koalition. Das Wort „Prüfung“ ist jetzt einer verbindlichen Einführung gewichen. Allerdings hatte meine Fraktion diese verbindliche Einführung, zum Beispiel von „itslearning“, bereits im Juni mit einem Änderungsantrag gefordert.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wortreich haben Sie diesen Antrag abgelehnt, um dann nach sechs Monaten Bedenkzeit ihn für sich zu reklamieren, sechs Monate, die Sie verschenkt haben, sechs Monate, in denen Sie Ihren eigenen Antrag nicht umgesetzt haben, denn ansonsten bräuhete es ja dieses Nachwaschen nicht.

Dass Sie sich selbst nicht ernst nehmen, zeigt nämlich ein weiterer Punkt Ihres Antrages vom Juni. Da fordern Sie in der letzten Ziffer die Landesregierung auf, ich zitiere, „dem zuständigen Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die Umsetzung der Maßnahmen ... in Ziffer 4“, also „itslearning“, bei der Entwicklung des digital gestützten Unterrichtes, organisatorische Anbindung der Lehrkräfte „im Januar 2021“ zu berichten. Ende des Zitats. Im Januar 2021 zu berichten! Diese Berichterstattung warten Sie ja jetzt gar nicht mehr ab, sondern kommen, das ist zu befürchten, einer Bankrotterklärung zuvor. Das nenne ich mal überholen ohne einzuholen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Egbert Liskow, CDU: Na, das kennen
Sie ja von früher!)

Sie warten die Umsetzung Ihres eigenen Antrages gar nicht ab. Sie trauen Ihrem eigenen Antrag nicht. Oder trauen Sie dem Ministerium nicht, oder haben Sie, das ist möglichst, andere Informationen als wir?

Sehr geehrte Damen und Herren, Potenziale sind die Gesamtheit aller vorhandenen verfügbaren Mittel, Möglichkeiten, Fähigkeiten und Energie. Wie viel Potenzial gibt es denn im Bildungssystem unseres Bundeslandes, was man nutzen kann? Wie viel von dem, was sich die

KMK zum Ziel gesetzt hat, ist bereits vorhanden oder steckt wenigstens in den Kinderschuhen? Was ist also bei uns Revolution und was ist eher Sturm im Wasserglas?

Ich zitiere aus der Kultusministerkonferenzstrategie aus dem Jahre 2016: Ziel der Kultusministerkonferenz ist es, „dass möglichst bis 2021“ – nächstes Jahr! – „jede Schülerin und jeder Schüler“ jederzeit, „wenn es aus pädagogischer Sicht im Unterrichtsverlauf sinnvoll ist, eine digitale Lernumgebung und einen Zugang zum Internet nutzen können sollte. ... Voraussetzungen dafür sind eine funktionierende Infrastruktur“, Breitbandausstattung und „Ausstattung der Schule ... Die Länder verpflichten sich dazu, dafür Sorge zu tragen, dass alle Schülerinnen und Schüler, die zum Schuljahr 2018/2019 ... eingeschult werden oder in die“ Sekundarstufe „I eintreten, bis zum Ende der Pflichtschulzeit die in diesem Rahmen formulierten Kompetenzen erwerben können.“ Ende des Zitats. Der letzte Punkt ist jetzt schon mal gründlich in die Hose gegangen. Denn wer 2018 in die 7. Klasse gekommen ist, hat eher die Schule verlassen, als die Revolution unser Land erreicht hat.

Wie sieht es denn mit dem Lernmanagementsystem aus? Da zitiere ich aus der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage: „Der Start dieses“ Lernmanagementsystems „ist im Mai 2020 erfolgt und mit Stand vom 1. August ... haben 223 Schulen ihr Interesse an der Nutzung von itslearning angezeigt. In 166 dieser Schulen kann das Angebot bereits genutzt werden.“ Wir haben gehört, es sind jetzt circa 100 Schulen mehr.

Aber was viel wichtiger ist, ist ein weiterer Punkt der Antwort der Landesregierung: „Es ist davon auszugehen, dass Schulen“, die bis jetzt nicht „itslearning“ haben, „andere Lernplattformen“ nutzen. „Es ist davon auszugehen“, das heißt, die Landesregierung hat hier keine Daten und damit auch keine Kenntnisse. Das ist natürlich schon einmal richtig, richtig schlecht.

Aber, vielleicht sieht ja das bei der digitalen Infrastruktur etwas besser aus. Die Landesregierung antwortet auch mir hier, welche Anzahl von Schulen verfügt zum Schuljahresbeginn nicht über eine Breitbandanbindung. Ich zitiere: „Über einen Breitbandanschluss mit Glasfaser verfügen 47 staatliche Schulen.“ Von 483! „Weitere 46 staatliche Schulen werden von den Stadtwerken eigenwirtschaftlich mit Glasfaseranschlüssen ausgebaut. Im Übrigen liegen der Landesregierung keine Daten vor, mit welchen anderen Übertragungstechnologien und Bandbreiten die einzelnen Schulen derzeit versorgt sind.“ Ende des Zitats.

Wenn man also keine Ahnung hat, welche Anschlüsse und ob überhaupt Anschlüsse vorhanden sind, wie will ich denn hier mit der Digitalisierung loslegen? Wenn das die Vorbereitung auf die Revolution ist, dann gute Nacht, Marie!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich zitiere weiter aus der Antwort der Landesregierung: „In den 408 nachfolgend aufgeführten staatlichen Schulen“ – in 408 staatlichen Schulen! – „stehen somit nicht in allen Klassenzimmern oder in der Schulverwaltung Festnetzanschlüsse mit Datenversorgungsraten von 30 Megabit pro Sekunde zur Verfügung.“ Ende des Zitats. Dann kommen elf Seiten mit den Namen der 408 Schulen, die über keinen ausreichenden Anschluss verfügen.

Und wenn ich Ihnen jetzt noch sage, dass von den 100 Millionen des DigitalPaktes Schule bis zum ersten Halbjahr 3,6 Millionen bewilligt worden sind – das sind vier Prozent –, von denen bis Ende des ersten Halbjahres 30.000 Euro ausgezahlt worden sind, dann sieht man wirklich ganz eindeutig, dass Mecklenburg-Vorpommern weit entfernt ist von einer Revolution. Man sieht auch, dass die Landesregierung ihr Potenzial jetzt nicht ganz ausgenutzt

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nicht ganz ausgenutzt hat!)

und auch nicht ganz ausgeschöpft hat. Es bleibt abzuwarten, welchen revolutionären Rückenwind dieser Antrag dann der Digitalisierung gibt. Herr Wildt hat gesagt, Windstärke 10. Das glaube ich Ihnen. Man soll nichts unversucht lassen, schlimmer kann es nicht mehr kommen, und deshalb stimmen wir selbstverständlich diesem Rückenwindantrag zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Peters.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs auf die Bemerkungen von Ihnen, Herr Jesus de Fernandes, eingehen, das Totalversagen sollte ich erklären. Dann erklären Sie mir mal bitte die Einlassungen Ihres Kollegen Kröger, der noch nicht mal unterscheiden kann, wann man hier einem Antrag zustimmen kann und wann nicht, wann man einen Antrag zurückzieht und wann nicht. Also, wie gesagt, ich glaube, Sie sollten an den grundlegenden parlamentarischen Regeln erst mal arbeiten,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Und an den Inhalten vom Antrag! –
Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

bevor Sie hier mit so einer herabwürdigenden Bemerkung die Anstrengungen der Landesregierung im Bereich der Digitalisierung in den Schulen abqualifizieren. Das ist einfach nur daneben, so eine Bemerkung, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Debatte hat eines gezeitigt,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Was Sie nicht gemacht haben!)

ich glaube, eine Einigkeit besteht. Der Präsenzunterricht im Bildungsbereich ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ihr Konzept!)

Hören Sie doch erst mal zu! Ich habe doch noch kaum was gesagt. Ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind.

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die Kritik gefällt Ihnen nicht, aber die ist berechtigt!)

Ja, ja, ja, ja! Gut, gut, gut, gut!

Der Präsenzunterricht im Bildungsbereich ist und bleibt unerlässlich. Ich denke, diese Einigkeit besteht hier. Und das kann auch jegliche, auch gute und auch vorangetriebene Digitalisierung nicht ersetzen, meine Damen und Herren. Die Prioritätensetzung der Landesregierung war da, wenn man sich die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie anschaut, auch völlig richtig, dass wir immer das Ziel hatten, insbesondere die Öffnung von Schulen und Kindertagesstätten auch zu garantieren. Und trotzdem war auch dieser Regierung bewusst, dass wir natürlich digitale Instrumente im Bildungsbereich jetzt verstärkt forcieren müssen.

Und wir haben über „itslearning“ gesprochen. Die Ministerin hat ja immer gesagt, dass das der Mercedes unter den digitalen Formaten ist, die zur Verfügung stehen. Und wir konnten uns auch davon überzeugen, dass das sehr wohl eine herausragend gute Plattform ist, mit der wir zukünftig dann auch arbeiten wollen und können. Und, ja, es haben auch noch nicht alle Schulen sozusagen diese Implementierung beantragt, aber es sind immerhin schon 62,5 Prozent.

Und, das ist ja hier auch schon gesagt worden, alle Bundesländer stehen vor dieser Herausforderung. Und auch Ihr Parteifreund oder Genosse Holter hatte diese Herausforderung. Und auch in Thüringen habe ich noch nicht vernommen, dass man dort bei der Digitalisierung ganz, ganz vorne angekommen ist an den Schulen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das macht
doch Mecklenburg-Vorpommern
nicht besser, Herr Peters!)

Und deswegen finde ich, Frau Oldenburg, finde ich es immer ein bisschen vermessen, sich in oberlehrerhafter Art und Weise hier hinzustellen und zu sagen, und von „Revolution“ zu reden,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nur, weil andere auch schlecht sind?!)

von „Revolution“ zu reden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee,
wir reden von der Kultusministerkonferenz!
Das hätten Sie ja auch lesen können,
Herr Peters!)

Von „Revolution“ haben wir bis 1989 gesprochen, Gott sei Dank jetzt nicht mehr!

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der CDU)

Jetzt, Gott sei Dank, jetzt nicht mehr!

Wir arbeiten kontinuierlich daran, die Digitalisierung an den Schulen umzusetzen. Das findet statt, und es wird auch dieses Bemühen anerkannt an den Schulen. Davon können Sie sich, und das wissen Sie, auch selbst vor Ort vergewissern, meine Damen und Herren.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
408 haben keinen Breitbandanschluss!)

Der Antrag, und das haben Sie ja auch gesagt, Frau Oldenburg, wir würden unseren eigenen Antrag überholen. Das liegt vielleicht daran, dass wir richtig Beschleunigung aufgenommen haben.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ja, da mögen Sie lachen, da mögen Sie lachen, aber dann müssen Sie auch mal bitte in die eigene Truppe gucken.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich habe kürzlich in Rostock im Liegenschafts- und Vergabeausschuss – das mag jetzt hier nicht großes Interesse hervorrufen, aber es ist ein kleines Detail – mitbekommen, als es darum ging, die digitalen Endgeräte für die Schüler, die aus sozial schwächeren Familien kommen, anzuschaffen, da hat die Stadt Rostock die letzte, aber auch die allerletzte Chance genutzt, diese Geräte anzuschaffen. Und deswegen sage ich Ihnen, es ist nicht nur auf der Landesebene erforderlich, Vollgas zu geben beim Thema Digitalisierung, sondern auch auf der kommunalen Ebene. Und da sitzen wir alle mit im Boot.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und ja, wir hätten es uns als CDU-Fraktion natürlich gewünscht, die Präsenz, die jetzt nun nicht mehr in den kommenden Tagen ab der Klassenstufe 7 garantiert werden kann, der Präsenzunterricht. Das ist ein Ärgernis. Vielleicht hätten wir uns auch gewünscht, dass man beim MV-Plan und bei den Absprachen mit der kommunalen Ebene zu einer anderen Lösung kommt, zumal wir wissen, dass die Schulen kein Infektionstreiber oder keine Infektionstreiber sind, aber die aktuelle Sorge um die zunehmende Pandemie wird uns leider dann doch dazu zwingen, hier auf den Distanzunterricht umzustellen. Insofern ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Fraktionsvorsitzenden Frau Oldenburg?

Daniel Peters, CDU: Aber selbstverständlich!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Frau Oldenburg!

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin!

Herr Peters, stimmen Sie mir da zu, dass wir uns in Mecklenburg-Vorpommern befinden und nicht in Thüringen? Macht es Mecklenburg-Vorpommern besser, wenn andere Bundesländer eben auch nicht so weit sind? Das ist meine erste Frage. Und meine zweite Frage, Ros...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wir haben eine Geschäftsordnung!

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich lasse jetzt eine Frage zu, die beantwortet der Herr Peters, ...

Daniel Peters, CDU: Ja, gerne.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... und dann gucken wir mal, ob er eine zweite auch noch zulässt. Jetzt erst mal die Antwort auf diese Frage. Bitte schön, Herr Peters!

Daniel Peters, CDU: Also, ich habe, ich bin ja noch nicht lange Abgeordneter hier dieses Parlaments, aber ich habe durchaus vernommen, dass es gelegentlich auch zielführend sein kann, sich mit anderen Bundesländern zu vergleichen. Und gerade wenn Sie,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

gerade wenn Sie hier die Revolution und die ganzen angeblichen Verfehlungen im Digitalbereich ansprechen, dann wäre es doch nur recht und billig, auch mal zu schauen, was denn Ihre Genossinnen und Genossen in anderen Bundesländern so treiben oder eben auch nicht treiben. Und deswegen, glaube ich, ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die bundesweit angegangen werden muss. Insofern gibt es ja auch nicht ganz wenige Bundesmittel für dieses Thema. Und da ist es dann auch recht und billig, mal eben auch auf andere Bundesländer zu schauen.

Und selbstverständlich gewähre ich Ihnen auch gerne noch eine zweite Frage.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Die allerdings erst, nachdem ich Sie gefragt habe, ob Sie diese gewähren wollen, ...

Daniel Peters, CDU: Entschuldigung! Entschuldigung!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... weil das sagt unsere Geschäftsordnung denn auch aus.

Von daher, bitte schön, Ihre zweite Frage, Frau Oldenburg!

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ich möchte erst richtigstellen: Nicht ich rede von „Revolution“, sondern die Strategie der Kultusministerkonferenz. Hätten Sie die gelesen, Herr Peters, würden Sie ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich habe jetzt die Richtigstellung zugelassen, aber nicht hier, also ...

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Gut, welche Möglichkeiten hat denn die CDU-Fraktion in der Hansestadt Rostock unternommen, um zu verhindern, dass in Rostock auf den letzten Pfennig die digitalen Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler bestellt worden sind?

Daniel Peters, CDU: Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass hier nicht nur auf der Landesebene Gas gegeben werden muss, sondern eben auch auf der kommunalen Ebene. Ich kann mich da an viele Wortbeiträge meiner Kolleginnen und Kollegen erinnern. Und insofern, ja, wir haben auch da Druck gemacht. Und auch hier – das ist ja eigentlich vergleichbar zu Frage 1 –, hier geht es nicht nur um Ihre Genossinnen und Genossen in den anderen Ländern, sondern hier geht es dann um Ihre

Genossinnen und Genossen auf der kommunalen Ebene. Auch da, wenn Sie, wenn Ihnen das so wichtig ist und Sie die Revolution im Bildungsbereich, digitalen Bildungsbereich ausrufen, wäre es dann aber gut, wenn Sie dann auch die Kommunikation zu der kommunalen Ebene aufnehmen und dann auch Ihren Genossen Senator darauf aufmerksam machen, dass es wichtig ist, Gas zu geben an der Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

In vielen Landkreisen ist die Bestellung viel eher erfolgt. In vielen Landkreisen haben Schülerinnen und Schüler bereits digitale Endgeräte nicht, schon, Entschuldigung,

(Heiterkeit und Zuruf
von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

aber bei uns, in unserer geliebten Hansestadt leider nicht, und das müssen wir eben so zur Kenntnis nehmen.

(Heiterkeit bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das werden wir noch mal auswerten,
wenn wir zu Hause sind!)

Na ja, wer austeilt, Frau Oldenburg und Frau Kröger,

(Heiterkeit bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das werden wir noch mal auswerten,
wenn wir zu Hause sind!)

der muss auch gelegentlich mal einstecken können, ja?!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das werten wir noch mal aus! Ganz genau!
Das werten wir noch mal aus!)

Und das ist doch eine Grundregel hier eigentlich.

Ich möchte den Dank der Bildungsministerin noch mal erweitern. Sie hat ja sich bei den Lehrerinnen und Lehrern bedankt, die wirklich Großartiges geleistet haben und, wie ich auch aus persönlichem Umfeld weiß, bis in die tiefen Nachtstunden gearbeitet haben, um an digitalen Lösungen zu arbeiten für ihre Schülerinnen und Schüler. Aber ich denke, wir müssen den Dank auch erweitern, denn auch den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Eltern ist vieles abverlangt worden in dieser Krise. Deswegen möchte ich an der Stelle diesen Dank der Ministerin erweitern. Meine Damen und Herren, ich denke, dieses Signal sollten wir senden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ja, Herr Kröger, Sie haben ja ausgeführt, es ist eine religiöse Betrachtungsweise, die wir hier vornehmen. Und ja, wir als Fraktion, das kann ich mal sagen, wir sind religiös, aber auch aus unserer, aus dieser Überzeugung heraus wissen wir, dass Bildung das wichtigste Gut ist, was wir unseren Kindern mitgeben können. Und dieser erneute Antrag zeigt auch die Bedeutung, dass wir in der Digitalisierung natürlich noch auf einem großen Weg sind. Aber wir haben schon einiges an Wegstrecke erreicht und wir können Zwischenerfolge durchaus konstatieren.

Sie aber, meine Damen und Herren, haben die Zustimmung beim Nachtragshaushalt für die Investitionen in die digitale Bildung nach meinem Kenntnisstand verweigert.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

Und deswegen, sich hier hinzustellen und zu sagen, das hätte alles schon viel eher passieren können, das passt nicht zueinander, das muss ich so deutlich sagen. Dann hätten Sie auch da in den Teilen zustimmen können und dem Nachtragshaushalt zustimmen können. Dann hätten Sie tatsächlich auch mal unter Beweis gestellt, dass Ihnen die digitale Bildung auch wichtig ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will es auch nicht ins unermesslich Lange hinauszögern. Ich bedanke mich bei den allermeisten Beiträgen, die gezeigt haben, dass uns das Thema wichtig ist und dass wir hier eine Verantwortung haben für die Schülerinnen und Schüler und für die Lehrer und für die Eltern, hier etwas zu tun. Ich glaube, und das ist vielleicht das, wenn es etwas gibt, was an dieser Krise vielleicht sich als positiv herausstellen wird, dann ist es, dass wir richtig viel investieren werden in digitale Elemente im Unterricht und dass davon dann auch was bleibt, auch wenn die Krise vorbei ist. Und das, denke ich, sollte dann auch das Ziel zukünftiger Bildungspolitik sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bedanke mich für die Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Peters!

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg für die Fraktion DIE LINKE.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Peters, ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass nicht ich von „Revolution“ gesprochen habe – das würde Ihnen jetzt gut in den Kram passen –, das ist die Strategie der Kultusministerkonferenz, die von einer „digitalen Revolution“ redet.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und wenn ich mich nicht irre, dann haben wir eine Bundesbildungsministerin.

Einmal an die Herren der CDU, an die jüngeren Herren: Liegt es daran, dass die Kneipen zu haben, oder warum benehmen Sie sich im Landtag zeitweise so, als wären Sie dort?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Daniel Peters, CDU: Oooch!)

Und wenn Sie sagen ...

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Also Sie haben ja anscheinend, Herr Peters, Sie haben ja mit unserem Senator Steffen Bockhahn anscheinend kein so gutes Verhältnis. Das müssen Sie auch in Rostock klären. Sie holen immer Rostock hier rein. Warum? Können Sie Land nicht, können Sie nur Rostock? Also das ist für mich die erste Frage.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Für kleine
Aufgaben zu groß und für große zu klein! –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Und wenn Sie sagen, und da haben Sie ja recht, dass es hauptsächlich Bundesaufgabe ist –

(Zuruf von Daniel Peters, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

da haben Sie komplett recht, hauptsächlich ist es Bundesaufgabe –, da möchte ich Sie daran erinnern, dass Ihnen die Bundesbildungsministerin Frau Karliczek gehört, die wiederum gesagt hat, nur mal etwas zur Digitalisierung: „Wir lassen uns von unserem christlichen Menschenbild leiten. Jeder technologische Fortschritt hat sich dahinter einzureihen.“ Das lässt wohl erkennen, warum wir in der Digitalisierung in der Bundesrepublik so weit hinten sind. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
Marc Reinhardt, CDU, Bernhard Wildt, CDU,
und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5602. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/5602 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, der fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen aus der Fraktion der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Aussprache gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „EEG-Novelle 2021: Herausforderungen und Perspektiven für das Energieland Mecklenburg-Vorpommern“.

**Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT
zum Thema
EEG-Novelle 2021: Herausforderungen
und Perspektiven für das Energieland
Mecklenburg-Vorpommern**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht, dass Sie sich jetzt wundern, ich bin nicht der neue energiepoliti-

sche Sprecher meiner Fraktion. Herr Stamer lebt auch noch, der ist auch vom Grundsatz her gesund,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

allerdings ist ihm die Sprache weggeblieben. Das liegt auch nicht an der Debatte in den letzten zwei Tagen, sondern hat einfach damit zu tun, dass er heiser ist. Und deswegen hat er mich gebeten, seine Rede hier vorzutragen, und das tue ich dann auch gerne.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sie meinen den Kollegen da Cunha bestimmt. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Herr Stamer, Herr da Cunha, ja, bei mir sind im Moment in der Fraktion dermaßen viele Abgeordnete krank, da kommt man schon mal als PGF durcheinander.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Halte durch, halte durch!)

Ja, ich gebe mir Mühe, Kollege Ritter!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als das Erneuerbare-Energien-Gesetz, besser bekannt unter seiner Kurzform EEG, im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition im Bund auf den Weg gebracht worden war, handelte es sich um einen Meilenstein für die Energiewende. Dass wir unsere Art und Weise zu leben und vor allem zu wirtschaften, radikal ändern müssen, war da bereits seit 30 Jahren bekannt. Seit Ende der 70er-Jahre lagen valide Berechnungen zum Einfluss von CO₂-Emissionen auf die Temperatur der Erdoberfläche und der daraus folgenden Entwicklung des Klimas auf dem Tisch. Dass ein heißer werdender Planet negative Folgen mit sich bringt, konnten wir in den letzten Monaten ebenfalls zur Genüge in den Nachrichten „bewundern“. Und wer sich die Medienberichterstattung Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre anschaut, der stellt fest, dass das Bewusstsein „Wir müssen etwas tun“ bereits einmal vergleichsweise hoch ausgeprägt war, wie es heute in weiten Teilen der Bevölkerung – gewisse Herrenrunden ausgenommen – wieder ist.

Unser Koalitionspartner wird uns möglicherweise in seinem Redebeitrag daher sicherlich gleich noch einmal darauf hinweisen, dass es die CDU unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl war, die mit dem Stromeinspeisungsgesetz von 1991 das erste Ökostromgesetz überhaupt weltweit auf den Weg gebracht hat. Erstmals mussten die großen Stromkonzerne den erneuerbaren Strom auch verpflichtend abnehmen und dafür auch, wen wundert es, bezahlen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, aber erst mit der Verabschiedung des EEG, neun Jahre später nahm der Ausbau der neuen Energien richtig Fahrt auf. Zum Vergleich: Zwischen 1990 und dem Jahr 2000 wuchs die installierte Fotovoltaikleistung in Deutschland von 2.000 Kilowattstunden auf 100.000 Kilowattstunden an, also das 50-Fache an installierter Leistung binnen zehn Jahren. Bis 2010 stieg die installierte Leistung an Fotovoltaikanlagen dann auf 18 Millionen Kilowattstunden an, also das 180-Fache. Und im letzten Jahr wurden in Deutschland 46,4 Terrawattstunden an erneuerbarem Strom allein aus Sonnenenergie produziert.

Das EEG, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist durchaus eine Erfolgsgeschichte. Nehmen wir die Windenergie an Land: 1990 wurden über Windenergieanlagen in Deutschland 0,072 Terrawattstunden an Strom produziert. Bis zum Jahr 2000 war diese Strommenge bereits auf 9,7 Terrawattstunden angewachsen, und im vergangenen Jahr, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, steuerte Windenergie an Land bereits 101,2 Terrawattstunden an Strom zu unserem Energiemix bei. Das maßgeblich von der SPD geprägte EEG hat also wie kaum ein anderes Gesetz das Wachstum der erneuerbaren Energien beflügelt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte man in der Debatte nie vergessen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und es wurde im Laufe der Jahre ...

Ich gebe den Applaus an den Kollegen da Cunha weiter.

Und es wurde im Laufe der Jahre, 2017 zuletzt, den Entwicklungen des Marktes mehrfach angepasst.

Aktuell befindet sich in Berlin die nächste Novelle des EEG in der Beratung von Bundestag und Bundesrat. Bereits in den kommenden Wochen soll im Bundesrat abschließend über den Entwurf beraten werden. Für uns war das Anlass, die EEG-Novelle hier und heute im Landtag zum Thema einer Aussprache zu machen. Für meine Fraktion ist klar, die Energiewende hier in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht einfach nur ein Ökoprodukt. Für uns ist die Energiewende ein Vorhaben, das wesentlich über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes mitbestimmen wird. Erneuerbare Energien ermöglichen bei uns im Land, wo wir die Voraussetzungen zur Produktion erneuerbaren Stroms besitzen, aus Wind, Sonne, Biomasse, Wertschöpfungspotenziale, die zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beitragen werden, die gute Arbeitsplätze schaffen, die dazu beitragen, ein lebenswertes Mecklenburg tatsächlich auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

Eine erfolgreiche Energiewende erfordert aber, dass wir die drei Hauptsektoren des Energieverbrauches zusammendenken, die da sind Strom, Wärme und Mobilität. Und genau an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt unsere Kritik an der vorliegenden Novelle des EEG 2021 an. Aus unserer Sicht wird mit der jetzigen Novelle die Chance vertan, die Sektorenkopplung deutlich voranzubringen.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja. – Beifall Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Nehmen wir Mechanismen, die beispielsweise die Wasserstoffwirtschaft befördern würden – im Kabinettsbeschluss des EEG vom September finden wir hierzu nichts, keine Ausnahme beziehungsweise von der EEG-Umlage bei der Produktion von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, selbst dann nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Wasserstoff als Speicher genutzt wird. Bei der Sektorenkopplung werden in der Kürze der Zeit keine wesentlichen Änderungen mehr im Entwurf des EEG möglich sein, aber wir – wir in diesem Land – müssen als Land auf die Bundesebene regelmäßig Druck machen, hier mittelfristig sinnvolle Lösungen zu finden. Wenn ein Windrad beispielsweise Strom produziert, obwohl im Netz gerade kein Strom benötigt wird, dann darf dieses Windrad nach aktuellen Regeln den Überflusstrom nicht zur Produktion von Wasserstoff verwenden.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja, unverständlich.)

Warum nicht? Es wäre doch logisch. Jede Hausfrau würde von den übrig gebliebenen Kartoffeln beim Sonntagsessen noch einmal lecker Bratkartoffeln machen.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Das ist der Speiseplan vom Kollegen da Cunha.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Im Stromsektor, liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen wir die guten Kartoffeln aktuell weg. Ergo, wir alle, und das ist durchaus ernst gemeint, wir alle müssen bessere, ich sage jetzt mal nicht „Hausfrauen“, sondern Haushälter werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kabinettsbeschluss des EEG sieht vor, dass für alle Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie ab einer Kilowattstunde Spitzenleistung zukünftig ein Smart Meter verpflichtend werden soll. Das Ziel, den Verteilnetzbetreibern zukünftig die Möglichkeit zum Steuern und Abregeln von Anlagen geben zu wollen, ist dabei sogar richtig, nur sind wir längst nicht so weit. Die Netzbetreiber selbst sagen, dass sie so kleinteilig noch gar nicht regeln können. So verursacht eine solche Pflicht aber nur Kosten, die beispielsweise den Ausbau von Solaranlagen auf Hausdächern zum Erliegen bringen werden. Wissen Sie, wie viel Strom man mit einer Kilowattstunde Fotovoltaikanlage in der Mitte von Mecklenburg-Vorpommern pro Jahr erzeugen kann? Rund 970 Kilowattstunden, für die Sie eine Einspeisevergütung von 79 Euro im Jahr erhalten. Ein Smart Meter verursacht aktuell noch jährliche Mehrkosten von bis zu 80 Euro.

Ich hoffe, Sie können nachvollziehen, warum die Forderung meiner Fraktion lautet, die Grenze für die Pflicht zu Smart Metern bei zehn Kilowattstunden einzuziehen. Im Bundesrat wird aktuell die Schwelle von sieben Kilowattstunden diskutiert, aber ich hoffe, dass dort noch ein wenig Luft nach oben ist. Die Grenze zum Einbau von Smart Metern anzuheben, würde insbesondere die Betreiber kleinster Anlagen deutlich von Kosten entlasten und so auch die Bereitschaft heben, derartige Anlagen zu installieren. Das EEG soll schließlich erneuerbare Energien fördern und nicht verhindern.

Aus Landessicht muss auch an einer anderen Stelle nachgebessert werden, die in der großen Politik offensichtlich keine riesige Rolle spielt. Die Rede ist von Altholzkraftwerken. Es mögen nicht viele sein, aber wir haben eine Handvoll in Mecklenburg-Vorpommern, beispielsweise in Hagenow. Wir wünschen uns für diese Altholzkraftwerke, die sich aus Erlösen für das Verbrennen von Altholz und dem Verkauf von Strom und Wärme finanzieren, eine Übergangslösung bei den Stromerlösen aus dem EEG, der bis 2026 komplett abschmilzt. Aktuell sind die Erlöse für das Holzverbrennen und für den Strom so niedrig, dass wir sonst die bestehenden Anlagen im Land, die ab Januar aus der Förderung fallen würden, verlieren könnten. Es geht also nicht um neue Dauertatbestände, sondern darum, Bewährtes zu bewahren.

Mit Blick auf das Energiepotenzial in der Ostsee wünscht der Kollege da Cunha sich, dass der Ausbaukorridor für

Windenergie auf See deutlich erweitert wird. Und ich glaube, das ist nicht nur sein Wunsch, das ist auch der Wunsch der gesamten Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Rainer Albrecht, SPD: Genau.)

Für die sehr langen Planungs- und Vorlaufphasen für Windparks auf dem Wasser ist das, was im jetzigen Entwurf drinsteht, zu wenig, um die ehrgeizigen Ziele Deutschlands beim Klimaschutz auch zu erreichen. Wer 2030 Windenergie in der Ostsee ernten möchte, der muss das 2020 auch ins Gesetz schreiben, sonst wird das nämlich nichts. Da vermisste ich, da vermissen wir den notwendigen Mut, sich große Ziele zu setzen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Stichwort „Wind“ bringt mich zum letzten Punkt, den man aus Sicht der umfangreichen EEG-Novelle herausgreifen muss, der tatsächlich auch Nachbesserungsbedarf besitzt. Wir sind uns, glaube ich, einig darin, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn wir Menschen vor Ort auch mitnehmen werden, ihre Akzeptanz gewinnen. Wir haben bei der Windenergie hinsichtlich Akzeptanz hier im Land auch mit großen Mühen Pionierarbeit geleistet. Unser Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz war eine der ersten Regelungen dieser Art und inzwischen – dazu wird gegebenenfalls Herr Minister Pegel auch noch Ausführungen machen – greift dieses Gesetz auch regelmäßig und wird zur Anwendung gebracht.

Auch bei der bedarfsgerechten Nachtbefeuern sind wir hier im Land vorangegangen mit einer, wie wir als Fraktion finden, deutlich besseren Idee als der, die der Bund jetzt umsetzen möchte, weil bei uns auch Vorsorge zur Nachrüstung alter Anlagen getroffen worden ist. Akzeptanz erhöhen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Grundsatz, den wir hier in Mecklenburg-Vorpommern gerade unter Führung der SPD verfolgen.

Nun waren wir sehr hoffnungsfroh, als der Referententwurf des EEG den politischen Raum zur Diskussion erreichte. Eine verpflichtende Zahlung je erzeugter Kilowattstunde stand da im Raum. Vergünstigte Stromtarife für Anwohnerinnen und Anwohner, das klang alles auch nach den Debatten, die wir im Land hier lange geführt haben, sehr gut. Aber im Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein am Start stehender stolzer Tiger am Ende doch wohl eher als Bettvorleger gelandet. Im Kabinettsbeschluss war auf einmal aus einer verpflichtenden Zahlung nicht etwa ein „soll“, sondern ein „darf“ geworden. Windparkbetreiber „dürfen“ die Umlandgemeinden finanziell beteiligen. Die Krönung des ins Gegenteil verkehrten Ansatzes ist dann, dass sie, die Betreiber, im Folgejahr die freiwillig an die Gemeinden gezahlte Umlage inklusive einer fünfprozentigen Verwaltungspauschale dann auch noch über das EEG zurückholen können. Letztendlich zahlen also alle Stromkunden, alle Verbraucher die Abgaben für die jeweilige Gemeinde und nicht derjenige, der die Rendite erzielt. Sorry, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber das ist vielleicht gut gemeint gewesen, aber sicherlich nicht gut gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vergünstigte Strompreise für Anwohnerinnen und Anwohner wurden übrigens ganz aus dem Kabinettsbeschluss gestrichen. Der sehr geehrte Wirtschaftsminister

Peter Altmaier sollte sich die ganze Angelegenheit vielleicht einmal hier im ländlichen Raum, vielleicht im Wahlkreis vom Kollegen Krüger anschauen, um dann tatsächlich auch mal mit den Menschen vor Ort darüber zu sprechen, wie sich so etwas vor Ort darstellt

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

und wie man Akzeptanz tatsächlich erhöht.

Wer im Umfeld eines Windparks lebt, der soll zumindest davon auch einen Nutzen haben. Die verpflichtende Abgabe von 0,2 Cent je Kilowattstunde an die klar zu definierenden Gemeinden im Umfeld eines Windparks sollte und ist für unsere Fraktion das Mindeste, was die Menschen in unserem Land, in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt erwarten können und erwarten dürfen. Wenn ein Windpark schon dort steht, wo er steht, dann soll die Gemeinde wenigstens genug Geld für den Sportplatz, einen Kindergarten oder aber für die Feuerwehr haben,

(Rainer Albrecht, SPD: Jawoll!)

und zwar sicher und regelmäßig und nicht als Almosen eines Betreibers, der das darf, aber nicht muss. Und wir erwarten auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass diese Abgabe der Windparkbetreiber nicht erstattungsfähig ist. Entweder zahlt der Windparkbetreiber eine Abgabe oder wir können gleich die Menschen im Umfeld einer solchen Anlage von der EEG-Umlage befreien. Das wäre dann auch nicht teurer. Aber linke Tasche rein und rechte Tasche raus, ich denke mal, das ist kein Ansatz, den man tatsächlich dann verfolgen sollte.

Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dass die AfD heute ihre ablehnende Haltung der Energiewende wahrscheinlich erneut kundtun wird, das ist erwartbar. Das ist auch nicht weiter schlimm, das ist Meinungsfreiheit. Ich möchte aber noch mal kurz betonen, dass der Bund sich dazu verpflichtet hat, in den kommenden beiden Jahren die EEG-Umlage für Verbraucherinnen und Verbraucher konstant zu halten.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Aus Sicht meiner Fraktion ist das das richtige Signal. Wir werden diese zwei Jahre nutzen müssen, um über die Zukunft der EEG-Umlage zu sprechen. Für uns als SPD-Fraktion in diesem Land ist klar, wir brauchen ein System, das die Sektorenkopplung mit senkt und mittelfristig zu sinkenden Energiepreisen für alle Verbraucher beitragen kann und beitragen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und verstehen Sie bitte die Kritik an einzelnen Punkten der EEG-Novelle nicht falsch. Im Grundsatz begrüßen wir das EEG 2021, vermissen aber gerade, gestatten Sie mir dann, das auch so pointiert auszudrücken, gerade bei der CDU/CSU im Bund, die Energiewende auch endlich deutlich mit Nachdruck nach vorne zu bringen. Die vorliegende Novelle ist dann halt so was wie das Stromeinspeisungsgesetz von 1991, irgendwie okay, aber eben auch nur irgendwie okay. Wenn man eine echte Reform wie das Thema Energiewende mit dem nötigen Rückenwind versieht, wenn ich diesen hier in diesem Landtag häufig benutzten Ausdruck an der Stelle auch mal gebrauchen darf, dann ist die jetzige Farbkonstellation im

Bund möglicherweise dafür nicht die richtige. Aber das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Punkt, den wir nicht zu diskutieren und zu entscheiden haben, das ist ein Punkt, den die Kolleginnen und Kollegen im Bundestag dann untereinander klären müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Schulte!

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die umfängliche Einbringung. Es ist jetzt nicht ganz einfach, noch Punkte anzuschließen, die uns in der Regierungsarbeit umtreiben. Vieles davon ist genau das, was uns begleitet. Ich will vielleicht vorneweg ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alles andere wäre ja auch merkwürdig.)

Das habe ich nicht verstanden, Herr Ritter. Rufen Sie gerne lauter!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, ist alles gut. Sonst beklagen Sie sich wieder über mich.)

In der Sache selbst gucke ich mit einer gewissen Enttäuschung – das hat Jochen Schulte, zumindest i. V., deutlich gemacht – auf die letzten vier Jahre. Wir haben einen Koalitionsvertrag gehabt auf Bundesebene, der an einigen Stellen deutlich Hoffnung machte, dass wir ein Stück vorankommen. Das ist in der Umsetzung sehr viel zäher und träger, als wir es uns vorgestellt haben, zumindest ich, als ich Anfang 2018 in der Unterarbeitsgruppe mitverhandeln durfte, die den Energieteil betraf.

Ich glaube, dass das im Übrigen etwas ist, was die norddeutschen Bundesländer eint in ihrer Wahrnehmung. Es gibt auch erneut in dieser Novellierung das Bemühen, in Norddeutschland gemeinsam Anträge einzubringen und gemeinsam zu erarbeiten. Das gilt im Übrigen auch für die verschiedenen Landtagsfraktionen, soweit ich das wahrnehme zwischen den entsprechenden energiepolitischen Sprechern. Aber – und das gehört dann auch dazu – Sie brauchen in der Demokratie Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat und diese Mehrheiten sind nicht leichter geworden, weil die politischen Konstellationen in den Bundesländern unglaublich unterschiedlich geworden sind. Und gerade bei einem Thema, bei dem vermutlich Herr Krüger sagen würde, es habe schon wieder die Kraft einer Glaubensfrage, und dann ist immer die Frage, wer an was glaubt, dass bei solchen Fragestellungen es sehr viel schwerer geworden ist, komplexe gesetzliche Materien dann zu durchdringen und auch zukunftssicher aufzustellen.

Die Novelle sagt uns, dass sie mit sechs großen Überschriften antritt. Sie will das Erreichen der Treibhausgasneutralität, der Stromerzeugung bis 2050 in Deutschland erreichen. Das ist im Übrigen das, was bei den Diskussionen zuweilen verloren geht. Ich ertappe mich da selber manchmal bei, wir sind so im Klein-Klein der Debatte, dass die große Überschrift, die dieses Thema prägt,

nämlich Klimaschutz sicherzustellen und den Klimawandel mit seinem menschlichen Anteil nach Möglichkeit weitgehend zu bremsen, zumindest den menschlichen Anteil möglichst weit zurück zu bremsen, genau das manchmal verloren geht. In der Tat, es geht darum, bis 2050 CO₂-neutral zu sein bei der Stromerzeugung.

Zweitens. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien beim Bruttostromverbrauch 65 Prozent betragen. Das ist etwas, was wir in Mecklenburg-Vorpommern rein rechnerisch schon, keine Ahnung, 2009 oder 2010 erreicht haben. Es ist die Dämpfung der Kostenentwicklung, ein wichtiger Punkt, angesprochen worden vom Kollegen Herrn Schulte, die bereits versprochene EEG-Absenkung aus Steuerzuschüssen in den Jahren 2021 und 2022, aber genau diese Frage der Kostendynamik wird auch in den Folgejahren eine zentrale Rolle spielen. Es geht dem Bundesgesetzgeber um die Akzeptanz für erneuerbare Energien, besonders deren Stärkung. Es geht um die Stärkung der Netze und Marktintegration und um den Einstieg in eine Nach-EEG-Ära, die angesprochen worden ist, dass wir dieses Jahr den 20. Geburtstag gefeiert haben. Wir werden in der Tat überlegen müssen, wie es eigentlich danach weitergeht.

Ich glaube, dass es an einer Stelle etwas gibt, was der Bundesgesetzentwurf nicht ausdrücklich betont: Es geht nicht nur um den Klimaschutz und die Bekämpfung des Klimawandels, sondern auch immer um die industriepolitische Dimension. Wir haben in Deutschland eigentlich eine tolle industriepolitische Ausgangsposition im weltweit ja sich verändernden Energiemarkt erreicht mit dem, was in den letzten 30 Jahren entwickelt worden ist. Wir müssen jetzt achtgeben, dass wir einen eigenen gesetzgeberischen Rahmen schaffen, der hier im Lande die Weiterentwicklung dieser sehr weit fortgeschrittenen Produkte zu international vermarktungsfähigen Produkten ermöglicht. Und deswegen gibt es für uns einige Punkte, die uns sehr wesentlich umtreiben als Landesregierung, wesentliche Forderungen, die wir zum Gesetzentwurf als Landesregierung gegenüber dem Bund erhoben hatten. Das hat im Übrigen der Bundesrat in seiner Stellungnahme aufgenommen. Wir befinden uns also im Bundesrat durchaus in einer weitgehend oder in einer breiten gemeinsamen Linie. Das nützt uns aber gar nichts, wenn die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung viele dieser Punkte nicht aufgreifen mag.

Für uns ist, eben angesprochen, die verpflichtende kommunale und Bürgerbeteiligung an den wirtschaftlichen Erträgen der Windenergie an Land ein ganz zentraler Punkt, etwas, was Sie im Übrigen bereits im Bundeskoalitionsvertrag finden. Etwas hat mir der Finanzminister vor einigen Tagen aber ausdrücklich bekundet, was im Rahmen einer Vermittlungsausschussverhandlung, ich glaube, im letzten Jahr im Oktober, ausdrücklich versprochen wurde, dass man eine verpflichtende bundesweite Gemeinde- und Bürgerbeteiligung einbringen wird. Die soll jetzt weichen einer fakultativen. Da ist der Versuch zu sagen, ich erlaube es, hole es damit raus aus den möglichen Diskussionen über strafrechtliche Relevanz. Ich erlaube also ausdrücklich, dass den Kommunen vor Ort etwas gegeben werden darf, schaffe dann eine Abrechnungsmöglichkeit im kommenden Jahr. Aber das gehört auch dazu, ein Dürfen ist kein Müssen.

Und wir hatten uns hier im Land bewusst anders entschieden, im Übrigen damals in der letzten Legislatur mit sehr breiter Übereinstimmung. Ich glaube, dass Dürfen

immer die Gefahr hat, nicht jeder, der darf, mag auch, und genau dann haben wir wieder die Akzeptanzfragen und Probleme. Wir sind so weit in den Diskussionen fortgeschritten, dass ich mir die Verpflichtung jetzt dringend wünschen würde. Der Bund muss eine Verpflichtung aufnehmen, ein Dürfen alleine wird uns nicht helfen.

Zweitens, wir brauchen einen Ausbau oder ein weiteres Ausschöpfen, ein weiteres Ausbauen der Windenergieausbaupotenziale auf See. Wenn wir Klimaschutzziele erreichen wollen, werden wir alleine mit Windkraftausbau an Land nicht zum Ergebnis kommen.

Und die Altholzkraftwerke waren eben angesprochen, auch das ist ein Punkt, der uns als Landesregierung in unseren Bundesratsaktivitäten umtreibt.

Wir haben durchaus auch Diskussionen beim Solarthema geführt, der Solardeckel selbst ist zwischenzeitlich angehoben. An der Stelle zeigt sich im Übrigen, wie zäh die Prozesse sind. Ich kann mich erinnern, dass ich wiederholt von Ausbauwilligen in diesem Lande angesprochen worden bin, dass der damals noch nicht angehobene Solardeckel und dieses ewige Vor-sich-her-Schieben bei denen zu durchaus erheblichen Problemen führte, Finanziers für solche Investitionen bei der Stange zu halten.

Wir sehen im Übrigen hier im Lande – wir haben wiederholt diskutiert, ob es uns gelingt, das Solarthema zu forcieren –, wir sehen in den letzten anderthalb bis zwei Jahren, dass es sich forciert, aber jetzt braucht es eben auch Rahmenbedingungen sowohl bei den regulatorischen Möglichkeiten als auch bei den Auskömmlichkeiten der Vergütungen, damit solche großen Solarparks zum Beispiel aus ausgekiesten, früheren Kiestagebauten möglich und umsetzbar werden.

Wir glauben darüber hinaus, dass noch vier weitere Punkte eine zentrale Rolle spielen müssen:

Erstens brauchen wir Regeln des Bundes für das Repowering an geeigneten Standorten, wenn Windparks demnächst aus der Förderung rauslaufen. Wir glauben, dass du dafür Sorge tragen musst, dass dort, wo in solchen Bereichen es gewollt ist, dass bestehende Standorte weiter genutzt werden und repowered werden sollen, dass da Ausschreibungsausnahmen möglich sein müssen, wenn es sich um kleine Einheiten handelt, damit die möglich bleiben.

Wir glauben zweitens, dass wir Anschlussregelungen für ausgeforderte Anlagen größer als 100 Kilowatt über das Jahr 2021 hinaus brauchen – und in diesem Landtag im Übrigen uns mit auf den Weg gegeben, ich glaube, vor zwei Sitzungszyklen. Wir kämpfen für die Anschlussförderung von Güllekleinanlagen, um bestehenden Biogasanlagen, die auf die Güllevergärung umsteigen wollen, eine Perspektive innerhalb des EEG zu geben und es dort zu verankern, und nicht, wie es bisher der Bundesgesetzgeber vorsieht, im Verordnungswege. Dann wird es ewig dauern. Und was in der Verordnung steht, ist dann jetzt auch noch in den Sternen. Wir brauchen eine schnelle Regelung mit dieser EEG-Novelle.

Zu guter Letzt, angesprochen bereits vom Kollegen Schulte, wir brauchen eine sehr viel klarere Orientierung des EEG auf die Sektorenkopplung. Das ist im Übrigen

auch die industriepolitische Dimension. Wenn es uns nicht gelingt, die sehr weit entwickelten Technologien im Bereich der Windenergie an Land, auf See, der Fotovoltaik jetzt auch ein Stück autarker zu machen, indem mit Sektorenkopplungsmodellen dort etwas gelingt, werden wir das nicht am Ende weltweit industriepolitisch realisieren, sondern es werden andere tun, denn die Wasserstoffentwicklung, die Sektorenkopplungsentwicklung ist in anderen Ländern längst vorangegangen. Wir sind kein einsamer Reiter mehr als Bundesrepublik Deutschland zusammen mit den Dänen beim Thema erneuerbare Energien, sondern weltweit haben sich große Staaten auf den Weg gemacht. Die Chinesen sind sehr unterwegs. Wir brauchen jetzt einen regulatorischen Rahmen, und da reicht ein bisschen weniger EEG-Vergütung alleine eben nicht. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, Sektorenkopplungsmodelle tatsächlich wirtschaftlich zu betreiben und damit einfach auszutesten und das erste Mal auch im industriellen Maßstab einzusetzen.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

Zu guter Letzt sind wir überzeugt, dass die Ausbaupfade, die wir aktuell im Blick haben, nicht ausreichen werden, wenn man die Klimaschutzziele erreichen will. Das gilt vor allen Dingen für das 65-Prozent-Ziel erneuerbare Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030. Umgekehrt freuen wir uns, dass der Bundesrat uns engagiert begleitet bei der Ausbauperspektive für Offshorewindenergie. Wir glauben, dass wir auch dort mehr Maßnahmen brauchen, um den Zubau in Ostsee und Nordsee voranzutreiben, damit möglichst schon ab 2025 dieser Bereich wieder an Fahrt gewinnt und nicht erst 2029. Auch da droht im Übrigen ein industriepolitischer Fadenriss, der mehr als bedauerlich wäre. Auch da haben wir, mit EEG-Umlage finanziert, eine erhebliche Entwicklung in den letzten 20 Jahren erlebt. Die jetzt abreißen zu lassen, wäre fahrlässig. Wir brauchen auch dort Regelungen, die schneller ein Wiederaufflackern dieses Industriezweiges möglich machen.

Das sollen die Inputs sein, die ich aus der Sicht der Landesregierung mit in die Diskussion einbringen wollte. Viel Erfolg bei der Debatte! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Obereiner.

(Der Abgeordnete Bert Obereiner hält sich auf dem Weg zum Rednerpult die Mund-Nase-Bedeckung vor das Gesicht. –
Peter Ritter, DIE LINKE:
So trägt man die Maske nicht!)

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema der Aussprache heute, die EEG-Novelle, die ist ja nun leider noch nicht beschlossen, die Zweite und Dritte Lesung im Bundestag stehen noch aus, der Bundesrat muss auch noch zustimmen. Es gibt ja noch einige strittige Punkte, sodass wir hier nicht genau wissen, wie die Detailregelungen aussehen werden, wenngleich natürlich etliche Punkte auch unstrittig sind, aber es gibt halt immer noch einige, die noch offen sind.

Diese Novelle muss man natürlich vor dem Hintergrund der sonstigen Energiepolitik auch sehen, also vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus der Kern- und Kohlekraft. Wir hatten ja gerade die erste Auktionsrunde, in der eine Reihe von Kohlekraftwerken in Deutschland stillgelegt wurden. Auf der anderen Seite, auf dem Erdgasmarkt, also bei der Spitzenstromlastherzeugung gibt es derzeit in Deutschland kaum einen Ausbau, wir gehen aus der Grundlast raus. Die verbleibende Residuallast, die die Differenz zur benötigten Last herstellen muss, wenn wir eine Dunkelflaute haben, wird also immer kleiner. Wir werden perspektivisch von Stromlieferungen aus dem europäischen Ausland abhängig werden, wenn es so weitergeht. Gleichzeitig – das haben ja die Vorredner angesprochen – will die Politik jetzt stärker in die Sektorenkopplung gehen, das heißt also Power-to-Gas oder auch in die Wasserstofftechnologie, was den Stromverbrauch natürlich noch weiter erhöhen wird.

Das heißt, die Differenz, die gesicherte Leistung wird weiter absinken und wir werden eine immer größer werdende Lücke bekommen, die immer dann auftritt, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Das hatten wir im November jetzt gerade, da erzeugten die in Deutschland installierten Windkraftanlagen etwas mehr als 1,6 Prozent ihrer Nennleistung, weil halt kein Wind wehte. Und dann waren wir natürlich auf den Import von Strom aus Frankreich, aus Belgien und auch aus der Schweiz insbesondere angewiesen.

Deutschland verfolgt hier aus unserer Sicht nach wie vor einen Sonderweg. Es ist natürlich richtig, was der Minister sagt, dass auch viele andere Länder in erneuerbare Energien investieren, insbesondere auch in die Wasserstofftechnologie, aber in der vollkommenen Form, wie wir das hier machen, da folgt uns kein anderes Land, wir sind da tatsächlich fast allein. Dänemark, ja, das ist richtig, Dänemark verfolgt einen ähnlichen Weg.

Wir bauen ständig die Stromerzeugungskapazitäten aus, aber der Ausbau der Übertragungsnetze und auch der Speichermöglichkeiten, der hält eben momentan nicht Schritt, und deshalb haben wir ständig steigende Kosten und die Situation, dass wir Strom erzeugen, den wir dann irgendwo hin verschenken müssen, während wir dann zu bestimmten Zeiten Strom im Ausland teuer zukaufen müssen. Das ist zwar eigentlich kein Problem, deshalb gibt es ja das europäische Verbundnetz. Das ist natürlich auch sinnvoll. Eine Energieautarkie für einzelne Länder anzustreben, macht ja nun überhaupt keinen Sinn, insofern ist das ja auch teilweise in Ordnung, aber Deutschland ist dort halt der Zahlmeister. Dann schauen wir uns mal an die installierte Leistung – Solar und auch Windkraft –, die nimmt zu, in den letzten Jahren etwas weniger als davor, aber die erzeugte Strommenge, die wächst dort proportional nicht mit.

Das heißt, die ganzen Anlagen erzeugen, der Grenznutzen bei Neuinvestitionen in Windkraftanlagen sinkt ständig. Auch das spricht für weitersteigende Kosten. Es ist zwar richtig, dass der Bundesgesetzgeber gesagt hat, er will die EEG-Umlage konstant halten, aber letzten Endes ist es dann ja das „linke Hosentasche, rechte Hosentasche“, dann wird es eben aus Steuern bezahlt. Jetzt ist natürlich die Bemessungsgrundlage für die Steuererhebung und für die Zahlung der EEG-Umlage nicht die gleiche, das ist klar, aber letzten Endes ist es auch das Geld der Bürger, das dort wieder verwendet wird.

Im derzeit vorliegenden Entwurf, der ja nun, wie ich schon sagte, noch nicht beschlossen ist, gibt es allerdings auch ein paar positive Punkte, wie etwa die Neufassung der Einschränkung der Vergütung bei negativen Börsenstrompreisen, im Paragraphen 51, das macht durchaus Sinn. Momentan ist es ja so, dass die Windenergiebetreiber den Strom auch dann vergütet bekommen, wenn sie gar keinen erzeugen, weil keiner gebraucht wird. Das wird dadurch teilweise eingeschränkt, allerdings nur bei Anlagen mit einer Leistung von mehr als drei Megawatt. Da könnte man natürlich vermuten, dass die Investoren dann demnächst Anlagen bauen, die jeweils unter dieser Schwelle knapp drunterliegen. Die werden das natürlich betriebswirtschaftlich durchrechnen und dann nachsehen, ob sich das für sie rechnet.

Die Ausbaupfade wurden ebenfalls bereits angesprochen. Ende letzten Jahres hatten wir in Deutschland eine installierte Leistung von Windkraftanlagen von 54 Gigawatt. Das soll bis 2030 auf 71 Gigawatt erhöht werden. 71 Gigawatt, das ist ungefähr die Spitzenleistung, die man in Deutschland überhaupt braucht. Das heißt, wenn alle Windkraftanlagen in voller Leistung gleichzeitig laufen würden, würde das allein ausreichen, um den Strombedarf zu decken. Das ist nur leider höchst selten der Fall, an Land noch weniger als auf See.

Was mir in der Regelung fehlt, das hat Herr Pegel ja auch angesprochen, wir hatten in der letzten Plenarwoche auch einen entsprechenden Antrag bezüglich Biogasanlagen, ob man dort jetzt noch eine Anschlussregelung für Altanlagen einfügt oder nicht. Ich weiß es nicht, das Gesetz ist noch nicht beschlossen, das müssen wir abwarten, aber insgesamt sehen wir das eher skeptisch, jedenfalls in dieser Form. Vielleicht sollte man das Thema noch mal aufgreifen, wenn die Novelle tatsächlich beschlossen ist und wir tatsächlich im Detail wissen, was dort drinsteht, denn momentan, das geht ja allen so, wissen wir das in einigen Punkten nicht. – Danke schön!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der EEG-Novelle 2021 ist ja jetzt schon mehrfach der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier angesprochen worden. Frau Präsidentin, ich darf zitieren zu dem Pressestatement, dass der Minister Altmaier zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gesagt hat, Zitat: „Die EEG-Novelle 2021 setzt ein klares Zukunftssignal für mehr Klimaschutz und mehr Erneuerbare Energien. Wir formulieren in der Novelle erstmals gesetzlich das Ziel der Treibhausgasneutralität noch vor dem Jahr 2050 für den in Deutschland erzeugten und verbrauchten Strom.“ Eine klare Aussage und ein klares Bekenntnis zu den Anforderungen, die sich aus dem Klimaschutz ergeben, und es war mir also wichtig, auch noch mal in dem Zusammenhang das darzustellen und zu benennen.

Ja, derzeit wird auf der Bundesebene das Erneuerbare-Energien-Gesetz überarbeitet. Seit mehr als 20 Jahren ist das Gesetz Grundlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor. Wenn man sich den

Gesetzentwurf anschaut, wird deutlich, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit mittlerweile über 140 Seiten für einen Normalverbraucher kaum zu realisieren ist. Klar ist aber auch, dass sich die Bundesregierung in ihren Erläuterungen dahin gehend festgelegt hat, dass auch in Zukunft das energiewirtschaftliche Zieldreieck eingehalten werden soll.

Ich will an der Stelle auch noch mal darauf verweisen, dass das für meine Fraktion immer eine Grundlage war, wenn wir uns auf der Basis der erneuerbaren Energien positioniert haben, das energiepolitische Zieldreieck: Umweltgerechtigkeit, Netzsicherheit, Wirtschaftlichkeit. Das heißt, die Bundesregierung orientiert mit der Novelle auf eine preisgünstige Energieversorgung, und bezahlbare Strompreise müssen mit dem Ausbau der erforderlichen Netzkapazität einhergehen. Diese klare Aussage, meine Damen und Herren, ist umso wichtiger, da die Strompreise in unserem Land zu Jahresbeginn um circa fünf Prozent erhöht wurden. Für eine vierköpfige Familie steigt damit die Belastung circa um 40 Euro pro Jahr. Die nächste Preiserhöhung steht bereits in Aussicht, und das, obwohl die EEG-Umlage demnächst – das ist auch schon mehrfach gesagt worden – durch Steuermilliarden, also durch Steuern abgedeckt werden soll. Das hört sich nicht dramatisch an, aber wenn schon jetzt die höchsten Strompreise in Europa gezahlt werden, ist diese Entwicklung dramatisch, denn die Strompreise haben sich seit der Jahrtausendwende für private Haushalte mehr als verdoppelt. Trotzdem werden immer wieder eine bessere Förderung von Fotovoltaikanlagen, der stärkere Ausbau der Windenergie und die stärkere Belastung konventioneller Energieträger gefordert, und das, obwohl Übertragungsnetzwerke und Speichertechnologien immer noch nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die EEG-Novelle 2021 sieht bis 2050 die Treibhausgasneutralität für Deutschland vor. Ich hatte den Bundeswirtschaftsminister dahin gehend zitiert. Bis zum Jahr 2030 sollen die erneuerbaren Energien 65 Prozent des deutschen Stromverbrauchs liefern. Hierzu werden im Gesetzentwurf Ausbaupfade und erforderliche Ausschreibungsmengen für einzelne Technologien festgelegt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll nochmals beschleunigt werden. In dem Zusammenhang sollen das Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie das Natur- und Artenschutzrecht auch angepasst werden. Gerade hier gibt es im Vorfeld aber schon erhebliche Diskussionen.

Meine Fraktion ist klar dafür, dass auch in Zukunft die Beteiligung der Bürger bei Genehmigungen und die Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes nicht ins Hintertreffen geraten dürfen. Beteiligungsverfahren müssen so verlaufen, dass alle Betroffenen die Möglichkeit haben, ihre Interessen vorzutragen und gerichtlich prüfen zu lassen. Sollte der Ausbau der Erneuerbaren-Energie-Anlagen den Status des öffentlichen Interesses oder der öffentlichen Sicherheit erlangen, kann befürchtet werden, dass ein ausgewogener Ausgleich von Interessen in Zukunft kaum noch möglich ist.

Das, meine Damen und Herren, wäre im Übrigen auch ein Paradigmenwechsel in der bisherigen Argumentation der Bundesregierung, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien die Versorgungssicherheit in Deutschland nicht gefährdet. Hier haben sich nach meiner Kenntnis schon große Teile der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen eine solche Regelung ausgesprochen.

Sehr geehrte Damen und Herren, einen weiteren Schwerpunkt sieht der Gesetzentwurf in der Dämpfung der Kostenentwicklung. Durch die Einführung der Ausschreibung konnten die Kosten für die Neuanlagen drastisch gesenkt werden. Ausschreibungsergebnisse von 0 Cent im Offshorebereich bis 5 beziehungsweise 6 Cent im Onshorebereich verdeutlichen die positive Entwicklung der letzten Jahre. Hier müssen wir meines Erachtens weitermachen. Die Regelungen des Gesetzentwurfs diesbezüglich unterstützen wir deshalb.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzes ist die Entlastung der Stromverbraucher im Rahmen der EEG-Umlage. Die Einnahmen der CO₂-Besteuerung sollen für die Entlastung der EEG-Umlage verwendet werden. Hierzu wird es Zuschüsse zur Finanzierung der EEG-Umlage in Höhe von circa 11 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt geben.

Dies, meine Damen und Herren, ist insbesondere für die Menschen in unserem Bundesland, die über ein geringes Einkommen verfügen und die höchsten Stromkosten in Deutschland zahlen müssen, von besonderer Bedeutung. Gerade in einem Flächenland mit besonders starker Produktion erneuerbarer Energien führen der Netzausbau und der Ausbau der Erneuerbaren-Energie-Träger zu erheblichen Belastungen. Wenn diese Belastungen nun über den Bundeshaushalt abgefedert werden, trägt dies zur besseren Gerechtigkeit und Akzeptanz bei.

Zur Akzeptanzsteigerung sieht der Gesetzentwurf eine Beteiligung der Standortkommunen an den Erträgen der Windenergieanlagen vor. Darüber hinaus soll eine Entschädigung für Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes eingeführt werden. In einem weiteren Schritt soll die Stärkung der Netzmarktintegration durch das Gesetz erfolgen. Hierbei sollen sogenannte Südquoten bei Ausschreibung eingeführt werden.

Diese Quotenregelung, meine Damen und Herren, benachteiligt die Standorte in unserem Bundesland. So soll für Windenergieanlagen im Süden der Republik eine 15-prozentig höhere Vergütung zunächst für zwei Jahre erfolgen. Ab dem Jahr 2024 soll sie zusätzlich 20 Prozent betragen. Biomasseanlagen sollen bis zu 50 Prozent in südlichen Ländern stehen. Hier soll meines Erachtens der Markt zum Nachteil unseres Bundeslandes ausgehebelt werden. Deshalb spricht sich meine Fraktion gegen eine solche Quotierung aus. Um Benachteiligungen gegenüber anderen Bundesländeraktionen zu vermeiden, setzt sich meine Fraktion für den gesteuerten Ausbau der Fotovoltaik auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ein. Die für die Landesraumentwicklung hierfür gesetzten Vorgaben sind unserer Auffassung nach nicht mehr zielgerecht.

Insgesamt bietet der Gesetzentwurf für unser Land zusätzliche Chancen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig gibt es Regelungen, die zur Benachteiligung der Stromkunden und Erzeuger von erneuerbaren Energien in unserem Land führen würden. Der Bundesrat hat am 6. November 2020 umfassend zum Entwurf des EEG 2021 Stellung genommen. Die Fachausschüsse haben über 100 Empfehlungsanträge vorgelegt. Die Länderkammer begrüßt das Ziel der Treibhausgasneutralität, fordert aber auch gewichtige Nachbesserungen.

Ich hätte mir gewünscht – und das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen –, dass wir hier als Landtag besser

in das Verfahren eingebunden werden. Ich hatte das bereits mit dem Kollegen Albrecht auch besprochen, dass es auch ein Thema im Fachausschuss gewesen wäre. Wenn mich heute jemand fragt, welche Position unser Land bei dieser Beratung in der Länderkammer vorgetragen hat, kann ich keine Antwort geben. Um sowohl die Vorteile für unser Land in den Vordergrund zu stellen und die Nachteile zu minimieren, ist es notwendig, dass im Bundesrat seitens der Landesregierung interveniert wird. Hierfür wünsche ich der Landesregierung bei den künftigen Verhandlungen viel Erfolg! Und hier noch einmal die Forderung, dass wir das durchaus im Energieausschuss, im Fachausschuss umfassend beraten werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Eifler!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag hat ja unlängst die Kanzlerin in der dortigen Debatte gefragt: Wie viel Schaden, „wie viel Unheil wollen Sie noch anrichten?“. Und das gilt natürlich auch für diese fürchterliche Energiewende, die zudem überhaupt nichts gebracht hat. Wenn man sich mal die Entwicklung anguckt der Pro-Kopf-Emissionen von CO₂, dann sind die seit 20 Jahren unverändert auf hohem Niveau. In Italien und Frankreich liegt der Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ bei etwas mehr als der Hälfte des deutschen. Das heißt, es wurden Milliarden und Abermilliarden Euro verschleudert, es wurden den Bürgern die höchsten Strompreise nicht nur der Welt, sondern auch des ganzen Sonnensystems, wenn man so will, zugemutet, und das alles für ein Ergebnis, das in keinem Verhältnis zum Aufwand steht.

Würde man tatsächlich 100 Prozent Ökostrom in Deutschland produzieren wollen, dann müsste man die Anzahl der Windenergieanlagen von derzeit rund 30.000 auf 65.000 mindestens mehr als verdoppeln. Das ist den Bürgern natürlich nicht zuzumuten, das wissen die Regierenden auch. Die Akzeptanz der sogenannten erneuerbaren Energien schwindet ja zusehends und deswegen ist ja auch in diesem EEG 21, in dieser Novelle dieser Passus drin, die Ökostromgewinnung zu einer Angelegenheit der öffentlichen Sicherheit, des öffentlichen Interesses zu machen. Und das ist ja leider etwas unter den Tisch gefallen, dieser wesentliche Passus in dieser Novelle, mit dem ja auf nichts anderes abgezielt wird, als den Widerstand der Bürger zu brechen, zu verunmöglichen, auch juristisch gegen den weiteren Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen vorzugehen, indem man das ganz einfach zu einer Angelegenheit der öffentlichen Sicherheit erklärt und dementsprechend dann damit rechnen kann, dass selbst, wenn die Gerichte angerufen werden, dann zuungunsten der Bürger entschieden wird. Das ist das, worauf es eigentlich ankommt. Das heißt, die Bürger werden sich mit Sicherheit in Zukunft auf weniger Mitbestimmung an dieser Stelle einstellen müssen.

Die Energiewende ist ein Irrweg – ich bin der Meinung, das wissen viele bei Ihnen in den Regierungsparteien

auch –, ein Irrweg wie übrigens auch diese ganze Corona-Politik, bloß Sie haben da jetzt schon die Weichen überfahren und können jetzt auch gar nicht mehr zurück, ohne zugeben zu müssen, dass der ganze Aufwand der vergangenen Jahrzehnte für die Katz war. Und deswegen machen Sie immer weiter in eine Richtung, die, wie hier schon richtig gesagt wurde, von keinem anderen Land der Welt in dieser Form mitgegangen wird.

(Beifall Horst Förster, AfD)

In anderen Ländern wird in die Kernkraft, die sauberste, ökologischste Energiegewinnung investiert, und dafür plädiere ich auch hier in Deutschland. In diesem Sinne schönen dritten Advent!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es um das EEG geht, sagte der damalige Umweltminister Professor Dr. Methling, das EEG gehört zu dem Besten, was die rot-grüne Bundesregierung erreicht hat. Diese Einschätzung, die teile ich. Trotzdem, heute muss ich sagen, viel Leben ist nicht mehr drin. Zahlreiche Novellen haben es nicht besser gemacht, und wenn man Kollege Eifler so zuhört, dann weiß man auch, warum. Das ist zumindest mein Fazit auch zur EEG-Novelle 2021. Wer bis zuletzt gehofft hatte, dass mit dieser unionsgeführten Bundesregierung endlich die Bremsen bei der Energiewende gelöst werden, der wurde enttäuscht. Ich zumindest habe die Hoffnung aufgegeben, dass es noch signifikante Änderungen geben wird.

Viele der Punkte, die hier schon kritisch angemerkt wurden, die teile ich, die will ich auch nicht alle wiederholen. Auf jeden Fall fängt es schon bei den Zielen für den Ausbau der erneuerbaren Energien an. Auf diesem Weg ist die CO₂-Neutralität bis 2050 nicht zu erreichen. Bis 2030 sollen 65 Prozent des Bruttostromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt sein – so weit, so gut. Aber zu forschen will die Bundesregierung den Ausbau dann doch nicht vorantreiben, denn man kommt auf folgenden Trick: 2019 lag der Stromverbrauch bei 570 Terrawattstunden.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Für 2030 rechnet die Bundesregierung nun mit 580 Terrawattstunden im Jahr. Daraus leitet sie dann ab, dass 377 Terrawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien nötig wären. Das klingt zwar erst mal logisch, aber bereits heute ist eigentlich völlig klar, dass der Stromverbrauch trotz Effizienzmaßnahmen im Jahr 2030 bei mindestens 650 Terrawattstunden liegen wird. Waum? Weil es ja eigentlich eine Energiewende und nicht nur eine Stromwende werden soll – Stichwort „Sektorenkopplung“,

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Stichwort „E-Mobilität“, Stichwort „grüner Wasserstoff“.

Es ist also bereits vor Verabschieden der Novelle klar, dass der Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien nicht zu den Zielen passt. Mir fällt da nur die Frage ein: Ist das ernsthaft der Beitrag der Bundesregierung für eine erfolgreiche Energiewende, ein Beitrag, der den Klimaschutz vorantreiben wird?

Und dann komme ich auch zum Thema Akzeptanz: Ist es akzeptanzfördernd, wenn die Industrierabatte nicht einmal unter die Lupe genommen werden? Für die Industrie tendieren nach wie vor die Anreize, Energie zu sparen, gegen null. Das glauben Sie nicht? Wird vernünftig gehandelt und Energie gespart, fällt man unter Umständen unter die magische Grenze, und dann muss die volle Umlage bezahlt werden. Also es ist doch besser, man lässt die Sparerei. Und das alles auf dem Rücken der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher. Nichts ist mit gleichmäßiger Lastenverteilung! Demgegenüber wirkt die geplante Absenkung der EEG-Umlage von 26 Cent für das ganze Jahr 2021 beziehungsweise 76 Cent in 2022 geradezu lächerlich.

Doch damit nicht genug. Aus der Pflicht, Gemeinden an den Gewinnen der Branche zu beteiligen, ist eine Kannbeziehungsweise eine Darfregelung geworden. Aber nicht nur das, jetzt kommt aus meiner Sicht der Gipfel der Unverfrorenheit: Die Betreiber, die freiwillig etwas abgeben wollen, erhalten für das Folgejahr einen Bonus. Und wer bezahlt diese sogenannten Anreize? Die Normalverbraucher. Was bitte soll das?! Die Zeit der Freiwilligkeit, die muss vorbei sein. Und freiwillige Abgaben noch auf Kosten der Allgemeinheit zu refinanzieren, das ist nicht mehr zu verantworten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Da lobe ich mir doch unser Gemeinde- und Beteiligungsgesetz, auch wenn es die Wirkung deutlich, sogar sehr deutlich später entfaltet, als wir uns das alle gewünscht haben und auch geplant hatten. Ich fürchte aber, dass die Bundesregelung sogar noch zur Gefahr für unser Gesetz wird.

Meine Damen und Herren, diese EEG-Novelle ist einfach untauglich, untauglich, die Pariser Ziele zu erreichen, und untauglich, um für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen. Was erwartet die Linksfraktion also, damit es überhaupt Perspektiven und auch ein paar Chancen für das Energieland Mecklenburg-Vorpommern gibt?

Erstens ambitionierte Ausbauziele, um dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden. Das bedeutet, dass Deutschland die Stromerzeugung bis 2030 auf 80 Prozent und 2035 auf 100 Prozent Ökostrom umstellen muss.

Zweitens. Die Industrierabatte sind auf ein Minimum abzusenken und werden in Zukunft nicht mehr aus dem EEG-Konto finanziert. Dazu wollen wir, dass die EEG-Umlage dauerhaft auf 2 Cent begrenzt wird. Dazu wird es auch notwendig sein, einen Teil aus dem Bundeshaushalt, anstatt aus dem EEG-Konto zu finanzieren.

Drittens. Die Stromsteuer ist von 2,05 Cent auf den EU-Mindeststeuersatz von 0,1 Cent zu senken.

Viertens. Die Bürgerenergie ist neu und missbrauchsfest im Gesetz zu definieren. Dann müssen Bürgerenergie-

projekte bis zu einer Größe von 18 Megawatt von der Ausschreibungspflicht ausgenommen werden.

Und fünftens. Es braucht eine Solarpflicht. Mieterstrommodelle müssen endlich breiter genutzt werden. Und das, meine Damen und Herren, liegt auch in der Hand der Landespolitik. Sie haben unseren Vorstoß zu einer Solarpflicht bislang abgelehnt.

Genauso wie Sechstens, einheitliche Netzentgelte. Wenn nicht auf Bundesebene, dann sollte eine solidarische Wälzung der Netzentgelte im Land vorgenommen werden. Das ist möglich und für die Akzeptanz wäre das ein Riesenschritt, denn nach wie vor zahlen die Verbraucherinnen und Verbraucher im ländlichen Raum, da, wo auch die Windenergieanlagen stehen, die höchsten Preise. Unterschiede von 5 bis 6 Cent und mehr pro Kilowattstunde sind keine Seltenheit. Das muss beendet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die Sektorenkopplung ist auch für uns ein entscheidender Punkt. Ich habe es schon gesagt, die Energiewende kann nicht nur in einer Stromwende bestehen. Vor Kurzem durfte ich im Land wieder erleben, dass es Akteure gibt, die beispielsweise beim Thema Wasserstoff innovative Ideen haben und quasi in den Startlöchern stehen. Wichtig ist, dass auch hier das Land vorangeht. Auch wenn Wasserstoff nicht für alles bei der Energiewende die Antwort ist, tun sich hier große Möglichkeiten für unser Land auf. Voraussetzung ist natürlich, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben wird. Gebraucht wird mehr erneuerbarer Strom, wenn Mecklenburg-Vorpommern einen signifikanten Anteil an Wasserstoff produzieren will, denn auch grüner Wasserstoff wächst nicht auf den Bäumen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, wer eine anständige EEG-Novelle für die Energiewende und für mehr Klimaschutz haben möchte, der sollte darauf setzen, dass nicht die Union weiter an den Regierungen beteiligt ist. – Vielen Dank!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

Christoph Grimm, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Energiewende, sie ist bereits gescheitert. Die Frage ist eigentlich nur, wann endlich diejenigen, die hier mit moralischer Überlegenheitshaltung auftreten, endlich betreten auf ihre Schuhspitzen schauen und dieses bekennen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Stattdessen, was wir hier erleben, ist das ständige Wiederholen von Durchhalteparolen, von Durchhalteparolen, die hier also zum Ausdruck kommen mit dieser Aussprache, die Sie beantragt haben.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Und letztendlich reihen sich an die Durchhalteparolen dann auch noch die Ankündigungen an, wir haben ja noch die Wunderwaffen. Ich hoffe, ich kriege jetzt keinen Ordnungsruf dafür.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wenn Sie ihn provozieren, dann ja.)

Aber wir haben ja noch die Wunderwaffen, das sind dann die Wasserstoffwirtschaft und die Elektromobilität, und das alles funktioniert nicht, das wollen Sie nur noch nicht bekennen.

Die Energiewende ist deshalb gescheitert, weil es keine Speicher gibt und weil sie in astronomische Kosten mündet.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das merken wir jetzt, das merken auch langsam unsere Bürger, und da haben Sie eigentlich gar kein Mittel dagegen. Herr Arppe hat das richtig gesagt, Sie haben die Weichen überfahren, wo Sie hätten abbiegen müssen. Diese Weichen, diese Zeitpunkte, wo Sie hätten anders sich entscheiden können, die sind nun überfahren worden, und jetzt müssen Sie weitermachen in diesem Stil. Schade ist nur, dass unsere Bevölkerung darunter zunehmend leidet.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn Herr Schulte sagt, dass weite Teile der Bevölkerung für das EEG sind, dann will ich ihm das abnehmen. Wenn man den Leuten natürlich die Frage stellt, sind Sie dafür, dass mehr ökologischer Strom, der auch noch ohne CO₂ produziert wurde, dass mehr von diesem Strom in der Bundesrepublik erzeugt wird, dann gibt es sicherlich viele, die dafür sind. Aber jetzt fragen Sie doch bitte mal die Bewohner eines Dorfes, die nahe einer großen Windkraftanlage sind – und eine solche kann ich jetzt gerade bewundern in der Nähe von Klütz, da ist eine 163 Meter hohe Nabenhöhe-Anlage gebaut worden, die 245 Meter insgesamt hoch ist –, fragen Sie mal die Bürger, wie die das EEG finden! Ich glaube, da finden Sie nicht so viel Begeisterung. Fragen Sie die Bürger bitte im nächsten Jahr beim Tanken: Möchten Sie gerne einen CO₂-Preis zusätzlich bezahlen? Ja, ich kann Ihnen sagen, es gibt eine Umfrage, danach lehnen das mehr als zwei Drittel der Bürger ab. Also am schönsten wäre ja, man hätte eine Taste neben jeder Zapfsäule, und wenn man die Taste drückt, dann erklärt man, dass man den CO₂-Preis bezahlen will. Ich glaube, keiner würde diese Taste drücken. Und schließlich die hohen Strompreise. Fragen Sie unsere Bürger: Möchten Sie noch mehr für den Strom bezahlen? Ich glaube, da ist die Begeisterung für das EEG dann auch zu Ende.

Die Akzeptanz wollen Sie erhöhen, sehr geehrter Herr Schulte, ja, das kann ich mir vorstellen, denn das macht Ihnen ja jetzt kalte Füße, dass die Akzeptanz sinkt für Wind- und Solarenergie. Bloß, was jetzt in der EEG-Novelle steht, das sind ja gewissermaßen Folterinstrumente, die hat hier eigentlich noch keiner benannt in dieser Debatte. Sie wollen erklären, dass Wind- und Solarenergie der öffentlichen Sicherheit dienen, nicht wahr, das ist also die Durchsetzung des Brachialen in dieser EEG-Novelle, es soll also mit rechtlicher Gewalt vorgegangen werden, und jede Möglichkeit, den Naturschutz oder den Bürgerwillen durchzusetzen, soll gemindert werden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ferner die Smart Meter sind ja die Möglichkeit, den Bürger auch noch zu zwingen, zu ganz bestimmten Zeiten seine Waschmaschine vielleicht einzuschalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Manchmal hilft es auch, das Gehirn einzuschalten zu bestimmten Zeiten.)

Dann werden wir unsere Freiheit zunehmend dadurch verlieren und müssen für die Smart Meter – Sie sagten es auch, Herr Schulte – 80 Euro im Jahr bezahlen, dafür, dass wir mal teure und mal preiswertere Energie bekommen.

Nein, meine Damen und Herren, das ist ein Irrweg, auf dem Sie sich befinden, und wir werden uns dabei treu bleiben, Sie immer wieder darauf hinzuweisen, dass Sie sich auf einen Irrweg begeben haben. Ich glaube, Sie wissen es eigentlich auch, Sie wollen es nur nicht zugeben.

Und, Frau Schwenke, was Sie uns anbieten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Frau Schwenke ist hinter Ihnen.)

Sie sagen, das reicht uns noch nicht, wir wollen noch mehr Energiewende, das ist wirklich erstaunlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Dr. Schwenke sitzt hinter Ihnen, Herr Abgeordneter Grimm!)

und dann auch noch gepaart mit der Forderung, dass die Preise sinken sollen. Also das ist irgendwie so ein völlig verrückter sozialistischer Gedanke, den Sie da haben. Da sollten Sie vielleicht auch mal auf einen besseren Weg kommen, aber was die Politik der LINKEN betrifft, bin ich da eigentlich ziemlich hoffnungslos.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Erste kleine zaghafte Ansätze habe ich hier bei Herrn Eifler gehört. Das sind ja fast ganz neue Töne, dass die CDU hier anfängt, etwas selbstkritisch darüber nachzudenken. Das macht mir Hoffnung bei dieser Debatte. Ansonsten lasse ich jede Hoffnung fahren. Sie werden erst wach, wenn der erste Blackout da ist. Wir hatten ihn schon fast einmal, und zwar am 27.11.2020 war das, um 9.56 Uhr,

(Thomas Krüger, SPD: Ah, fast, fast!)

da wäre der Strom fast ausgefallen. Und da kann man Herrn Schulte ...

(Jochen Schulte, SPD: Fast!)

Ja, weil wenn die Franzosen uns nicht geholfen hätten mit ihren Atomkraftwerken.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Da wären wir fast untergegangen.)

Atomkraftwerke ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah, die rote Lampe!)

Also ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, ja.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oder haben Sie kalte Fingerchen, dass Sie sie an der roten Lampe wärmen müssen?!)

Also so ist das – Atomkraftwerke. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos –
Peter Ritter, DIE LINKE: Maske aufsetzen! Maske aufsetzen!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Von „A“ wie Abwechslung bis „C“ wie, ...

(Zuruf aus dem Plenum: Bis „Z“!)

Bis „Z“! Vielen Dank!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: „C“ wie Zukunft! – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Na schade, dass mir das nicht eingefallen ist! – Heiterkeit und Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Okay, ich bitte Sie, beruhigen Sie sich wieder,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

sonst komme ich hier überhaupt nicht mehr weiter!

... Von „A“ wie Abwechslung bis „Z“ wie Zooschule –

(allgemeine Heiterkeit)

Kooperationen mit außerschulischen Partnern und Einrichtungen zum Lernen am anderen Ort weiter stärken, auf Drucksache 7/5605. Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5645 sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5658 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Von „A“ wie Abwechslung bis „Z“ wie
Zooschule – Kooperationen mit außerschulischen Partnern und Einrichtungen
zum Lernen am anderen Ort weiter stärken
– Drucksache 7/5605 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/5645 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 7/5658 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Der Einstieg war ja recht lustig. Ich weiß nicht, ob er beabsichtigt war, aber hat mir gefallen.

Also, als wir den Antrag einreichten, war die Situation bei uns im Land eine ganz andere und auch die Rechtslage. Das muss ich erst mal im Vorfeld hier sagen. Aber ich denke, wir sollten trotzdem über diese Thematik diskutieren, weil es doch Schule sehr viel helfen kann.

Wir haben pandemiebedingt natürlich eine besondere Situation an allen unseren Schulen. Und es wird, glaube ich, derzeit über nichts so viel geredet wie über Schule. Und ich kann Ihnen zeigen Mails und Whatsapps und was ich jetzt kriege, was ist mit nächster Woche, was ist mit Lockdown und weiß ich was und so weiter und so fort. Viele beteiligen sich an der Diskussion – ob Eltern, ob Lehrerverbände, ob Politiker, ob Unternehmer – mit guten Vorschlägen zur Verbesserung der Situation an Schulen, mit großen finanziellen Mitteln, das muss man hier auch mal ganz deutlich sagen, für eine sichere Schule, für eine digitale Schule.

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Es gibt aber auch die besonders Schlaunen, die zum Beispiel die Aufhebung der Maskenpflicht fordern, oder auch die besonders Besorgten, die grundsätzlich den Präsenzunterricht wesentlich einschränken wollen oder überhaupt nicht durchführen wollen.

Festzuhalten bleibt ganz deutlich, für den Lernerfolg der Kinder ist es wichtig, dass man möglichst viel Präsenzunterricht stattfinden lässt. Digitales Lernen ist eine sehr wichtige und notwendige Ergänzung, mehr aber auch nicht. Wir haben ja vorhin darüber diskutiert. Für unsere Kinder ist es wichtig, dass sie persönlichen Kontakt zu ihren Mitschülerinnen und Mitschülern und auch zu den Lehrkräften haben, dass sie bei Problemen oder Schwierigkeiten gleich nachfragen können, dass sie anschaulich alles erklärt bekommen, und der Präsenzunterricht bietet dafür die besten Möglichkeiten. Zudem wissen wir auch über die besondere Belastung der Eltern in der Zeit der Schulschließungen. Das haben wir ja im Frühjahr deutlich mitgekriegt.

Aber Lernen im Klassenverband heißt nicht nur Lernen in der Schule. Es gibt die vielfältigsten Möglichkeiten, um den Unterricht abwechslungsreich zu gestalten, zum Beispiel die zahlreichen außerschulischen Lernorte, die wir bei uns im Bundesland haben, oder auch die Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Vereinen und Verbänden, die man in die Schule einladen kann. Gerade in diesen problembehafteten Zeiten gilt es, diese Möglichkeiten zu nutzen:

- zur Stärkung des Geschichtsbewusstseins und des Empathievermögens,
- zur Festigung der demokratisch-freiheitlichen Position,
- zur Verdeutlichung von ökologischen Zusammenhängen und eines Nachhaltigkeitsbewusstseins,
- zur Stärkung und Umsetzung des ganztägigen Lernens,
- zur Auseinandersetzung mit Fake News und Cybermobbing,

- zur Nutzung der vielfältigen Sportmöglichkeiten und einer Verankerung auch hier insbesondere des Teamgedankens,

- zur kulturellen Bildung und Entwicklung der Heimatliebe,

- zur Entwicklung und Stärkung des sozialen Zusammenlebens,

- zur breit ausgelegten Berufsorientierung.

Und über den Tellerrand zu schauen, ist wichtig und stellt neue Bezüge her, die das Wissen nachhaltig, denke ich, festigen.

Mit diesem Koalitionsantrag möchten wir die Möglichkeiten an unseren Schulen oder die unsere Schulen haben, einmal hier aufzeigen, aber auch gleichzeitig für diese werben und auch insbesondere den Vertreterinnen und Vertretern dieser Institutionen ein großes Dankeschön sagen. Da wären die großen Institutionen wie das Deutsche Rote Kreuz, aber auch die Verkehrswacht der einzelnen Landkreise, die Wasserwacht und die DLRG, die freiwilligen Feuerwehren der einzelnen Gemeinden beziehungsweise Berufsfeuerwehren, das Technische Hilfswerk, aber auch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Evangelisch-Lutherische sowie die Katholische Kirche.

Die vielfältigsten Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler sind möglich und werden auch genutzt. Ich möchte ein paar Beispiele hier erwähnen: die Erste-Hilfe-Lehrgänge in den oberen Klassen, „Brandschutzgerechtes Verhalten“ wird insbesondere in der Grundschule angeboten, auf das Projekt „Feuerwehr in der Schule“ im Landkreis MSE und Truppmannausbildung in Pasewalk wird Kollege Reinhardt sicherlich nachher noch näher eingehen, deswegen will ich das hier nicht machen, die Schwimmausbildung und Rettungsschwimmerlehrgänge,

(Beifall Bernhard Wildt, CDU)

die wir angeboten bekommen, aber auch „Das sichere Verhalten im Straßenverkehr“. Im Rahmen der Ganztagschule gibt es natürlich auch weitere interessante Angebote für Schülerinnen und Schüler.

Eines der interessantesten Angebote für Schulen ist das Projekt „Schule & Verein“. Bei dieser Zusammenarbeit profitieren beide Seiten, die Schule, aber auch die Vereine. Besonders mit Sportvereinen nutzen Schulen dieses Angebot sehr intensiv. Für die Schulen wird das Sportangebot wesentlich erweitert, und auf der anderen Seite haben die Sportvereine natürlich auch die Chance, Nachwuchs zu gewinnen. Und die Entwicklung und Stärkung des Teamgedankens und der gegenseitigen Rücksichtnahme sind auch ein nachhaltiger Einflussfaktor dieser Angebote.

Zur Stärkung des Geschichtsbewusstseins der Schülerinnen und Schüler und der Entwicklung und Festigung demokratisch-freiheitlicher Positionen im Rahmen der Friedenserziehung ist das breite Angebot der Gedenkstättenarbeit wichtig. Ob Wöbbelin bei Schwerin oder Fünfzechen in Neubrandenburg, ob das Denkmal der friedlichen Revolution in Waren oder die ehemalige Stasihaftanstalt in Neustrelitz – alle außerschulischen Träger politischer Bildung sind bei der Werteerziehung

gefragt. Für das Bewusstsein ist es essenziell, das Erinnern an andere Zeiten wachzuhalten.

Im Bereich Natur und nachhaltige Entwicklung können unsere Schulen beispielsweise auf die Angebote der Nationalparke und Naturparke zurückgreifen. Besonders erwähnenswert sind hierbei die mehrtägigen Kurse im Jugendwaldheim, aber ich will hier auch die Schullandheime nicht vergessen. Aber auch die Grünen Klassenzimmer der Landesforst oder Tiergärten werden geschätzt. In Tierparks, Zoos und Tiergärten kann der Heimatkundeunterricht anders gestaltet werden. Beliebt bei Kindern ist auch die Arbeit in Tierschutzvereinen, aber auch der Besuch eines Agrarbetriebes oder eines Ökobauern ist immer ein großes Erlebnis.

Ein besonders gelungenes Projekt ist die Vereinbarung mit dem Landesanglerverband. Ich hätte Montag jetzt eigentlich auch einen Termin, aber der wird jetzt auch coronabedingt abgesagt werden. Aber auch Wanderungen und Radtouren durch die beeindruckende Natur wecken natürlich auch Heimatliebe. Einige Schulen nehmen an Umweltwettbewerben teil, eine andere Art von Unterricht auch. In Zeiten alternativer Fakten und der Leugnung des Klimawandels sollte man die nähere Umgebung seines Heimatortes genau kennen und immer wieder auf die Sensibilität unseres großen Schatzes Natur hinweisen. Jede und jeder kann einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Gerade die jüngere Generation diskutiert gern und viel über den Erhalt der Natur und eine nachhaltige Entwicklung. Das Querschnittsthema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umfasst unzählige Bausteine für eine fächerübergreifende und anschauliche Befassung. Viele Lehrkräfte sind seit Jahren bei der Umsetzung der Lerninhalte sehr engagiert und begeistern die Schülerinnen und Schüler damit.

Und unsere Schüler haben auch eine große Möglichkeit, Kunst und Kultur zu erleben, und können aus dem reichhaltigen Angebot wählen. Neben der Zusammenarbeit mit den Kunst- und Musikschulen können die Museen und Bibliotheken genutzt werden, es gibt wunderbare Theater an zahlreichen Orten unseres Bundeslandes, in einigen Orten gibt es Programmkinos, wie zum Beispiel das Latücht in Neubrandenburg, aber auch das Mitmachen bei Chören und Schauspielensembles ergänzt das Angebot.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Über ganz Mecklenburg-Vorpommern gibt es Orte der Wissenschaft und Technik oder an den Hochschulstandorten gibt es Angebote für besonders wissbegierige Schüler, es gibt aber auch das Energie Lab im Leea oder das DLR_School_Lab in Neustrelitz, das phanTECHNIKUM in Wismar, das Luftfahrttechnische Museum in Rechlin,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist sehr gut.)

das Historisch-Technische Museum in Peenemünde, die Windmühlen in der Windmühlenstadt Woldegk, das Agroneum in Alt Schwerin,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Zählst du jetzt alle auf?)

die Sternwarte in Schwerin, das Mikro-MINT-Forschungszentrum in Rostock oder die Astronomische Station in Rostock.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das Fritz-Reuter-Literaturmuseum in Stavenhagen.)

Hätte ich nachher noch gesagt in meinem Redebeitrag, aber ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Erinnern Sie mich dran, wenn ich es da vergesse!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wehe! Wehe!)

Wäre ich noch drauf gekommen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Da kommt auch noch Herr Schliemann zur Geltung

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

und Herr Fallada auch.

SPD und CDU wollen mit diesem umfangreichen Antrag aufzeigen, dass es sich lohnt, über den Tellerrand hinauszuschauen, dass es die unterschiedlichsten Formen der Wissensvermittlung gibt, dass es eine Vielfalt von außerschulischen Möglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern gibt, und das nicht nur in Rostock und Schwerin, sondern auch in kleineren Orten. Am Beispiel meines Heimatortes oder meiner Heimatregion werde ich das nachher mal kurz skizzieren.

Auch wenn heute im 122. Hinweisschreiben vom 14. Dezember Schulfahrten und Schulwanderungen untersagt, ab 14. Dezember untersagt sind, ist es nach dem Lockdown umso wichtiger, diese außerschulischen Lernorte mit zu nutzen. Ich rufe Sie auf, stimmen Sie unserem Koalitionsantrag zu! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat uns Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Bitte schön, Frau Martin!

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist unbestritten, die Schule ist für unsere Kinder und für die Heranwachsenden ein ganz wichtiger Ort. Sie verbringen hier einen großen Teil ihrer Tage und ihrer Zeit, hier bekommen sie Wissen vermittelt, hier entwickeln sie soziale Kompetenzen und lernen für das Leben. Und weil das so ist, sind die Schulen auch kein abgeschlossener Mikrokosmos. Gute Schule ist eng mit dem verbunden, was in der Gesellschaft ist. Gute Schule ist Gesellschaft, aber verbindet sich auch in die Gesellschaft hinein.

Konkret heißt das, dass beispielsweise – und wir haben ja gerade eine lange Liste dessen gehört, was in Schule

alles auch passiert –, konkret heißt das also, beispielsweise Sportvereine, freiwillige Feuerwehr, ein Jugendklub oder benachbarte Forschungseinrichtungen sind Teil des Schulalltags. Und da gehört natürlich dazu, dass neben dem direkten Wissenserwerb im Unterricht diese außerschulischen Kooperationspartner eben auch ein Lernen auf ganz andere Art anbieten: sich auszuprobieren an einem Instrument, sich in der Theatergruppe auch mal auf die Bühne zu wagen vor ein Publikum, Teamgeist beim Sport beweisen, sich in der Feuerwehrgruppe engagieren oder vom DRK zum Sanitäter für die Mitschüler ausbilden zu lassen, einem Berufswunsch näher zu kommen – eben Kompetenzen fürs Leben zu erwerben, und das unter professioneller Anleitung und professioneller Begleitung. Manchmal ist es auch einfach nur ein tolles Erlebnis, das den Schulalltag bereichert.

Für mich aber ist das Wichtigste bei der Diskussion über diesen Bereich – außerschulische Arbeit, außerschulische Kooperation –, dass gerade die Kinder und die Jugendlichen, die sonst vielleicht nicht bei Mathe und beim Aufsatzschreiben ganz vorne dabei sind, die Möglichkeit haben, durch diese Angebote sich auch mal auf andere Weise zu beweisen, eigene Stärken zu entwickeln und zu entdecken und eben auch mal vorne dabei zu sein bei ganz anderen Dingen. Das halte ich, wenn wir darüber sprechen, für einen der wichtigsten Aspekte bei diesem Bereich.

Und dass das so möglich ist an Schule – und der beste Rahmen dafür, den bietet die Ganztagschule. Ganztägige Bildung und Betreuung ist ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe aller Kinder, schließt sie doch eben gerade jene ein, die in ihrer Freizeit nicht so die Möglichkeit haben, bei solchen Aktivitäten dabei zu sein. Und deswegen bin ich sehr froh, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern ein sehr breites Angebot an Ganztage haben, sowohl in der Kita als eben auch für Schulkinder.

Und es ist auch gut, dass die Große Koalition in Berlin dabei ist, gerade den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung einzuführen. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, an denen auch Mecklenburg-Vorpommern sehr stark beteiligt ist, laufen auf Hochtouren, und von den zusätzlichen Mitteln werden auch die Schüler in Mecklenburg-Vorpommern, und dadurch, dass Ganztage auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie natürlich verbessert, werden also Schüler und Familien erheblich davon profitieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag setzt auf die Stärkung von Kooperationen mit außerschulischen Partnern und Einrichtungen. Dieses Ansinnen teile ich ausdrücklich. Der Antrag dockt damit an Ziffer 223 des Koalitionsvertrages an,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach!)

und bereits im Rahmen der 2018

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das kam mir doch so bekannt vor!)

durch das Land ins Leben gerufenen Kooperationsinitiative für ganztägiges Lernen wurde die Umsetzung dieser Ziffer angestoßen und seitdem bereichert sie auch den Lernalltag. In dieser Kooperationsinitiative kooperieren aktuell 16 außerschulische Partner mit dem Ziel, die

Schule bei der Ausgestaltung des ganztägigen Lernens mittels vielfältiger unterrichtsergänzender Angebote zu unterstützen. Dabei handelt es sich – und wie gesagt, die Aufzählung haben wir gerade gehabt – zumeist um Dachorganisationen in ihrer regionalen Struktur. Sie wirken in diese regionalen Strukturen hinein, binden also Schule in die eigene Region. Wie gesagt, da geht es um vielfältige Themen, von der Feuerwehr über das Erleben von Natur und Umwelt bis hin zu Kulturprojekten.

Und auch das haben wir gerade gehört, diese Projekte haben es jetzt in den letzten Monaten und gerade ganz aktuell auch nicht sehr leicht. Die erheblichen Einschränkungen in den Schulen und natürlich auch in der Kooperation mit den außerschulischen Kooperationspartnern machen diesen Partnern schwer zu schaffen. Und da kann man nur hoffen, dass wir das so bald wie möglich auch wieder in Gang bringen können, auch dann, wenn uns die Pandemie das erlaubt.

Die im Antrag benannte Serviceagentur „Ganztägig lernen“ tritt in Erscheinung dann, wenn sie eben die Kooperationspartner unterstützt/berät bei der Arbeit in den Schulen. Und mit dem vorliegenden Antrag sollen die bereits bestehenden Kooperationen weiter befördert und ausgebaut werden und es sollen Möglichkeiten für eine Erweiterung der Bandbreite der unterschiedlichen außerschulischen Partner und Einrichtungen geschaffen werden. Wie gesagt, dieses Anliegen unterstütze ich ganz ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, ich möchte, bevor ich zum Ende komme, nur kurz noch mal auf den grundlegenden Tenor dieses Antrages eingehen: Es geht, wenn wir über die Kooperation mit außerschulischen Partnern sprechen, auch um die Idee der Jugendbildung und darum, Demokratie und demokratisches Handeln zu vermitteln. Und – auch darauf geht der Antrag ein – es geht um den Erwerb eines historischen Bewusstseins von Wissen und Empathie, und es geht um die Entwicklung einer demokratischen Grundhaltung und die Förderung von Urteilsvermögen und Handlungskompetenz. Gerade in diesen Zeiten ist das wichtiger denn je.

Gesprächsformate für Schülerinnen und Schüler mit Zeitzeugen im Rahmen des Geschichtsunterrichts und der politischen Bildung zum Beispiel sind hier großartige Formate. Und ich denke, wer einmal zum Beispiel in der Gedenkstätte Grenzhof Schlagsdorf war, der merkt auch dort, ein Besuch dort mit einer Klasse führt sicherlich den Kindern die Teilung Deutschlands, wie es wirklich war, viel stärker vor Augen als vielleicht ein Kapitel im Geschichtsbuch.

Auch aktuelle Themen wie Klimawandel, Naturschutz, nachhaltige Entwicklung sind wichtige Themen in der außerschulischen Kooperation. Da möchte ich dem Landwirtschafts- und Umweltminister ganz herzlich danken. Er ist hier wirklich höchst engagiert. Es gibt viele Bereiche, die dort entwickelt wurden im Landwirtschaftsministerium: Zooschulen, wir haben eben auch schon einiges gehört, die Waldpädagogik, ein großer Punkt – und da ist Till Backhaus wirklich mit Herz und Seele dabei –, und auch das werden wir weiterführen und ausbauen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE)

Ein letztes Wort noch zu den Möglichkeiten, die die Kooperation mit außerschulischen Partnern im Bereich des Ehrenamtes eröffnet, ganz wichtig, Kinder an das Ehrenamt heranzuführen. Oft ist die Begegnung in der Schule – sagen wir, mit der Feuerwehr oder dem THW – einer der ersten Schritte, um ein Leben lang im Ehrenamt zu arbeiten, eine wichtige Entwicklung gerade für Kinder, gerade für Jugendliche. Insofern machen diese Partner ganz wichtige Arbeit und ich möchte mich dem Dank des Abgeordneten Butzki anschließen, an diese Kooperationspartner.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Ich danke Ihnen auch für diesen Antrag und bitte um Zustimmung dafür.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Frau Ministerin!

Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schneider. Einen kleinen Moment noch, bitte!

(Das Rednerpult wird desinfiziert.)

Jens-Holger Schneider, AfD: Wertes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! „Lernen am anderen Ort“ ist ein zentraler Begriff und ein wichtiges Instrument aus der Schulpraxis, dessen Bedeutung wohl unumstritten ist und das an unseren Schulen gepflegt wird. Es gibt dazu eine eigene Verwaltungsvorschrift, bis 2017 „Lernen am anderen Ort“, seitdem abgelöst durch die Verordnung „Durchführung von Schulwanderungen und Schulfahrten an öffentlichen allgemein bildenden und beruflichen Schulen“.

Der Antrag selbst bringt also nichts wirklich Neues, sondern ist eine Aufforderung an die Landesregierung, auf die verstärkte Nutzung dieses Instruments hinzuwirken, vor allem durch feste Kooperationen mit den außerschulischen Lernorten. Allerdings und gerade in Corona-Zeiten erscheinen solche Veranstaltungen zur Abwechslung und Auflockerung des Schulbetriebes als eher fraglich,

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

wenn sie unter derzeitigen Auflagen überhaupt stattfinden können. Generell ist es sinnvoll.

Der Antrag impliziert, dass Lernen am anderen Ort noch stärker genutzt werden könnte und sollte, als dies bisher der Fall ist. Wenn dies noch nicht in ausreichendem Maße geschieht, so liegt das allerdings auch am umfangreichen bürokratischen Aufwand solcher Veranstaltungen, an der hohen Verantwortung, die Lehrkräfte dabei übernehmen, und an den pädagogischen Herausforderungen, die damit verbunden sind. Der Antrag lenkt den Blick auf eine Vielfalt von Möglichkeiten.

Und mit Blick auf Herrn Wildt sollten wir unseren Schülern auch mal einen Besuch beim Meteorologen empfehlen. Sie sprachen vorhin von einem Rückenwindantrag der Stärke 10. Das wird als schwerer Sturm definiert und im Binnenland fallen dann die Bäume um. Also ob das so gut ist,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

einen Windantrag mit Sturm durch die Gegend zu blasen, wage ich zu bezweifeln.

Der Antrag lenkt den Blick auf eine Vielzahl von Möglichkeiten. Mit einem Änderungsantrag wollen wir diese Liste ergänzen, indem wir noch weitere, sozusagen wirklich systemrelevante Einrichtungen und Institutionen hinzufügen, nämlich neben der Polizei und der Bundeswehr auch Alten- und Pflegeheime sowie Krankenhäuser. Natürlich müssen Schülerbesuche gerade dort sorgfältig geplant sein und dürfen weder die dortigen Abläufe – gerade auch unter den derzeitigen Herausforderungen – stören noch in die Privatsphären eindringen. Es wäre aber wichtig, dass Schüler auch mit solchen für sie nicht alltäglichen Lebensbereichen vertraut gemacht werden. Das kann auch dazu führen – und sollte es bestenfalls –, dass Kinder und Jugendliche gewisse Mangel- und Problembereiche aus diesen Bereichen in ihre Zukunftspläne mit einbeziehen. Vor allem erweitert es ihren Horizont in grundsätzlichen Lebensfragen.

Wir möchten allerdings davor warnen, das pädagogische Instrument des Lernens am anderen Ort zu politischer Indoktrination von Minderjährigen zu missbrauchen. Einzelne Formulierungen in der Begründung des Antrags lassen solche Befürchtungen als nicht ganz abwegig erscheinen. Dennoch unterstützen wir das Grundanliegen dieses Antrages, werden uns aber, falls unser Änderungsantrag abgelehnt wird, der Stimme enthalten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir mit dem heute vorgelegten Antrag unsere Koalitionsvereinbarung in einem weiteren, wie ich finde, sehr wichtigen Punkt umsetzen. Für die laufende Legislaturperiode haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hilfsorganisationen, allen voran auch den gewichtigen – der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk –, verbindlich zu regeln. Im Rahmen der Ganztagsinitiative des Landes wurden bereits zahlreiche Kooperationen mit außerschulischen Partnern angestoßen, die wir nun gerne durch diesen Antrag verstetigen möchten.

Durch die Corona-Pandemie – mein Kollege Butzki ist ja auch schon darauf eingegangen – ist der schulische Alltag derzeit ohnehin stark beeinflusst, wenngleich wir immer betont haben, dass die Entscheidung richtig war und ist, die Schulen unter Einhaltung von Hygiene- und Schutzmaßnahmen in einem angepassten Regelbetrieb offen zu lassen. Wir alle wissen, dass es da natürlich jetzt auch zu anderen Entscheidungen schon gekommen ist und auch noch kommen wird.

Unser gemeinsamer Antrag fordert daher dazu auf, verbindliche Kooperationen und Formen der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern in vielfältigen Bereichen dauerhaft einzugehen und vor allem auch finanziell zu unterstützen. Beispiele sind hierfür etwa Hilfsorganisationen wie THW und Feuerwehr, Landesverkehrswacht,

Theater, Kunstschulen, Träger der politischen Bildung oder Sportvereine. Meine Vorredner sind darauf schon eingegangen.

Wir unterstützen damit Persönlichkeitsentwicklungen junger Menschen, wir festigen demokratische Werte, wir fördern damit die Auseinandersetzung mit möglichen beruflichen Perspektiven und wir wecken nicht zuletzt das Interesse am Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern. Dies könnte zudem positive Effekte für den Bekanntheitsgrad und die Wirkung der Landesehrenamtskarte erzeugen, die wir auf Initiative auch meiner Fraktion und der Koalitionsfraktion Anfang 2020 eingeführt haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und unserer!)

Sehr richtig, auch der Fraktion der LINKEN. Das wollen wir hier nicht unterschlagen, liebe Simone Oldenburg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, besonders hervorheben möchte ich die Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Feuerwehr – mein Kollege Butzki hat dies ja bereits angekündigt –, die für uns als CDU-Fraktion elementar ist. Wie wir alle wissen, wird ein Großteil der Aufgaben der Feuerwehren im Land durch ehrenamtliche Kräfte geleistet. Retten, Löschen, Bergen und Schützen lauten die zentralen Aufgaben der freiwilligen Feuerwehren im Land. Und ich halte eine Sensibilisierung junger Menschen für diesen gesellschaftlichen Dienst für außerordentlich bedeutsam.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Die Arbeit der Feuerwehren ist somit sehr vielfältig. Dass hierbei auch junge Leute ein Gespür dafür entwickeln, was es heißt, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, ist, glaube ich, ein wichtiger Standpunkt. Wer vielleicht selbst von Ihnen bei der freiwilligen Feuerwehr ist, einige KameradInnen ...

Nee, Frau Rösler sehe ich nicht,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die ist gerade draußen.)

Herrn Mucha und Herrn Schwarz sehe ich leider auch nicht, also ... Doch, da hinten! Kamerad Schwarz sitzt dort hinten.

Es sind ja einige Kolleginnen und Kollegen auch aktiv in den freiwilligen Feuerwehren. Und da kann sicherlich jeder von uns Geschichten erzählen, die prägend und erfahrungsreich sind. Das ist nicht nur im jugendlichen Alter so, das setzt sich eigentlich während der ganzen Karriere in der freiwilligen Feuerwehr fort. Und ich lade Sie gerne dazu ein, uns nachzueifern und auch Mitglied Ihrer freiwilligen Feuerwehr vor Ort zu werden, wenn mir das an dieser Stelle erlaubt ist.

Mit unserem Antrag fordern wir daher dazu auf, zu prüfen, inwieweit bestehende Kooperationsformen, wie zum Beispiel die an der Europaschule in Pasewalk, dahin gehend ausgebaut werden können, dass in den Klassenstufen 9 und 10 im Rahmen des Wahlpflichtunterrichts eine Feuerwehrausbildung möglich werden könnte. Das ist, wie ich finde, ein sehr gutes Beispiel. Dort werden die

jungen Menschen – ich glaube, es sind jährlich so zwischen 10 und 20 Teilnehmer –, die erhalten dort die Truppmannausbildung Teil 1 und 2 und können mit dieser Ausbildung dann, wenn sie 16 sind, sofort auch in den aktiven Dienst ihrer freiwilligen Feuerwehr vor Ort in den Gemeinden tätig werden. Dadurch würde man bereits im jungen Alter – das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Professionalisierungsgrad, wir alle wissen das, die in freiwilligen Feuerwehren sind, dass es mitunter schwierig ist, auch dort alle Lehrgänge zu belegen –, und wenn wir das ein Stück weit auch in die Schule holen können, haben, glaube ich, nicht nur die Schulen, die jungen Menschen, sondern auch die Feuerwehren vor Ort und die Gemeinden etwas davon.

Darüber hinaus will ich noch auf ein Projekt eingehen, das heißt „Feuerwehr in der Schule“ und wird durch den Kreisfeuerwehrverband Mecklenburgische Seenplatte betreut. Dort gibt es eine feste Kraft, die wöchentlich an fünf bis sechs Schulen mit den örtlichen freiwilligen Feuerwehren zusammen den Schülerinnen und Schülern das Thema Feuerwehr näherbringt, auch erlebbar macht. Ich glaube, das ist ein sehr gutes Projekt, ähnlich wie in Pasewalk. Und mit diesem Antrag wollen wir dazu dienen und dazu aufrufen, zu prüfen, ob es finanziell möglich ist, dies auch auf weitere Kreise und kreisfreie Städte im Land auszuweiten.

Sie sehen also, ich glaube, wir haben es hier mit einem sehr guten Antrag zu tun, der zeigt, was alles möglich sein kann, wie wir ehrenamtliches Engagement jungen Leuten beibringen und wie wir auch dafür sorgen, dass unsere Hilfsorganisationen, dass unsere Vereine, unsere Feuerwehren von unten auch mit neuem Leben aufgefüllt werden und bereichert werden. Deshalb wünsche ich mir von Ihnen, dass wir heute mit großer Mehrheit diesen Antrag verabschieden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Andreas Butzki, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Reinhardt!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

(Sebastian Ehlers, CDU: Jetzt hören
wir auch ein bisschen besser zu,
Frau Oldenburg, bei Ihren Ermahnungen.)

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Von A wie Anton bis Z wie Zylinder, so heißt ein Kinderlexikon in der DDR oder der DDR, das bis heute immer wieder neu aufgelegt wird und wirklich sehr beliebt ist. Ich nehme an, dass dieses Meisterwerk dann wohl der Namensgeber für diesen Antrag gewesen ist, der nun nicht ganz so ein Kassenschlager ist wie sein Namenspatron, auch wenn er ihm im Umfang schon ein bisschen ähnelt.

Sie haben sich versucht am „A wie Abwechslung“. Da haben Sie ja nun aber wirklich nicht ganz so lange gesucht. Sie hätten auch „A wie Angeln“ nehmen können, oder „A wie Angebot“, dann wäre das nicht ganz so ein akrobatischer Akt geworden, den Sie hier fabriziert haben. Und bei etwas mehr Kreativität – und Herr Reinhardt ist darauf eingegangen – wären Sie auch nicht sofort zum „Z wie Zooschule“ gekommen, sondern wären erst zum „F wie Feuerwehr“, ...

(Sebastian Ehlers, CDU, und
Jens-Holger Schneider, AfD: „C wie Zukunft!“)

Darauf komme ich noch.

... wie Feuerwehr gegangen, denn alles oder das meiste rund um diesen 9-Punkte-Antrag hangelt sich ja um die Feuerwehr herum.

Aber genau das ist es. Gott sei Dank hat die CDU-Fraktion bei der Namensgebung des Antrages sich jetzt nicht durchsetzen können, denn – Frau Schwenke hat es vorhin gesagt – dann würde es nicht „Z wie Zooschule“ heißen, sondern „C wie ...“

(Zuruf aus dem Plenum: Ha, ha, ha!)

Es ist noch mal gutgegangen, und deswegen können wir ja froh sein.

Ich möchte einmal kurz auf den Beitrag eingehen des Herrn Schneider aus der AfD-Fraktion. Der Erlass „Lernen am anderen Ort“, der jetzt eben „Schulwanderungen und Schulfahrten“ heißt, ist nichts für Ganztagschule, ist nichts für volle Halbtagschule. In dem von Ihnen genannten Erlass geht es lediglich um Schulwanderungen und Studienfahrten sowie Klassenfahrten. Das hat nichts mit Ganztagschule zu tun, dieser Erlass hat nichts mit dem vorliegenden Antrag zu tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
So viel zu „N wie Nachhilfe“.)

Allerdings, sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, stellen Sie diesen Antrag zu einer Zeit, in der Sie bei den Lehrerinnen und Lehrern nicht auf offene Ohren stoßen werden, denn täglich findet – und das wissen Sie – an den Schulen der Kampf zwischen Distanzunterricht, Präsenzunterricht, Quarantäne und Anwesenheit statt. Und in dieser Zeit der großen Belastungen und der auch sehr, sehr großen Unsicherheit kommen Sie mit der Ganztagschule, der vollen Halbtagschule und mit Ihrem Werben um mehr Kooperation, und das, obwohl Sie wissen und es eben auch gesagt haben, dass jetzt ganz, ganz viele Schulen, bevor jetzt überhaupt die neue Verordnung erlassen wird, gar keinen Ganztagsunterricht mehr machen können, weil es eben entweder verboten ist, jahrgangsübergreifend zu arbeiten, was bei Ganztagschule normal ist, oder aber wir die Kooperationspartner nicht haben oder aber die Lehrkräfte nicht haben.

Ihr Antrag schadet nicht, nutzt aber auch in diesem Moment nicht so viel, wie er nutzen könnte, wenn wir ihn zu einer anderen Zeit hätten. Deshalb wird Ihr guter Ansatz – und das ist sehr schade – eben verrauchen und vielleicht sogar auch an den Schulen mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen.

(Marc Reinhardt, CDU: Das glaube ich nicht.)

Sehr geehrte Damen und Herren, was derzeit die Lehrerinnen und Lehrer umtreibt, ist den Schreiben der örtlichen Personalräte zu entnehmen, in denen sie über ihre tatsächlichen täglichen Sorgen, Probleme und zusätzlichen Belastungen berichten. Die Briefe sind auch dem Ministerium bekannt. Darin ist die Rede von einer höheren Arbeitsbelastung durch doppelte Vorbereitung für Präsenz- und Digitalunterricht, von einer permanenten Unterrichtsvertretung durch sehr hohe Krankenstände.

Weiter möchte ich wörtlich zitieren: „Alles in allem wird aus Sicht der Lehrkräfte durch den Dienstherrn die Lehrkräftearbeitszeit maximal ausgeweitet. Durch die Pandemie werden Tatsachen hinsichtlich einer veränderten Arbeitsorganisation geschaffen. Als Lehrkräfte erwarten wir, dass die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen nicht kaputtgespielt wird.“ Ende des Zitats.

So, wir haben gehört, nichts von Kooperationspartnern, kein Wort von der Truppmannausbildung der Feuerwehr während des Unterrichts – was ich alles richtig finde, Herr Reinhardt – und auch kein Sterbenswörtchen vom Teilprojekt „Feuerwehr in die Schule“, denn der Schuh drückt beim Lehrermangel von „A wie Anklam“ bis „Z wie Zinnowitz“.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist ja nicht weit. –
Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU)

Und ja, sicherlich möchten Sie mit diesem Antrag auch etwas gegen den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern tun, indem Sie mehr Kooperationspartner wollen, damit dann die Kurse, die jetzt durch die ausgebildeten Lehrkräfte noch gemacht werden, durch eben Zoologen, Künstlerinnen und Künstler und durch die Feuerwehr dann gemacht werden. Sie befeuern das Werben um Kooperationspartner. Das können Sie machen, das ist auch richtig, aber dann muss man das auch klipp und klar sagen, dass das auch etwas ist, um den Lehrermangel in Mecklenburg-Vorpommern, ich will nicht sagen zu kaschieren, aber zu minimieren. Das ist vollkommen richtig, aber das gehört zur Wahrheit dazu, dass man das dann auch sagt.

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Anliegen, die Gedenkstättenarbeit zu stärken und die Arbeit der Zeitzeugen zu unterstützen, haben Sie im Frühjahr abgelehnt. Nun greifen Sie unsere Idee, die Sie wirklich wortreich abgelehnt haben, in Ihrem Antrag auf und die wertvollen Monate des Zeitverzuges hätten wir uns wirklich sparen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind jetzt bei
„Z“ angekommen wie „Zeitzeugen“.
Das dauert einen Moment!)

Aber besonders putzig finde ich schon, dass Sie dann auch noch die Antwort auf meine Kleine Anfrage in Ihrer Begründung nutzen, um über die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit auszuführen. Also da muss ich wirklich sagen, da hätten Sie wirklich dann,

(Sebastian Ehlers, CDU: So aufmerksam lesen
wir die Kleinen Anfragen, Frau Oldenburg!)

jetzt zeigen Sie, dass Sie unseren Antrag vom Mai umsonst abgelehnt haben. Das sagen Sie mit Ihrem Antrag eindeutig. Eigentlich gestehen Sie den Fehler ein. Das können Sie beim nächsten Mal besser machen, indem Sie gleich zustimmen.

Deswegen hoffe ich auch, dass Sie unseren Änderungsantrag heute nicht ablehnen, denn so viel Zeit verbleibt Ihnen in dieser Legislaturperiode nicht mehr, unsere Ideen dann als Ihren Antrag in einigen Monaten dann hier auf den Tisch zu legen. Deshalb also bitte nicht einfach reflexartig ablehnen, sondern wirklich überlegen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht
„A wie Ablehnen“, sondern „Z wie Zustimmung“.)

ob wir außerschulische Kooperationspartner auch im regulären Unterricht wollen, in den Pflichtstunden. Das sagen Sie ja mit dem Wahlpflichtunterricht. Den würde ich wirklich nicht anrühren. Das ist auch die zweite Fremdsprache, der Wahlpflichtunterricht. Und in der Ganztagschule und in der vollen Halbtagsschule können genau die Angebote unterbreitet werden, die Sie hier erwähnen. Und deswegen ist es wichtig, dass im Wahlpflichtunterricht gefördert wird, Mathematikunterricht, Deutschunterricht, Geschichtsunterricht stattfindet, und am Nachmittag oder am Samstag kann dann der Kooperationspartner gerne den Unterricht ergänzen, aber nicht den Unterricht ersetzen.

Genauso überdenkenswert ist Ihr letzter Antragspunkt. Hier wollen Sie, dass über Ihre Änderungen und Prüfaufträge dem Bildungsausschuss bis Ende 2021 berichtet wird. Da wissen Sie, glaube ich, mehr als wir alle anderen. Und ich denke, es wäre gut und richtig, dass den jetzigen Abgeordneten, die diesen Antrag gestellt haben, auch das Ergebnis dann bekanntgegeben wird. Oder wissen Sie alle, dass Sie schon wieder in den Landtag gewählt werden, dass Sie dann auch gleichzeitig im Bildungsausschuss vertreten sind?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich würde es gut finden, wenn die jetzigen Antragsteller – und deswegen auch dahin noch mal den Änderungsantrag – auch die Ergebnisse haben, denn ich nehme an, und das habe ich den Vorrednern entnommen, dass Sie es sehr, sehr ernst meinen mit diesem Antrag. Also möchte ich eigentlich Ihnen unterstellen, dass Sie auch die Ergebnisse wissen möchten. Und niemand von Ihnen weiß, ob er in der nächsten Legislaturperiode wieder hier drin ist und ob er wieder im Bildungsausschuss sitzt. Aber das müssen Sie entscheiden, ob Sie dahin gehend unseren Änderungsantrag annehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, um beim Namen des Antrages zu bleiben, um „A wie Annahme“

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

und nicht um „A wie Ablehnung“ zu unserem Änderungsantrag,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Hätte auch „Z wie Zustimmung“
sein können.)

denn Ihr Antrag bekommt von meiner Fraktion auch ein „Z wie Zustimmung“. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Fraktionsvorsitzende, mir liegt noch ein Antrag auf Kurzintervention von Herrn Schneider vor.

Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Frau Oldenburg, auf dem Schulserver „www.bildung-mv.de“ steht: „Der ursprüngliche Erlass ‚Lernen am anderen Ort‘ wurde überarbeitet und umbenannt in ‚Durchführung von Schulwanderungen und Schulfahrten an öffentlichen all-gemein bildenden und beruflichen Schulen‘.“

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wollen Sie jetzt ... Ist das eine Frage?

(Andreas Butzki, SPD:
Eine Frage gibt es ja nicht.)

Jens-Holger Schneider, AfD: Insofern habe ich,

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist eine Kurzintervention.)

ich wüsste nicht, wo ich da irgendwie was falsch erzählt hätte.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Doch, das haben Sie schon.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte! Frau Fraktionsvorsitzende, möchten Sie auf die Kurzintervention erwidern? Bitte schön!

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Selbstverständlich, sehr gerne.

Das ist komplett falsch, was Sie gesagt haben. Auch der Erlass „Lernen am anderen Ort“ behandelte Klassenfahrten und Studienfahrten, aber nicht eben Ganztagschulangebote und Halbtagsschulangebote. Es mag eine Irreführung in dem Titel gewesen sein, „Lernen am anderen Ort“. Damit waren grundsätzlich nur Klassenfahrten, Studienfahrten und Wandertage gemeint. Das meint aber nicht dieser Antrag der Koalition. Der meint unterrichtsergänzende Angebote durch Kooperationspartner, die in den Ganztagschulen, vollen Halbtagsschulen stattfinden. Das hat mit Klassenfahrten und Studienfahrten nichts zu tun.

(Horst Förster, AfD: Auch was.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD noch einmal Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Erst mal herzlichen Dank für die gute und interessante Diskussion. Es haben wirklich nur ganz wenige das Haar in der Suppe gesucht und im Prinzip alle unseren Antrag für gut befunden.

So, jetzt noch mal zu einigen Dingen, die hier aufgeworfen wurden. Wir hatten einige Anfragen von Trägern. Zum Beispiel die Kunstschule kam auf mich zu, sie würden gerne in Schule arbeiten. Der Landwirtschaftsminister hat gesagt, er könnte sich vorstellen, dass ja die Situation in den Schulen, in den Räumen sehr beengt ist, dass man vielleicht auch einiges nach draußen verlegen kann, Biologieunterricht oder andere Fächer, und dass man dann sagt, versucht doch mal diese außerschulischen Kooperationspartner.

Ich hatte gesagt, wir haben den Antrag zu einer Zeit entwickelt, da war die Pandemiesituation eine wesentlich andere, als wir sie derzeit haben. Natürlich ist das jetzt eine schwierige Situation. Und die Schulen haben, klar haben die andere Probleme, als jetzt im Augenblick sich mit außerschulischen Lernorten zu beschäftigen. Das ist alles klar.

Zu dem Vorwurf mit der Ablehnung des Antrages: Ich habe gerade noch mal eine Info gekriegt. Den Antrag haben wir abgelehnt, weil der Geschichtsunterricht zu dem Zeitpunkt erhöht werden sollte. Das haben wir abgelehnt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir hätten eine Einzelpunkt abstimmung machen können.)

Ja, aber das war ein Punkt. Und ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Haben wir nicht gemacht.)

Nein, haben wir nicht. Wir haben den Antrag, weil da drin stand, der Geschichtsunterricht sollte da erhöht werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum hat der Teufel seine Großmutter erschlagen?)

deswegen haben wir das letztendlich so gemacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil er keine Ausreden mehr wusste!)

So, und noch einmal, wir wollten insbesondere mit dem Antrag aufzeigen,

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

noch einmal aufzeigen, welche Möglichkeiten für Schulen, insbesondere für die Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern bestehen, um wirklich den Unterricht praxisnah und erlebnisreich zu gestalten, die Schönheiten unserer Heimat allen ins Gedächtnis zu rufen und ein großes Dankeschön allen Akteuren zu sagen, die dazu beitragen.

Jetzt kurz zu den Änderungsanträgen. Man könnte jetzt eine Vielzahl von Institutionen noch mit aufzählen. Klar sind die jetzt auch alle mit erwähnt worden, aber vieles ist in der Verwaltungsvorschrift „Berufs- und Studienorientierung an allgemein bildenden ... Schulen“ geregelt. Deswegen haben wir gesagt, der Antrag ist schon sehr, sehr umfangreich, und deswegen haben wir gesagt, das nicht.

Zu den Änderungspunkten der LINKEN: Die unter Punkt 1 und 2 benannten Punkte beziehen sich ausschließlich auf den Unterricht. Damit wird auch die Handlungsweise der selbstständigen Schule doch, denke ich, einiges eingeschränkt. Und bei den Teilnehmerkosten muss man auch ganz deutlich sagen, es kann nicht alles das Land übernehmen. Bei vielen Sachen ist natürlich auch der Schulträger gefragt. Und Fakt ist auch, alles, wenn das, ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Bildung ist aber kostenlos.)

Ja.

... wenn das irgendwas kostet, muss die Schule entweder eine Regelung finden oder es kann in dem Falle nicht so gemacht werden.

Und die Datierung – wir haben lange überlegt, zu welchem Zeitpunkt Berichterstattung ist. Na klar ist der Mai der logische Termin, aber wir haben jetzt eine besondere

Situation. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass wir im Bildungsausschuss den Mai-Termin noch mal aufrufen. Wir wissen jetzt nicht, was in den nächsten Monaten passiert. Ich hoffe natürlich, dass auch die Impfung bei uns zügig vorstättengeht, dass wir dann auch wesentlich anders wieder Schule gestalten können.

Ich wollte jetzt eigentlich meinen Beitrag schließen, aber Herr Ritter hat so gebeten, dass ich noch einige Punkte erwähne. Und ich werde nur den Bereich Kultur nehmen, um mal aufzuzeigen, was in einer Stadt mit einer Einwohnerzahl von rund 20.000 Einwohnern, der neuntgrößten Stadt des Landes, alles möglich ist. Das ist die Stadt Neustrelitz, meine Heimatstadt.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU)

Neustrelitz ist seit vielen Jahren, denke ich, ein anerkannter Kulturstandort. Und jeder, der schon mal da war, hat das, denke ich, auch schon miterlebt. Das Interesse wird insbesondere bei Kindern und Jugendlichen für die Kultur sehr früh geweckt. Es gibt zum Beispiel eine sehr gute Kreismusikschule. Das ist dem geschuldet, wir hatten lange auch ein Orchester bei uns in der Stadt. Das hat natürlich eine gewisse Tradition. Wir hatten sehr gute Musikschuldirektoren, die das natürlich toll vermitteln konnten, und deswegen ist diese Musikschule in Verbindung jetzt mit Kon.centus auch mit Neubrandenburg, denke ich, überregional sehr bekannt.

Wir haben eine anerkannte Kunstschule, die unterstützt verschiedene Projekte. Die war jetzt auch in letzter Zeit mit Schulen viel noch zusammen. Dort habe ich vor Kurzem auch mit dem Leiter der Kunstschule gesprochen, wie wir das dann auch noch erweitern können.

Wir haben ein gut entwickeltes Kulturzentrum Alte Kachelofenfabrik, insbesondere für Filminteressierte, ungefähr so wie Latücht in Neubrandenburg, so gibt es auch für Filminteressierte dort Möglichkeiten. Wir haben die Deutsche Tanzkompanie natürlich, die auch Tanzprojekte mit Schulen anbietet. Wir haben natürlich die Theater und Orchester GmbH. Das ist für jede Stadt natürlich eine Wohltat, da auch einiges zu machen. Wir haben das städtische Kulturquartier, die Alte Post mit Bibliothek, Archiv, Dauerausstellung, wo man viele Kunst- und Geschichtsprojekte durchführen kann.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sind Sie vom Stadtmarketing bezahlt?)

Und wir haben auch das Slawendorf am ...

(Thomas Krüger, SPD: Dann muss jetzt „Werbung“ eingeblendet werden!)

Ja, genau. Aber Herr Ritter wollte ja auch die Aussagen, und dann will ich auch schließen.

Natürlich haben wir in der Umgebung auch einige tolle Einrichtungen, die auch intensiv genutzt werden. Wir haben die Fallada-Bildungseinrichtung in Carwitz. Wer da schon mal da war, kann sich wirklich mit dem Leben von Hans Fallada beschäftigen. Wir haben das neu gestaltete Schliemann-Museum in Ankershagen, das ist wirklich jetzt absolutes Bundesliga-Niveau. Das ist nicht irgendwie dritte oder vierte Klasse, das ist wirklich ein Spitzenmuseum. Da kann ich alle bloß einladen, da mal hinzufahren.

ren. Wir haben natürlich die Königin-Luisen-Gedenkstätte in Hohenzieritz, wir haben das 3-Königinnen-Palais und das Schloss in Mirow. Und, Herr Ritter, wir haben das Reuter-Museum in Stavenhagen, das natürlich auch von den Schulen genutzt wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut! Sehr gut!)

Auf die anderen Punkte werde ich dann verzichten, und ich danke für die Aufmerksamkeit und erwarte eigentlich, dass viele, viele zustimmen, diesem Antrag. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Butzki, auch für den sehr umfangreichen Werbeblock für die Stadt Neustrelitz.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5645 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Z wie Zustimmung“.)

Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke! Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/5645 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete und im Übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5658 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/5658 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie Enthaltung durch die fraktionslose Abgeordnete abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/5605 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/5605 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie der fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltung durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten zugestimmt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Wohnheimprogramm für Studierende auflegen, Drucksache 7/4308, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Drucksache 7/5572.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Wohnheimprogramm für Studierende auflegen
– Drucksache 7/4308 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung,
Wissenschaft und Kultur (7. Ausschuss)
– Drucksache 7/5572 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vorsitzende des Bildungsausschusses Herr Jörg Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt auf Drucksache 7/5572 die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 7/4308 „Wohnheimprogramm für Studierende auflegen“ vor.

Meine Damen und Herren, für Studierende gehört zur Entscheidung für oder gegen einen Studienort neben der Attraktivität der Hochschule auch die Wohnsituation der jeweiligen Stadt. Wohnungsnot für Studierende und angespannte Wohnungsmärkte an Hochschulstandorten sind heutzutage leider keine Seltenheit. Hinzu kommt, dass Studierende auf dem Wohnungsmarkt zunehmend in Konkurrenz zu einkommensschwachen Gruppen stehen. Die ohnehin schon schwierige Situation hat sich infolge der Corona-Pandemie, insbesondere durch den Wegfall von Nebenjobs vieler Studierender, weiter verschärft. Die Bereitstellung guten, bezahlbaren Wohnraums durch die Studierendenwerke ist daher überaus wichtig, insbesondere, um auch für die Zukunft attraktive Studienbedingungen bieten zu können. Der Bedarf an Wohnheimplätzen ist schon jetzt hoch und wird auch in Zukunft noch steigen.

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht vor, die Schaffung von Studierendenwohnraum zu fördern. Ab diesem Jahr kann der Bund zweckgebundene Finanzhilfe für den sozialen Wohnungsbau gewähren. Diese Mittel können auch für den Bereich studentischen Wohnens eingesetzt werden. Darüber hinaus ist aber eine mittelfristig planbare Finanzierung für Studierendenwerke erforderlich. Der Bildungsausschuss hat daher einvernehmlich die Beschlussempfehlung erarbeitet, wonach sich die Landesregierung unter anderem auf Bundesebene für ein Förderprogramm zum Erhalt und Ausbau des Studierendenwohnraums einsetzen soll.

Meine Damen und Herren, im Namen der Mehrheit des Bildungsausschusses möchte ich Sie bitten, der Beschlussempfehlung zu folgen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Martin.

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Beginn des eigenen Studiums ist eine spannende Zeit. Ein Großteil unserer Studienanfängerinnen und Studienanfänger entscheidet sich zumeist direkt nach der

Schule für den Schritt ins Studium, wenn es dann dieser Schritt ist. Und auf einmal wird alles ganz anders. Viele stehen dann das erste Mal komplett auf eigenen Beinen, müssen entscheiden, wo sie wohnen, was sie tun, wie sie leben, eine völlig neue Umgebung sehr oft. Und da laufen zu Recht sehr viele Fragen auf. Nahezu alles ist ja neu und ungewohnt.

Gerade wenn es um das Wohnen geht, brauchen viele Studierende Hilfe, denn vor allen Dingen an unseren Universitätsstandorten ist es alles andere als einfach, guten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Deswegen bin ich sehr froh, dass unsere Studierendenwerke für viele dieser Themen – Wohnen vor allen Dingen, aber auch viele andere Bereiche – ein ganz kompetenter Ansprechpartner sind. Die machen hervorragende Arbeit bei uns im Land. Sie umsorgen unsere Studierenden in allen Lebenslagen – von der Verpflegung bis zum Wohnen und eben ganz viele andere Angebote auch.

Auch wenn in den vergangenen Jahren viel passiert ist im Bereich Wohnen für Studierende und aktuell auch einige große Bauprojekte laufen, ist trotzdem die Wohnungsnot der Studierenden vor allen Dingen an den Universitätsstandorten immer noch akut. Dass wir mehr Wohnungen für unsere Studierenden in vernünftiger Qualität und vor allen Dingen auch zu angemessenen Preisen brauchen, das dürfte ja Konsens sein unter uns. Und deshalb freue ich mich auch darüber, dass wir so einvernehmlich das Votum aus dem Bildungsausschuss erhalten haben, dass hier diese gemeinsame Beschlussempfehlung eingebracht wird. Mit dieser stellen Sie heute gemeinsam die Weichen, um langfristig qualitativ guten und bezahlbaren Wohnraum für die Studierenden zu schaffen, wohlgemerkt angeboten und betreut durch unsere Studierendenwerke.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wohnqualität ist für viele Studierende, wenn sie sich entscheiden für einen Studienstandort, dann ist die Wohnqualität für sie ein wichtiger Aspekt. Da haben wir bereits in der Vergangenheit auch viele Anstrengungen unternommen, um auch im Wettbewerb um die Studierenden gut vorne zu stehen. Seit Bestehen dieses Bundeslandes hat das Land mehr als 40 Millionen Euro investiert. Zusätzlich erfolgte eine indirekte Förderung des Studentenwohnraumbaus durch das Land in Form von kostenlosen Nutzungsüberlassungen von Grundstücken sowie durch die Einräumung von unentgeltlichen beziehungsweise auch von ermäßigten Erbbaurechten.

Seit 2016 forcieren wir unsere Anstrengungen wieder erheblich. Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, dass den Studierendenwerken bis zum Jahr 2020 7 bis 8 Millionen Euro zur Verfügung stehen, also im Moment. Diese Mittel werden durch das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung den Studierendenwerken auf Antrag bereitgestellt. Und dazu wurden beziehungsweise werden circa 6,1 Millionen in die Wohnheime in der Bachstraße und der Makarenkostraße in Greifswald investiert und auch in Rostock in das Wohnheim in der Ulmenstraße. Die Planungen für den weiteren Ausbau des Wohnheims in der Max-Planck-Straße in Rostock haben auch bereits begonnen.

Doch zurück zur Landessituation insgesamt: Im Bundesdurchschnitt stehen wir mit unseren aktuellen Angeboten des studentischen Wohnens durchaus ganz gut da, zumindest was die Durchschnittszahlen angeht, denn wäh-

rend bundesweit etwa 9,4 Prozent aller Studierenden mit studentischem Wohnraum versorgt werden, sind es in Mecklenburg-Vorpommern 11,3 Prozent. Das hört sich gut an, aber wenn man genau hinguckt, ist das natürlich sehr unterschiedlich. Das ist der Landesdurchschnitt, Unterschiede gibt es. In Wismar und Neubrandenburg liegen die Quoten sogar bei 18,4 beziehungsweise 19,5 Prozent, Stralsund folgt mit 11,8 Prozent. In Rostock und Greifswald sind die Quoten geringer. Wenn jetzt die Neubauten, die ich gerade erwähnt habe, fertiggestellt werden, werden sie dann bei 11,3 und 9,4 liegen. Aber das ist eben maximal der Bundesdurchschnitt.

Meine Damen und Herren, in Ergänzung zu den Landesförderungen ermöglichen wir es den Studierendenwerken über das Studentenwerkgesetz, selbstständig zu bauen und dafür auch Kredite aufzunehmen. Davon haben die Studierendenwerke im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der vergangenen Zeit auch rege Gebrauch gemacht. In den letzten 20 Jahren wurden so etwa 25 Millionen investiert. Doch diese Fremdkapitalfinanzierung stößt jetzt an ihre Grenzen. So hat das Studierendenwerk Greifswald die Kreditobergrenze bereits erreicht und Rostock folgt, gerade auch diese Kreditobergrenze zu erreichen.

Wenn wir also auch künftig den attraktiven Studienstandort Mecklenburg-Vorpommern mit ausreichenden und bezahlbaren Angeboten an Wohnheimplätzen erhalten wollen, müssen wir uns jetzt über die Finanzierung der künftigen Bedarfe bei den Studierendenwerken Gedanken machen, denn die Investitionen für die kommenden Jahre schätzen wir auf mindestens 20 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund begrüße ich es ausdrücklich, auf Initiative der LINKEN, dass da ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE auf den Weg gebracht wurde, ein breiter Konsens erzielt wurde. Die vorliegende Beschlussempfehlung hat da einen langen Weg und intensive Beratungen auch hinter sich, und dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

Es geht jetzt darum, dass wir auf Bundesebene auch darum werben und uns dafür einsetzen, dass dort der Verantwortung nachgekommen wird, sich um das studentische Wohnen in Deutschland, aber dann auch natürlich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern zu kümmern. Wir werden eine Bundesratsinitiative als Land auf den Weg bringen. Mit Ihrem Antrag wird uns das möglich werden. Das tun wir natürlich gerne als Land, und wir werden uns selbstverständlich auch bei den anderen Bundesländern starkmachen dafür, dass dieser Antrag dann auch eine Mehrheit findet. Deswegen bedanke ich mich recht herzlich und wünsche uns dann später einen schönen Feierabend.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Obereiner.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag verfolgt mehrere Ziele. Zum einen soll die Bundesregierung die Finanzierung studentischen Wohnraums unterstützen. Da haben die LINKEN in ihrem Antrag 45.000 Wohnheimplätze ins Auge gefasst, und nach Königsteiner Schlüssel wären das dann etwa so vielleicht 900 für Mecklenburg-Vorpommern. Das würde ja auch in etwa dem Bedarf entsprechen. Die Ministerin sagte schon,

dass in Wismar und in Neubrandenburg die Situation eigentlich recht komfortabel sei im Gegensatz zu Rostock, Greifswald und auch Stralsund, wo wir halt zu wenig Wohnheimplätze haben.

Ich habe der Presse entnommen, dass in Rostock bis 2025 340 neue Wohnheimplätze geschaffen werden sollen, in Greifswald 150. Die Straßen nannte die Ministerin ja auch, wo die errichtet werden sollen. Das ist natürlich, wenn der Bund das finanziert, ist das in Ordnung, dagegen haben wir nichts. Wenn man jetzt aber versucht, dort die Mittel aus der sozialen Wohnraumförderung für den studentischen Wohnungsbau einzusetzen, das sehen wir skeptisch. Wir denken, das sollte eher für sozial Schwache, insbesondere Familien, vorbehalten sein, und deshalb werden wir den Antrag ablehnen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arpe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, uns ist allen bewusst, dass zu einem attraktiven Hochschulstandort auch die Möglichkeit gehört, in einem Studenten- oder Studierendenwohnheim dann auch unterzukommen und dort sein Studium erfolgreich meistern zu können. Sie können aus der Drucksache zur Kenntnis nehmen, dass für das Studentenwohnraumprogramm oder für die Initiative seit 2003 mehr als 40 Millionen Euro schon investiert wurden und die Studierendenwerke seit 2000 circa 25 Millionen auch selbst hier investieren konnten, um eben entsprechende Bedarfe auch zu decken.

Wir stellen aber jetzt fest, insbesondere in Rostock – und ich hoffe, jetzt kommt nicht schon wieder der Vorwurf, ich würde zu viel über Rostock reden,

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Viel zu viel!
Viel zu viel!)

aber gerade bei diesem Thema ist es nun mal vor allem in den beiden Universitätsstädten Rostock und Greifswald ein wichtiges Thema – geht es hier darum, entsprechenden Wohnraum vorzuhalten, und wir haben durch unterschiedliche Umstände, insbesondere eben in Rostock, festgestellt, dass doch hier ein größerer Bedarf ist, nicht nur zu sanieren, sondern eben auch neu zu bauen.

Und Sie können lesen, dass in den Eckwerten der Landesregierung zur Hochschulentwicklung ja auch ein Bekenntnis abgegeben wurde und dass in diesem Planungszeitraum dann auch Fördermittel im Umfang von bis zu 8 Millionen Euro für die Sanierungen zur Verfügung gestellt werden und dass wir eben im Doppelhaushalt 2021 ja bereits ohne den Nachtrag schon weitere 2 Millionen Euro eingestellt haben für den Bau. Ich denke, dass die Initiative, die wir ja hier im Konsens erarbeitet haben, wofür ich sehr dankbar bin – also nicht nur die Koalition, sondern auch die Fraktion DIE LINKE, die ja sozusagen mit ihrem Antrag den Ursprung dieser Initiative ausmacht –, dass es gut war, sich zusammenzuset-

zen und miteinander dieses Thema zu beraten, weil das ist kein Thema, womit man großartig parteipolitisch Profit erheischen sollte, sondern es ist einfach ein wichtiges Thema, insbesondere in den beiden genannten Städten.

Und ich finde es richtig, dass man natürlich den Bund hier bittet, mit einem neuerlichen Förderprogramm noch mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Aber ich glaube, das alleine reicht nicht, ich glaube, wir als Land Mecklenburg-Vorpommern haben da eben auch eine eigene Verantwortung. Das ist ein originäres Landesthema, also Hochschulen und Wissenschaft, und da gehört das eben dazu. Und deswegen ist es auch wichtig, dass wir hier Grundlagen schaffen, dass wir auch aus Landesmitteln oder Bundes-/Landesmitteln, wenn ich jetzt an die soziale Wohnraumförderung denke, dass wir da entsprechend auch versuchen, hier Landesmittel in die Hand zu nehmen

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

und dass wir natürlich auch dann auf die Förderrichtlinie, die nach meiner Kenntnis noch nicht da ist, aber dass die dann irgendwann kommt und dass wir hier entsprechende Mittel auch entnehmen können, um hier dem Ganzen noch einen finanziellen Anschlag zu geben.

Vieles ist schon gesagt worden, deswegen möchte ich mich abschließend nur noch mal bedanken für das konstruktive Miteinander bei diesem Thema. Und ich denke, das sind zwei Ansätze, die vielleicht dafür Sorge tragen, dass wir ein Stück weit das studentische Wohnen in den beiden Städten, aber auch in den anderen Hochschulstädten ein bisschen forcieren. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Peters!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Frau Kröger.

(Marc Reinhardt, CDU:
Auch eine Rostockerin, ne?!)

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist Freitag, es ist der letzte Tagesordnungspunkt, da tun sich manche schon ein bisschen schwer, die Aufmerksamkeit lässt nach, aber es ist ein wichtiges Thema. Und für uns ist es ja heute schon fast wie Weihnachten. Ja, tatsächlich ist es das zweite Mal jetzt in dieser Landtagssitzung, dass ein Antrag oder ein Thema, ein Antrag, der auf Initiative der LINKEN hier in den Landtag gekommen ist, über den Weg im Ausschuss dann gemeinsam beraten, hier wieder zurückkommt und beschlossen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Das ist nicht nur wie Weihnachten, sondern bei uns gibt es ja immer Sekt, wenn so was passiert. Deswegen sind wir bedauerlicherweise sehr häufig durstig, denn leider passiert es nicht so oft.

Zu dem Thema vielleicht ganz kurz: Das Deutsche Studentenwerk hat auch vor Kurzem bestätigt, dass Studierende nach wie vor händeringend bezahlbaren Wohn-

raum suchen, auch während der Pandemie, auch jetzt in der Pandemie-Situation. Deshalb ist der Plan, dass der Bund sich gemeinsam mit den Ländern für den Neubau und natürlich auch für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum für Studierende einsetzt. Wir machen also heute zusammen auf jeden Fall alles richtig: Wir beschließen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzt für ein Förderprogramm.

Für uns als LINKE wäre es natürlich ideal, wenn der Weg eines Hochschulsozialpaktes gegangen wird, der sowohl Wohnheimplätze als auch soziale Infrastrukturen an den Hochschulen in den Blick nimmt, aber diesen Schritt kann man vielleicht später mal gemeinsam gehen. Warum? Junge Menschen mit wenig Geld haben es sehr schwer auf dem Wohnungsmarkt. Das betrifft auch einige Kommunen hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich habe vorhin die Situation in der Pandemie schon angesprochen und will nur einmal kurz darauf verweisen, Sie wissen, dass es während der Pandemie-Krise auch finanzielle Hilfen für Studierende gab, die natürlich auch betroffen waren von der Situation. Und allein die Annahme dieser Nothilfen, dieser staatlichen Nothilfen, hat noch mal bewiesen, dass es viele Studierende gibt, die von einer sogenannten strukturellen Armut betroffen sind. Deshalb brauchen sie kleine Mieten, sie brauchen die Studierendenwerke und sie brauchen die Entscheidung, dass Bund und Länder gemeinsam bezahlbaren Wohnraum fördern. Es obliegt den Ländern, zu entscheiden, ob die Mittel für die soziale Wohnraumförderung, für dieses Vorhaben geöffnet werden. Wir entscheiden uns heute dafür, und das finde ich auch richtig.

Gar keine Frage, Studierende dürfen natürlich nicht in Konkurrenz gesetzt werden und gesehen werden mit anderen Menschen, die es auf den angespannten Wohnungsmärkten schwer haben. Und die gibt es natürlich: Das sind Menschen, die von Altersarmut betroffen sind, das sind Hartz-IV-Bezieherinnen und Hartz-IV-Bezieher, chronisch kranke Menschen, Alleinstehende, Alleinerziehende – sie alle konkurrieren um bezahlbaren Wohnraum. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Mittel für die soziale Wohnraumförderung ausgeben für den Bau von Sozialwohnungen. Und solange das noch nicht gelingt, dass diese Mittel gänzlich ausgegeben werden, ist es in Ordnung, auch Wohnheimplätze für Studierende zu schaffen. Denn wenn Wohnraum – bezahlbarer Wohnraum – für Studierende geschaffen wird, dann entlastet das auch den Wohnungsmarkt, dann entspannt das auch den Wohnungsmarkt, dann werden auch Wohnungen für größere Familien frei. Sie kennen das, dass die jungen Leute gerne in WGs ziehen. Junge Menschen wollen da wohnen, wo junge Menschen leben. Und deswegen schaffen Wohnheimplätze und Studierendenapartments hier auch Luft auf angespannten Wohnungsmärkten.

Einen kurzen Blick noch, einmal noch der Hinweis, wie wichtig es ist für Studierende, für junge Leute, bezahlbaren Wohnraum zu haben: Alle Jahre wieder wird statistisch erhoben, wie viel geben Studierende eigentlich aus für einen Wohnheimplatz, für ein WG-Zimmer, für ein Apartment: teilweise – natürlich mit großen Unterschieden in Deutschland, gar keine Frage –, aber teilweise bis zu 55 Prozent ihrer finanziellen Mittel, die sie jeden Monat zur Verfügung haben. 55 Prozent – also das ist deutlich zu viel. Deshalb ist es so wichtig, dass man da Unterstützung leistet.

Für Rostock – der Kollege Peters hat es schon angesprochen –, gerade für Rostock ist das Thema nicht nur ein wesentliches, weil wir den jungen Leuten dabei helfen wollen, in der Stadt zu studieren und bezahlbaren Wohnraum zu finden, sondern wir reden ja sehr viel über Segregation in der Stadt, also die räumliche Trennung von Bevölkerungsgruppen, und wir wollen natürlich, dass Studierende nicht nur in den sogenannten Szenevierteln wohnen wollen, wo es Cafés und Infrastrukturen und Läden und Kultur gibt, sondern dass auch in anderen Stadtteilen gemeinsam mit Genossenschaften oder den kommunalen Wohnungsunternehmen dort Räume für Studierende geschaffen werden, denn das zieht an, das wertet die Quartiere auf und hilft auch, die soziale Spaltung hier zu lindern.

Am Ende möchte ich mich bedanken bei meinem Kollegen Karsten Kolbe, der hier tatkräftig unterstützt hat, dass das Thema heute gemeinsam beschlossen wird, genauso auch wie der Kollege der SPD, Dirk Stamer, der heute nicht hier sein kann, und natürlich der Kollege aus Rostock von der CDU, Daniel Peters.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vielen Dank für die Zusammenarbeit, dass wir heute gemeinsam hier den Studierenden Unterstützung geben können, denn wir wissen, wie händeringend sie unsere Hilfe brauchen! Und jetzt heißt es natürlich, dass man sich sputet und alle notwendigen Schritte auch mit Blick auf die Richtlinie schnellstmöglich umgesetzt werden, damit wir nicht bummeln, sondern bezahlbaren Wohnraum schaffen. – Vielen Dank und frohe Weihnachten!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und Martina Tegmeier, SPD – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Albrecht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ich nehme „Weihnachten“ zurück.)

Nein, Frau Kröger, schöne Weihnachten kann man auch jetzt schon wünschen.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin! – Andreas Butzki, SPD: Aber zumindest einen schönen dritten Advent!)

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wie Sie unschwer erkennen können, bin ich nicht Dirk Stamer, der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion,

(Heiterkeit bei Karsten Kolbe, DIE LINKE: Wo du es sagst jetzt.)

sondern ich bin zuständig für den Bereich Bauen und Wohnen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und deshalb passt das ganz gut, dass ich ihn vertreten kann. Ich habe das sehr gerne gemacht. Er liegt leider mit Mandelentzündung zu Hause im Bett.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Von dieser Stelle aus die besten Genesungsgrüße!

Wir beraten heute erneut den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Auflage eines Wohnheimprogramms für Studierende, mit dem wir uns nach der Überweisung im Ausschuss intensiv befasst haben und die Ihnen heute vorliegende Beschlussempfehlung gemeinsam erarbeitet haben. Als der ursprüngliche Antrag von der Fraktion DIE LINKE eingebracht wurde, war unser aller Leben und auch das Leben, die Lehre an den Universitäten und Hochschulen unseres Landes sowie die finanzielle Situation der Studierenden noch nicht durch Corona beeinflusst. Bereits zu dem Zeitpunkt war aber der Handlungsdruck schon groß.

Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass der Handlungsbedarf sich mit den pandemiebedingten Einschränkungen und teilweise wegfallenden Studierendenjobs massiv verschärft hat. Die Hochschulen haben sich umgehend selbst bei ihrer Unterstützung für die Studierenden engagiert. Das Land hat für ausländische Studierende kurzfristig Hilfe zur Verfügung gestellt, die von keiner anderweitigen Unterstützungsmöglichkeit Gebrauch machen konnten. Die Überbrückungshilfe des Bundes läuft gerade wieder an und die Zinsfreistellung für KfW-Kredite wurde kürzlich durch das BMBF verlängert. Es ist kein Geheimnis, dass wir eine Unterstützung im Rahmen einer BAföG-Regelung für eine fairere Lösung gehalten hätten und immer noch halten.

Die Wohnsituation hat sich für viele Studierende verschärft, deren Nebenjob weggefallen oder das damit verbundene Einkommen sich zumindest verringert hat. Wie eingangs erwähnt, ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt ohnehin angespannt. Der Ursprungsantrag der LINKEN zielte darauf ab, mittels Engagement auf Bundesebene die Wohnungssituation für Studierende im Rahmen eines Wohnheimprogramms zur Schaffung von bundesweit mindestens 45.000 zusätzlichen Wohnheimplätzen in Trägerschaft der Studierendenwerke zu verbessern. Entweder sollten dafür zur Förderung studentischen Wohnraums zusätzliche zweckbestimmte Mittel im Rahmen der Wohnraumförderung des Bundes oder aber eine Grundfinanzierung der Studierendenwerke durch den Bund zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag wurde auch von uns in den Bildungsausschuss überwiesen, da die Finanzierung des studentischen Wohnens durch die Studierendenwerke auch aus unserer Sicht langfristig gesichert werden muss, um die Attraktivität des Studienstandortes Mecklenburg-Vorpommerns zu gewährleisten. Die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU im Land sieht vor, dass den Studierendenwerken bis 2020 7 bis 8 Millionen Euro für den Bau und die Modernisierung von Wohnheimen zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sind zum Teil verbraucht oder bereits geplant. Für die nächsten zehn Jahre gibt es einen geschätzten Bedarf in Höhe von über 23 Millionen Euro, um langfristig den Bestand studentischer Wohnheimplätze in Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist vereinbart worden, zur Schaf-

fung studentischen Wohnraumes unter anderem auch Wohnheimplätze zu fördern. Um dies umzusetzen – und mit der Änderung des Artikels 104d des Grundgesetzes –, kann der Bund nun den Ländern zweckgebundene Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau gewähren. In dem Zeitraum 2020 bis 2021 sind dafür 2 Milliarden Euro vorgesehen. Diese können auch für Zuschüsse zum Bau und zur Sanierung von Wohnheimen der Studierendenwerke verwendet werden.

Meine Damen und Herren, mit der vorliegenden Entschließung, zu der sich die AfD im Ausschuss enthalten hat, wollen wir die Landesregierung auffordern, sich auf Bundesebene für die Auflage eines Förderprogramms für den Erhalt und Ausbau von Studierendenwohnraum einzusetzen, zum Beispiel durch die Aufstockung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung, und, wie gesagt, zusätzlich, Herr Obereiner, sollen diese Mittel kommen. Zudem sollen jetzt schon im Ausnahmewege der Neubau und die Grundsanierung von Studierendenwohnungen aus Mitteln der sozialen Wohnraumförderung zugelassen werden. Dabei soll die Nutzung allen Studierenden möglich sein und nicht nur denen mit Wohnberechtigungsschein.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, unsere Landesregierung hat sich in den Eckpunkten zur Hochschulentwicklung klar zur Unterstützung der Studierendenwerke bei der Versorgung der Studierenden mit günstigem Wohnraum bekannt. Darüber hinaus förderte das Land den Bau neuer Wohnungen für Studenten zuletzt mit dem Doppelhaushalt 2020/21. Hierin wurde zusätzlich auf Intention der SPD-Fraktion pro Jahr 1 Million Euro als zweijähriges Sonderprogramm zur Schaffung von weiteren Studierendenwohnungen aufgelegt. Dass qualitativ guter und bezahlbarer Wohnraum durch die Studierendenwerke angeboten werden kann, ist eine wichtige Voraussetzung, um auch in Zukunft attraktive Studienbedingungen zu bieten. Bereits derzeit besteht ein besonders hoher Bedarf an Wohnheimplätzen, der auch in Zukunft nicht abnehmen wird.

Meine Damen und Herren, nach Angaben des Deutschen Studentenwerkes hat die Zahl der Studierenden seit 2007 bundesweit zwar um 48 Prozent zugenommen, die Zahl der öffentlich geförderten Plätze in Wohnheimen jedoch nur um circa 8 Prozent. Nach der Prognose der Kulturministerkonferenz sind bis 2030 inklusive internationaler Studierender jährlich konstant hohe Studienanfängerzahlen von circa 500.000 zu erwarten. Das Niveau der Anzahl der abgelehnten Wohnheimplätze ist an den Standorten Greifswald, Neubrandenburg und Stralsund seit 2012 gleichbleibend hoch, nur in Wismar mussten keine Anträge abgelehnt werden, in Rostock, in meiner Heimatstadt, leider dafür aber 2019 dreimal so viele – 1.318 – wie noch vor sieben Jahren, da waren es noch 421.

Die vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau von 2 Milliarden Euro sind ein sehr wichtiger sozial- und hochschulpolitischer Zwischenschritt, der in Zukunft unbedingt verstetigt werden sollte.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die SPD-Fraktion wird der vorliegenden Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses selbstverständlich zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch eine schöne Adventszeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Albrecht!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Juhu!)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Bildungsausschuss empfiehlt in Ziffer I seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/5572, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4308 für erledigt zu erklären. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses auf Drucksache 7/5572 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete und Enthaltung durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Der Bildungsausschuss empfiehlt in Ziffer II seiner Beschlussempfehlung, einer Entschließung zuzustimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank! Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses auf Drucksache 7/5572 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete und Enthaltung durch die Fraktion der AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Dienstag, den 15.12.2020, um 10.00 Uhr ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche allen ein friedliches und ruhiges Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.53 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Ralf Borschke, Lorenz Caffier, Stefanie Drese, Jörg Heydorn, Karen Larisch, Dirk Stamer, Wolfgang Waldmüller und Susann Wippermann.